

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Peter J. Opitz

Veränderungen in einem „strategischen Dreieck“
Zum gewandelten Verhältnis Chinas gegenüber
Rußland und den USA

Carsten Herrmann-Pillath

Die Volksrepublik China und Taiwan

Die Gratwanderung zweier chinesischer Staaten zwischen Politik und Wirtschaft

Thomas Heberer

Die stille Revolution von unten
Wandlungsprozesse im ländlichen Raum Chinas

Xuewu Gu

Von Mao zu Deng: Chinas Wandel vom Totalitarismus
zum Autoritarismus

Ding Ding

Politische Opposition innerhalb und außerhalb Chinas

Programme, Ziele und Rolle

B 50/95

8. Dezember 1995

Peter J. Opitz, Dr. phil., geb. 1937; Studium der Politischen Wissenschaft, der Philosophie und der Sinologie in Freiburg/Breisgau und München; Professor für Politische Wissenschaft am Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Veröffentlichungen u. a.: Gezeitenwechsel in China. Die Modernisierung der chinesischen Außenpolitik, Zürich-Osnabrück 1991; (Hrsg.) Die Vereinten Nationen. Geschichte, Struktur, Perspektiven, München 1995; Weltprobleme. Globale Herausforderungen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, München-Bonn 1995⁴.

Carsten Herrmann-Pillath, Dr. rer. pol., M.A., geb. 1959; Studium der Volkswirtschaftslehre, der Sinologie und Sprachen an der Universität zu Köln; seit 1992 Professor für Ostasienwirtschaft/China an der Gerhard-Mercator-Universität GH Duisburg; Lehrbeauftragter für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule St. Gallen.

Veröffentlichungen u. a.: 130 Beiträge, davon rund 30 monographische Forschungsberichte und Bücher. Jüngste Buchveröffentlichungen zum Thema dieses Beitrages: Wirtschaftsintegration durch Netzwerke – Die Beziehungen zwischen Taiwan und der Volksrepublik China, Baden-Baden 1994; (Hrsg. zus. mit Dieter Cassel) The East, the West, and China's Growth: Challenge and Response, Baden-Baden 1995.

Thomas Heberer, Dr. rer. pol., geb. 1947; Studium der Politologie, Ethnologie, Sinologie, Soziologie und Philosophie an den Universitäten Frankfurt am Main, Göttingen, Mainz und Heidelberg; Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Ostasien und stellvertretender Geschäftsführender Direktor des Zentrums für Ostasien-Pazifik-Studien an der Universität Trier.

Veröffentlichungen u. a.: Korruption in China. Analyse eines politischen, ökonomischen und sozialen Problems, Opladen 1991; Droht dem chinesischen Reich der Zerfall? Bedrohung durch wachsende Nationalitätenunruhen, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOST), Köln 1991; Transformation des chinesischen Systems oder sozialer Wandel? Eine Untersuchung zum Verhältnis von ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Wandlungsprozessen, Berichte des BIOST, Köln 1993; (Hrsg.) Yaogun Yinyue: Jugend-, Subkultur und Rockmusik in China. Politische und gesellschaftliche Hintergründe eines neuen Phänomens, Münster 1994; (Hrsg.) Mao Zedong – Der unsterbliche Revolutionär? Versuch einer kritischen Neubewertung anlässlich des 100. Geburtstages, Hamburg 1995.

Xuewu Gu, Dr. phil, BA, MA, geb. 1957; seit 1991 wissenschaftlicher Assistent am Seminar für Wissenschaftliche Politik der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau.

Veröffentlichungen u. a.: Die C-Waffen-Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland und ihre internationale Dimension, Frankfurt am Main 1992; Chinas Vorgehen als Ordnungsmacht in Asien, in: Außenpolitik, (1993) 3; Chinas Vision von einer neuen Weltordnung, in: Internationale Politik und Gesellschaft, (1995) 3; Rußland in der chinesischen Außenpolitik der Nachkonfliktzeit, in: Osteuropa, (1995) 9; Chinas neues Machtbewußtsein. Herausforderungen für den Westen, in: Internationale Politik, (1995) 10.

Ding Ding, Dipl.-Pol., geb. 1958; Studium der Germanistik in Shanghai (Bakkalaureus der Literatur), der Internationalen Beziehungen und des Völkerrechts in Peking (Bakkalaureus des Rechts) und der Politischen Wissenschaft an der Freien Universität in Berlin; langjähriger Mitarbeiter im Außenministerium und Diplomat der VR China; zur Zeit Doktorand der Politischen Wissenschaft an der FU Berlin.

Veröffentlichungen zur Politik Chinas, u. a. in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ und „ASIEN“.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Veränderungen in einem „strategischen Dreieck“ Zum gewandelten Verhältnis Chinas gegenüber Rußland und den USA

I. Vorbemerkungen

Nachdem Henry Kissinger und Zhou Enlai zu Beginn der siebziger Jahre die amerikanisch-chinesische Annäherung eingeleitet hatten, ist der Ost-West-Konflikt in Asien – der als dominante internationale Struktur noch bis tief in die achtziger Jahre hinein eine gewisse Gültigkeit und Aktualität besaß – von einer anderen Struktur bzw. Figur überlagert und abgelöst worden, die die realen Verhältnisse adäquater widerspiegelt: von der des „strategischen Dreiecks“. Gemeint ist das Kräftefeld, das sich zwischen Washington, Moskau und Peking herausgebildet hat¹.

In diesem Dreieck befand sich Washington aufgrund der Unversöhnlichkeit des sino-sowjetischen Konflikts viele Jahre lang in der Vorhand und konnte so die „chinesische Karte“ spielen. Erst in den achtziger Jahren begann sich allmählich ein strategischer Wechsel anzubahnen. Durch geschicktes Manövrieren und unter Ausnutzung der Entspannungsinitsiativen Gorbatschows gelang es Peking, sich in eine immer günstigere Position zu lavieren. Das Ende des Ost-West-Konflikts, vor allem aber der politische Zusammenbruch und territoriale Zerfall der Sowjetunion schienen dann auch diesen Prozeß zu beenden und zugleich die Auflösung des „strategischen Dreiecks“ zu bedeuten.

Inzwischen erweist sich diese Annahme als vorzeitig: Getragen vom Erfolg seiner Modernisierungspolitik und gestützt auf sein wachsendes Atompotential und eine erstarkende Armee rückt China in der asiatisch-pazifischen Region zunehmend in die Position einer aufsteigenden Vormacht und damit zugleich in die Rolle eines gefähr-

Eine Kurzfassung dieses Beitrags erschien am 19. Oktober 1995 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

1 Vgl. Gerald Segal, *China and the great power triangle*, in: *The China Quarterly*, (1980) 83, S. 490–510; ders., *The Great Power Triangle*, London–Basingstoke 1982.

lichen Gegenspielers der alten Hegemonialmacht USA. Ob der Aufstieg Chinas gelingt, wird von zahlreichen Beobachtern höchst kontrovers diskutiert – nicht zuletzt die Unwägbarkeiten der inneren Entwicklung Chinas, aber auch die Unübersichtlichkeit der sich dynamisch entwickelnden asiatisch-pazifischen Region machen Prognosen extrem schwierig. Unübersehbar ist allerdings, daß sich erneut die Konturen des alten „strategischen Dreiecks“ abzuzeichnen beginnen, in dem sich die Position Pekings gegenüber Moskau und Washington weiter verbessert hat. So betonten zwei auf den höchsten Führungsebenen zirkulierende Dokumente des Zentralen Politik-Forschungszentrums in Peking im September 1993 die Notwendigkeit der Schaffung eines neuen Typs von Beziehungen zu Rußland, als „einen neuen strategischen Zug, um den US-Hegemonismus daran zu hindern, China zu unterminieren und sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder Asiens einzumischen“². Abgesehen davon, daß eine engere Kooperation mit Rußland die Position Chinas gegenüber Washington stärkt, könnte sie in Washington Bemühungen auslösen, durch eine größere Kompromißbereitschaft gegenüber Peking eine solche russisch-chinesische Annäherung zu verhindern³.

II. Annäherungen an Moskau

Eine deutliche Verbesserung erfuhr die strategische Position Chinas insbesondere gegenüber der nördlichen Großmacht. Seit dem 18. Jahrhundert

2 Cheng Ming, (Nov. 1993) 193, S. 20/21, zit. in: *Foreign Broadcast Information Service, Daily Report: China (= FBIS-CHI)*, vom 5. November 1993, S. 1–2.

3 Aus russischer Sicht s. dazu Alexei D. Voskressenski, *New Dimensions in the Post-Cold War Russia-PRC-American Relationship*, in: *Issues and Studies*, 31 (1995) 2, S. 37–53; s. ders., *Russia–China–USA. Redefining the triangle* (Commack, New York: Nova Science Publishers [forthcoming]).

hatte sich das Reich der Mitte gegenüber dem Russischen Reich in der Defensive befunden und war von diesem immer wieder zur Abtretung von Teilen seiner nördlichen Territorien gezwungen worden. Auch nach der Gründung der Sowjetunion änderte sich an dieser Situation wenig; seit Beginn der sechziger Jahre verschlechterten sich die Beziehungen der beiden kommunistischen Staaten zunehmend und der Druck auf Peking nahm zu⁴. Mitte der achtziger Jahre setzte jedoch ein Gezeitenwechsel zugunsten Chinas ein. Denn zur außenpolitischen Absicherung der von ihm angestoßenen Reformpolitik sah sich Michail Gorbatschow zur Einleitung einer grundlegenden Entspannungspolitik nicht nur gegenüber dem Westen gezwungen, sondern auch gegenüber der südlichen Großmacht. Sie lief in ihrer Substanz auf die Aufhebung der in der Breschnew-Ära erreichten Einkreisung Chinas hinaus. Die Beseitigung der sogenannten „drei Hindernisse“ führte dann auch im Mai 1989 auf dem Pekinger Gipfel zur Normalisierung der Beziehungen und damit zur Beendigung eines fast drei Jahrzehnte erbittert ausgetragenen Konflikts.

Auch in den nun folgenden Jahren setzte sich die Machtverschiebung zugunsten Chinas fort: Während die Modernisierungspolitik China weiterhin hohe wirtschaftliche Zuwachsraten bescherte und die ökonomische Verflechtung seiner östlichen und südöstlichen Küstenprovinzen mit den wirtschaftlich immer stärker werdenden Staaten der asiatisch-pazifischen Region weiter zunahm, war die Sowjetunion von einer entgegengesetzten Entwicklung gekennzeichnet: Statt den wirtschaftlichen Niedergang zu stoppen, beschleunigten die Reformen Gorbatschows den Zerfall des Systems und führten zur Auflösung zunächst des sowjetischen Imperiums in Ost- und Mitteleuropa und im Dezember 1991 schließlich der Sowjetunion selbst. Die Folge: Anstelle einer zentral gelenkten und hochgerüsteten Supermacht sieht sich China seit Beginn der neunziger Jahre an seinen nördlichen Grenzen mit einer tiefgreifend veränderten Situation konfrontiert: einer wirtschaftlich und gesellschaftlich von schweren Krisen geschüttelten und von der Gefahr eines weiteren territorialen Zerfalls bedrohten „Russischen Föderation“ sowie fünf unabhängigen Staaten – Kasachstan, Kirgistan, Tadjikistan, Turkmenistan und Usbekistan –, die sich in Zentralasien teilweise zwischen die beiden Großmächte geschoben haben.

4 Vgl. dazu im einzelnen Peter J. Opitz, Gezeitenwechsel in China. Die Modernisierung der chinesischen Außenpolitik, Zürich – Osnabrück 1991.

Erst im Frühjahr 1994 unterstrich die Reise des chinesischen Ministerpräsidenten Li Peng die Bedeutung, die Peking guten Beziehungen zu den neuen zentralasiatischen Nachbarn beimißt. Ein weiterer Bezugspunkt der Strategie, in dieser Region einen *Cordon sanitaire* – also einen Sicherheitsgürtel China freundlich gesinnter Staaten – aufzubauen, ist die Mongolische Republik. Der chinesische Ministerpräsident hat bei seinem Besuch in Ulan Bator im April 1994 neben einer Reihe von Wirtschaftsabkommen auch einen neuen „Freundschafts- und Kooperationsvertrag“ abgeschlossen, der den Vertrag von 1960 ablöst. Der neue Vertrag sieht u. a. vor, daß sich keine der beiden Seiten einer militärischen oder politischen Allianz anschließt, die gegen das andere Land gerichtet ist, oder mit einem Drittland Verträge abschließt, die die Souveränität oder Sicherheit der anderen Seite betreffen⁵. Daß dieser Vertrag auch – vermutlich vor allem – eine Wiedereingliederung der Mongolei in die Einflußsphäre Moskaus verhindern soll, das bis Ende der 80er Jahre an der mongolisch-chinesischen Grenze starke Truppenverbände stationiert hatte, liegt auf der Hand. Wie stark der chinesische Einfluß in Ulan Bator inzwischen ist, geht aus der Tatsache hervor, daß die mongolische Regierung aus Rücksicht auf chinesische Empfindlichkeiten dem Dalai Lama bei seinem Besuch in der Mongolei einen formellen Empfang verweigerte; noch 1991 war dieser in Ulan Bator von einer großen Menschenmenge enthusiastisch gefeiert worden.

Die chinesische Führung kann mit den Entwicklungen jenseits der nördlichen Grenzen des Landes zufrieden sein: Weder von dem wirtschaftlich – und damit auch militärisch – geschwächten Rußland, noch von den sich ebenfalls in tiefen wirtschaftlichen und politischen Umbrüchen befindlichen neuen zentralasiatischen Staaten sind auf absehbare Zeit größere Bedrohungen zu erwarten. Im Gegenteil, die Russische Föderation ebenso wie die GUS-Staaten Zentralasiens sind angesichts ihres desolaten Zustandes an guten Beziehungen zu China interessiert und erhoffen sich von einer verstärkten wirtschaftlichen Kooperation wichtige Impulse für ihre eigene Entwicklung. Gerade der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen liegt aber auch im Interesse Pekings. Hinzu kommt, daß China in den angrenzenden zentralasiatischen Republiken Regime stützt und stabilisiert, mit denen es sich in der Abwehr fundamentalistisch-islamischer Bewegungen einig weiß und deren Unterstützung es für die Eindämmung der separati-

5 New China News Agency (NCNA), (1994) 29.

stischen Bewegungen in der autonomen Region Xinjiang benötigt.

Trotz dieser – aus chinesischer Sicht – im Grunde vorteilhaften Situation besteht kein Grund, den Entwicklungen jenseits der 5000 km langen Nordgrenze nicht auch weiterhin höchste Aufmerksamkeit zuteil werden zu lassen. Denn wenn derzeit auch keine größeren Bedrohungen für die Sicherheit Chinas zu erwarten sind, so können China die Entwicklungen in jener Region dennoch keineswegs gleichgültig sein⁶.

Das gilt insbesondere für die „Russische Föderation“, die trotz ihrer wirtschaftlichen Schwäche und politischen Instabilität weiterhin über ein gewaltiges militärisches Potential⁷ verfügt und ihre Großmachtambitionen keineswegs aufgegeben hat. Für die weitere Entwicklung der Russischen Föderation sind dabei drei Szenarien denkbar: *erstens* die Fortsetzung der Reformpolitik und in ihrem Verlauf eine allmähliche wirtschaftliche und politische Stabilisierung unter demokratischen Vorzeichen; *zweitens* ein weiterer politischer und wirtschaftlicher Verfall, Bürgerkrieg und territoriale Fragmentierung; *drittens* die Machtergreifung einer Allianz kommunistisch-nationalistischer Kräfte mit dem Ziel einer Wiederherstellung des früheren russischen bzw. sowjetischen Imperiums.

An keinem der beiden letztgenannten Szenarien kann China interessiert sein: Ein autoritär-zentralistisches nationalistisch-kommunistisches Regime muß zwar nicht notwendigerweise antichinesisch sein, doch wird es in der Logik der von ihm eingeschlagenen Politik liegen, die zentralasiatischen Republiken in den Reichsverband zurückzugliedern und die russische Großmachtposition im westlichen Pazifik wiederherzustellen. Weder das eine noch das andere liegt im chinesischen Interesse: weder die Rückgliederung der schwachen zentralasiatischen Staaten, die einen nützlichen

Puffer bilden und die China à la longue unter seinen Einfluß zu bringen hofft, noch eine starke russische Präsenz im Pazifik, die das chinesische Vormachtstreben in der Region behindern würde. Im chinesischen Interesse liegt aber auch nicht ein weiterer Zerfall Rußlands. Aus *globaler* Sicht benötigt China ein international handlungsfähiges Rußland als strategisches Gegengewicht zu den USA und als wichtiges Element in dem von ihm angestrebten multipolaren Mächtesystem⁸. Aus *regionaler Sicht* ist Rußland ein wichtiger Alliiertes bei der Abwehr des in Zentralasien an Boden gewinnenden und beide Staaten beunruhigenden islamischen Fundamentalismus⁹.

Bleibt das erste Szenario: eine russische Regierung, die den territorialen Zusammenhalt des Landes gewährleistet, die Reformpolitik fortsetzt, zugleich aber international einen eigenständigen Kurs gegenüber den USA steuert und im Falle sich verschlechternder Beziehungen zum Westen – etwa im Gefolge einer Osterweiterung der NATO – möglicherweise sogar für eine informelle strategische Allianz mit China zu gewinnen wäre. Diesem Szenario entspricht noch am ehesten das derzeitige Regime unter Präsident Boris Jelzin, und bezeichnenderweise haben sich die russisch-chinesischen Beziehungen während seiner Amtszeit zur vollen Zufriedenheit auf beiden Seiten entwickelt. Das spiegelt sich rein äußerlich in einer regen Besuchsdiplomatie wider. So lud Jelzin den chinesischen Präsidenten Jiang Zemin im Mai 1995 zu den Feierlichkeiten zum Gedenken des Sieges der Alliierten im Zweiten Weltkrieg nach Moskau ein; im Juni machte der chinesische Premier Li Peng Präsident Jelzin seine Aufwartung, und für den 9. November war ein Besuch des russischen Präsidenten in China geplant – es wäre der dritte russisch-chinesische Gipfel –, der inzwischen wegen der Erkrankung Jelzins verschoben wurde.

Die guten Beziehungen zeigen sich aber auch in kleinen Freundlichkeiten und Rücksichtnahmen. So war es die Stimme Rußlands, die Peking vor einer Verurteilung durch den UN-Menschenrechtsausschuß bewahrte; auf der anderen Seite war es Peking, das im Sommer 1995 russische Schulden in Höhe von 300 Millionen US-Dollar stundete und das bei der russischen Niederschlagung der Revolte in Tschetschenien nicht in

6 Einen detaillierten Überblick über die Entwicklung der Beziehungen zwischen China und den GUS-Staaten liefert die zweiteilige Studie von Gudrun Wacker, *Die VR China und die Nachfolgestaaten der Sowjetunion*. Teil I: Der Zerfall der UdSSR und die Beziehung zur Russischen Föderation, und Teil II: Die Beziehungen zu den neuen Republiken (ohne Russische Föderation), Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, 49/1993 und 12/1994; vgl. auch Hung P. Nguyen, *Russia and China. The Genesis of an Eastern Rapallo*, in: *Asian Survey*, März 1992, S. 285–301.

7 Zum militärischen Potential Rußlands in Asien vgl. Alexei Zagorsky, *The post-cold war security agenda of Russia: implications for Northeast Asia*, in: *The Pacific Review*, 8 (1995) 1, S. 91–95.

8 Vgl. etwa Xue Mouhong, *Die neue Weltordnung: Vier Mächte und eine Supermacht?*, in: *Beijing Rundschau* (= BR), (1995) 39, S. 21–22.

9 Vgl. Lillian Craig Harris, *Xinjiang, Central Asia and the Implications for China's Policy in the Islamic World*, in: *The China Quarterly*, (1993) 133, S. 111–129.

den Chor der internationalen Kritik einstimmte. Für die chinesische Zurückhaltung sprechen allerdings auch die eigenen Probleme mit den separatistischen Bewegungen in Xinjiang und Tibet. Außerdem schloß sich Peking einem russischen Resolutionsentwurf im UN-Sicherheitsrat an, der ein Ende der NATO-Angriffe in Bosnien forderte¹⁰.

Die Grundlage der Beziehungen bilden positive Tendenzen auch in der bilateralen Zusammenarbeit der beiden Mächte: International spektakulär entwickelte sich vor allem die Zusammenarbeit im Militärbereich, für die spätestens ein im November 1993 geschlossenes Kooperationsabkommen mit fünfjähriger Laufzeit die vertragliche Grundlage legte¹¹; es dient auf chinesischer Seite dazu, das nach dem Massaker auf dem Pekinger Tian-Anmen-Platz verhängte Waffenembargo des Westens zu unterlaufen. Doch schon 1992 hatten chinesische Waffenkäufe in Rußland in einem Gesamtwert von 1,8 Milliarden US-Dollar für internationales Aufsehen gesorgt und in der Region Unruhe hervorgerufen. Denn unter den Rüstungsgütern befanden sich neben Raketen, Antriebsaggregaten und Schiffen auch modernste Kampfflugzeuge vom Typ MIG-31 und SU-27, die aufgrund ihrer Reichweite von über 1500 km den Aktionsradius und damit die Offensivfähigkeit der chinesischen Luftwaffe deutlich erweitern.

Fragen der Zusammenarbeit im Rüstungsbereich standen auch beim Besuch des russischen Außenministers Kosyrew Anfang März 1995 wieder auf dem Programm: Neben dem Kauf russischer Diesel-U-Boote der Kilo-Klasse, die über einen Operationsradius von 9650 km verfügen, ging es um Vereinbarungen über den Lizenzbau des SU-27 durch China¹². Zudem berichteten japanische Zeitungen über russisch-chinesische Pläne für den Bau eines gemeinsamen Kampfflugzeugs Super-7 als Nachfolgemodell für die russische MIG-21. Für 1995/96 erwartet man im Kreml eine weitere Steigerung der Rüstungskäufe Chinas; in der Diskussion ist ein Volumen in Höhe von fünf Milliarden US-Dollar¹³.

10 Vgl. Süddeutsche Zeitung (SZ) vom 13. September 1995.

11 Vgl. Tai Ming Cheung, Ties of Convenience: China-Russia Military Relations in the 1990ies, in: Richard H. Yang (Hrsg.), China's Military: The PLA in 1992/1993, (Chinese Council for Advanced Policy Studies), Taipeh 1993.

12 Vgl. DW-Monitor-Dienst, Asien, 15. März 1995.

13 Vgl. Segodnja, 6. August 1994, zit. in: BOST, Aktuelle Analysen, (1994) 15; zu den Waffen-Importen Chinas vgl. Bates Gill, Determinants and directions for Chinese weapon imports, in: The Pacific Review, 8 (1995) 2, S. 359-382.

Aber nicht nur um Rüstungskoooperation ging es im Mai 1995 beim Besuch einer hochrangigen russischen Militärdelegation – unter Leitung des Verteidigungsministers Pavel Gratschow – in Peking: Neben der „Entwicklung der Beziehungen zwischen der russischen Armee und der Volksbefreiungsarmee“ wurden die Verhandlungen über die Demilitarisierung der Grenzgebiete fortgesetzt, die im Dezember 1992 beim Besuch Boris Jelzins in Peking vertraglich vereinbart und in den darauffolgenden Jahren durchgeführt worden waren. Zudem nutzte Gratschow seinen Besuch, um die Schaffung eines asiatisch-pazifischen Sicherheitssystems vorzuschlagen, dem neben China und Rußland auch die USA, Japan und die beiden koreanischen Staaten angehören sollen. Während Gratschow Einigkeit mit der chinesischen Führung signalisierte, blieb der russische Vorschlag in den chinesischen Medien unerwähnt¹⁴. Schon in den sechziger und siebziger Jahren, als Moskau erstmals Initiativen zur Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems für Asien einleitete, hatte Peking ablehnend reagiert, und auch ein entsprechender Vorschlag Gorbatschows hatte kein Echo ausgelöst. Auch wenn die jüngste russische Initiative nicht antichinesisch motiviert ist, dürfte das Interesse Pekings, durch ein solches Sicherheitssystem an einer Aufwertung Rußlands zu einer pazifischen Macht beizutragen, begrenzt sein. Erheblich größer ist dagegen das chinesische Interesse an einem Abkommen über vertrauensbildende Maßnahmen im Grenzgebiet Rußlands und Chinas sowie Chinas mit anderen GUS-Republiken, das sich angeblich in der Abschlußphase befindet. So war während des Jelzins-Besuchs in China auch ein Treffen der fünf Staatschefs von Rußland, Kasachstan, China, Kirgistan und Tadschikistan geplant, auf dem ein wichtiges Dokument über militärpolitische Maßnahmen des Vertrauens im Bereich der ehemaligen sowjetisch-chinesischen Grenze unterzeichnet werden sollte¹⁵.

Weniger spektakulär, für beide Seiten aber nicht minder wichtig, ist die Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Bereich. Während des fast dreißigjährigen Konflikts auf ein Minimum abgesunken, erfuhr diese schon in der Entspannungsphase unter Gorbatschow eine deutliche Wiederbelebung. 1990 erreichte das russisch-chinesische Handelsvolumen eine Höchstmarke von 4,3 Milliarden US-Dollar, um bis 1993 sogar auf 7,7 Milliarden US-Dollar zu klettern – wobei mehr als die Hälfte des Handels als Barterhandel, also in Form von Kompensationsgeschäften getätigt wurde. Aller-

14 Vgl. SZ vom 17. Mai 1995.

15 DW Monitor-Dienst, Asien, vom 18. Oktober 1995.

dings wurden bald von russischer Seite Klagen laut: Für hochwertige Industriegüter und Rohstoffe, hieß es, liefere China minderwertige Konsumgüter; außerdem behinderten die chinesischen Warenströme die Entstehung russischer Industriezweige im Konsumgüterbereich¹⁶.

Wenn das russisch-chinesische Handelsvolumen 1994 wieder auf fünf Milliarden US-Dollar absank, so lag dies allerdings weniger an diesen grundsätzlichen Problemen denn an den noch nicht abgeschlossenen Reformen der Außenhandelssysteme beider Länder. Jedenfalls demonstrierte man beim Besuch Li Pengs im Sommer beiderseits große Entschlossenheit, die wirtschaftliche Kooperation weiter zu verstärken¹⁷. Bei gutem Willen und Anstrengungen beider Seiten könnte China zu einem der wichtigsten Handelspartner Rußlands werden. Beim Jelzin-Besuch sollte fast ein Dutzend bilateraler Abkommen unterschriftsreif vorliegen. So sollen in China mit russischer Hilfe der Bau eines großen Wasserkraftwerks, eines Kernkraftwerks sowie einer Brücke über den Amur zur Anregung der Zusammenarbeit in der Grenzregion durchgeführt werden. In der Diskussion befinden sich ferner Pläne zum Bau einer Gasleitung von Ostsibirien nach China mit einer nachfolgenden Verlängerung in Drittländer¹⁸.

Ein dritter Gegenstand der russisch-chinesischen Verhandlungen ist die Festlegung eines gemeinsamen Grenzverlaufs. Dieses Thema – bis weit in die achtziger Jahre ein explosives Problem, das zu Beginn der siebziger Jahre anlässlich der Ussuri-Zwischenfälle beinahe einen größeren militärischen Konflikt ausgelöst hätte – hat inzwischen erheblich an Brisanz verloren. Dafür gibt es vor allem zwei Gründe: zum einen die Entstehung der zentralasiatischen Staaten, durch die sich die gemeinsame Grenze erheblich verkürzte – obwohl sie mit 3605 km noch immer eine der längsten Grenzen der Welt bildet; zum anderen die Entspannungspolitik, die im Juni 1991 zu einem Grenzabkommen über den östlichen Abschnitt und am 3. September 1994 über den erheblich kürzeren – nämlich nur 54 km langen – westlichen Abschnitt der gemeinsamen Grenze führte¹⁹. Am 17. Sep-

tember 1995 fand im chinesischen Außenministerium der Austausch der Ratifikationsurkunden über den westlichen Grenzabschnitt statt. Damit ist die juristische Ausgestaltung der Festlegung der Grenze abgeschlossen; offen sind lediglich Regelungen über drei Inseln im Amur und im Argun.

Allerdings ist gerade das Abkommen von 1991, das bislang erst in Teilen veröffentlicht wurde, inzwischen Gegenstand einer innerrussischen Kontroverse. Hauptwortführer und Kritiker des Vertrags ist der Gouverneur der Region Primorje, Jewgenij Nosdratenko, der vehement eine Revision einfordert. Stein des Anstoßes ist dabei die vorgesehene Abtretung einiger kleinerer russischer Gebiete an China, denen Kritiker des Abkommens allerdings eine erhebliche wirtschaftliche und strategische Bedeutung beimessen – ob zu Recht, sei dahingestellt. Insbesondere befürchten sie schwere Schäden für die russische Wirtschaft. Denn die vereinbarten Gebietsabtrennungen, so argumentieren sie, würden China einen direkten Zugang zum Japanischen Meer eröffnen, mit der Folge, daß die Güterströme zwischen der asiatisch-pazifischen Region und Europa sich zunehmend von der Baikäl-Amur-Eisenbahnlinie auf die kürzere chinesische Bahnverbindung verlagern würden²⁰.

Zwar beeilte sich der russische Außenminister bei seinem Besuch im März 1995 die Einhaltung des Grenzvertrages zu bestätigen, und auch im Kommuniqué anlässlich des Li-Peng-Besuchs in Moskau bekräftigten beide Seiten, daß sie „auf Buchstaben und Geist des Abkommens von 1991 verpflichtet sind“²¹. Aber es fehlt noch immer ein klärendes Wort von Präsident Jelzin. Vermutlich ist das kein Zufall. Denn Jelzin befindet sich in einem Dilemma: Eine Bekräftigung des Vertrages würde ihn möglicherweise der Kritik der nationalistischen und kommunistischen Kräfte aussetzen und damit seine eigene Stellung schwächen. Verständnis für die Forderung nach Annulierung und teilweiser Revision des Vertrages aber dürfte zu einer erheblichen Belastung der Beziehungen mit China führen und seine Verhandlungsposition gegenüber dem Westen schwächen, was er auf jeden Fall vermeiden muß.

1995, S. 621–626, sowie zum größeren Hintergrund Pi Yinghien, *China's Boundary issues with the Former Soviet Union*, in: *Issues & Studies*, 28 (1992) 7, S. 63–75.

20 Vgl. DW-Monitor-Dienst, Asien, 25. Mai 1995; im einzelnen Klaus Fritsche/Gudrun Wacker, *Keine „dritte Front“ für Rußlands Außenpolitik. Droht ein neuer chinesisch-russischer Grenzkonflikt?*, in: *Aktuelle Analysen des BIOST*, Köln, (1995) 28.

21 Vgl. DW-Monitor-Dienst, Asien, 28. Juni 1995.

16 Vgl. Aleksandr Salizkij, „Werkzeugmaschinen gegen Socken“. Aspekte der russisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen, in: *Aktuelle Analysen des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOST)*, Köln, (1995) 15.

17 Vgl. SZ vom 29. Juni 1995.

18 Vgl. DW-Monitor-Dienst, Asien, vom 22. September 1995.

19 Vgl. dazu und darüber hinaus Michael Strupp, *Das chinesisch-russische Grenzabkommen zum Westabschnitt im Altai. Kommentar und Übersetzung*, in: *China aktuell*, Juli

Den größeren Hintergrund der Kontroversen über die Grenzziehung in den fernöstlichen Gebieten Rußlands bildet eine wachsende Beunruhigung der dort lebenden Bevölkerung über die Zunahme illegaler chinesischer Zuwanderer. So wird in der Region vor einer „schleichenden chinesischen Eroberung Ostsibiriens“ gewarnt und auf den Zuzug von über zwei Millionen Chinesen hingewiesen. Ob diese Zahl zutrifft, sei dahingestellt. Wichtiger ist die dahinterstehende Sorge, daß es – ähnlich der „Hispanisierung“ der amerikanischen Südstaaten – über die Jahre auch zu einer Sinisierung der russischen Fernostgebiete kommen könnte. Im Laufe einer solchen Entwicklung wäre nicht auszuschließen, daß chinesische Regierungen versuchen könnten, auf dem Wege einer allmählichen Unterwanderung früher zu China gehörende Gebiete zurückzugewinnen, also *Faits accomplis* – vollendete Tatsachen – sich nachträglich völkerrechtlich bestätigen zu lassen. Diese Sorge vor einer Expansion Chinas in die dünnbesiedelten Gebiete Sibiriens gewinnt an Gewicht durch Berechnungen internationaler Experten, denen zufolge sich China angesichts einer wachsenden Bevölkerung und schwerer ökologischer Probleme mittelfristig auf erheblich verschärfte Versorgungsprobleme einstellen muß²².

Zu den Faktoren, die dazu beitragen, gehören neben einem voraussichtlichen Bevölkerungswachstum von derzeit 1,2 Milliarden Menschen um ca. 300 Millionen auf 1,5 Milliarden Menschen im Jahre 2025²³ Verluste an knappem Ackerland für nichtagrarische Nutzung, zunehmende Wasserknappheit, umfangreiche Verschlechterung der Böden durch ökologische Schäden und Erosionen sowie Landflucht in die Städte. Es ist zwar durchaus verständlich, wenn Peking sich heute entschieden von Spekulationen über eine mögliche chinesische Expansion distanziert – und dennoch ist es nicht auszuschließen, daß in nicht allzu ferner Zukunft chinesischen Regierungen ein Zugriff auf die nördlichen Gebiete als eine mögliche wichtige Entlastung erscheint. Das könnte dann der Fall sein, wenn sich ein weiterer Trend fortsetzen sollte: ein allmählicher Rückgang der russischen Bevölkerung in den Gebieten östlich des Urals. Die derzeit hier siedelnde Bevölkerung in einer Größenord-

nung von 32 Millionen Menschen könnte sich – so Spekulationen in russischen Zeitungen – in einigen Jahrzehnten aufgrund schwieriger werdender Lebensbedingungen halbiert haben. Doch dies hängt wiederum von der weiteren Entwicklung der Reformpolitik in Rußland ab.

III. China – USA: zunehmend schwieriger werdende Beziehungen

Während sich das Verhältnis Chinas zur nördlichen Großmacht seit Beginn der neunziger Jahre – ungeachtet einzelner Probleme – höchst zufriedenstellend entwickelt hat, weisen die Beziehungen zur letzten Supermacht, den USA, genau in die entgegengesetzte Richtung. Sie erreichten einen Tiefpunkt, als Peking Mitte dieses Jahres aus Verärgerung über den von der amerikanischen Regierung genehmigten Privatbesuch des taiwanesischen Präsidenten Lee Teng-hui vorübergehend seinen chinesischen Botschafter Li Dayou zurückberief und die Volksbefreiungsarmee (VBA) zunächst im Juli, dann nochmals im August dicht vor der Küste Taiwans Raketentests durchführte.

Für die Verschlechterung der Beziehungen gibt es eine Vielzahl von Gründen, größere und kleinere. Zu den gewichtigeren zählen vor allem zwei: Da ist zum einen der Tatbestand, daß spätestens mit dem Ende des Ost-West-Konflikts und dem Zerfall der Sowjetunion die Geschäftsgrundlage der „informellen strategischen Allianz“ entfallen ist, die beide Mächte Anfang der siebziger Jahre gegen Moskau geeint hatte. China benötigt keine amerikanische Rückendeckung mehr gegen einen möglichen Angriff der Sowjetunion, und die USA sind nicht mehr auf chinesische Hilfe bei der Eindämmung der sowjetischen Expansion in Asien und anderen Teilen der Dritten Welt angewiesen. Den gemeinsamen Feind gibt es – in der alten Form – nicht mehr. Damit sind wichtige Gründe für Rücksichtnahmen entfallen, die früher den Ausgleich bestehender Interessengegensätze erleichtert hatten²⁴.

Der zweite Grund ist komplexer: Sein Kern besteht darin, daß bislang noch keine der beiden Seiten eine klare Vorstellung über die Art und die

22 Vgl. Lester Brown, How China could starve the world: its boom is consuming global food supplies, in: Washington Post, Outlook Section, 24. August 1994; zur Position Chinas vgl. Beijing Rundschau, (1995) 5, S. 14 ff.; Vaclav Smil, Who Will Feed China, in: The China Quarterly, (1995) 143, S. 801–813.

23 Vgl. United Nations, Long-Range World Population Projections: Two Centuries of Population Growth 1950–2150, New York 1992.

24 Zur Entwicklung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts s. u. a. Harry Harding, The United States and China: Relations at a Crossroads, (The Atlantic Council of the United States and the National Committee on U.S.-China Relations), Washington, D.C. 1993.

Gestaltung der zukünftigen gegenseitigen Beziehungen entwickelt hat. Das gilt insbesondere für Washington, wo auch fünf Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konflikts immer noch Unklarheit über die zukünftige Rolle der USA im asiatisch-pazifischen Raum besteht. Eine der Folgen ist eine deutliche Nervosität bei den prowestlichen Staaten der Region wegen eines möglicherweise entstehenden Machtvakuum, das für viele tiefgreifende sicherheitspolitische Konsequenzen hätte²⁵. Diese Nervosität konnte auch durch die Versicherung des amerikanischen Verteidigungsministers nicht beseitigt werden, der im Februar 1995 erst – wie schon andere amerikanische Politiker zuvor – betonte, daß die USA auf absehbare Zeit in der Region ihre vorgeschobene Position und eine Truppenpräsenz von 100 000 Mann aufrechterhalten würden²⁶.

Aus Pekingischer Sicht liegen in Washington zwei unterschiedliche Positionen über die zukünftige Rolle und Politik der USA in der Region miteinander im Wettstreit: Die eine beinhaltet die Ansicht, daß mit dem Ende der sowjetischen Bedrohung ein wichtiger Grund für das militärische Engagement der USA im westlichen Pazifik entfallen ist. Statt weiterhin auf Kosten der amerikanischen Steuerzahler über die Sicherheit der Region und der dortigen – inzwischen zu Wohlstand gekommenen – Verbündeten zu wachen, sei es an der Zeit, diese stärker für ihre Verteidigung einzuspannen und sich selbst auf die inneramerikanischen Probleme und auf die Verteidigung vitaler amerikanischer Interessen in der Region zu konzentrieren. Dabei bleibt allerdings unklar, welche Interessen als „vital“ für Amerika anzusehen sind. Hinsichtlich Chinas stellt sich aus dieser Perspektive die Aufgabe, die asiatische Großmacht durch eine konstruktiv-kritische Politik wirtschaftlich und militärisch *einzubinden*.

Die andere Tendenz, die Peking in Washington zu erkennen glaubt, weist genau in die entgegengesetzte Richtung: Statt für einen strategischen Rückzug plädieren deren Vertreter eher für die Wiederherstellung der stark erodierten amerikanischen Hegemonialstellung in der Region, für die Aufgabe der – von ihnen als gescheitert bezeichneten – Ein-China-Politik und die Eindämmung des erstarkenden Chinas, solange noch Zeit dafür ist, und damit konsequenterweise auch für die Förderung jener Kräfte, Tendenzen und Entwicklungen,

die – wie zuvor in der Sowjetunion – auch in China der Unterminierung des sozialistischen Systems den Boden bereiten. Die ständigen Anklagen gegen chinesische Menschenrechtsverletzungen; die lange angedrohte Kopplung der Menschenrechtsfrage mit dem Meistbegünstigungsstatus; die Forderungen einzelner Senatoren und Abgeordneter, die internationale Position Hongkongs aufzuwerten, die Unabhängigkeit Tibets anzuerkennen und einen Botschafter an die Exilregierung des Dalai Lama zu entsenden; vor allem aber die massive Lieferung von Rüstungsgütern an Taiwan und die Aufhebung des Einreiseverbots für taiwanesischen Politiker fügen sich aus einer solchen Sicht zu einer in sich konsistenten Strategie, die in ihrem Kern auf eine Spaltung, Schwächung und Eindämmung Chinas hinausläuft.

Als den bisherigen Gipfel dieser Strategie wertete man in Peking die von beiden Häusern des amerikanischen Kongresses befürwortete und von großen Teilen der amerikanischen Öffentlichkeit begrüßte Einreisegenehmigung für Lee Teng-hui, die in Taipeh als Triumph der taiwanesischen Diplomatie und möglicher Präzedenzfall für Taiwans Verhältnis zu anderen Staaten gefeiert wurde. Die harsche Reaktion der Volksrepublik hat deshalb eine doppelte Zielsetzung: Sie dient als Warnung für andere Staaten, ist aber gleichzeitig auch an die Adresse jener Kräfte im US-Kongreß gerichtet, die nun – als nächsten Schritt – zur Aufnahme Taiwans in die World Trade Organization (WTO) und in die Vereinten Nationen drängen²⁷.

Die heftigen Schwankungen und Ausschläge der USA-Politik Pekings der vergangenen Jahre erklären sich am ehesten vor dem Hintergrund dieser beiden Trends der amerikanischen Asien-Politik. Hinzu kommt eine komplizierte chinesische Interessenlage:

Einerseits ist die chinesische Führung – das Schicksal der kommunistischen Parteien in Europa und der Sowjetunion vor Augen – entschlossen, Entwicklungen, die das Macht- und Wahrheitsmonopol der kommunistischen Partei untergraben könnten, auch weiterhin energisch und ohne Rücksicht auf die internationale Öffentlichkeit entgegenzutreten: Das gilt – erstens und vor allem – für die Einhaltung der Menschenrechte und die Einführung demokratischer Strukturen. Zu diesem Zweck geht die chinesische Führung nicht nur mit aller Härte gegen Dissidenten vor, sondern bemüht sich auch international – an der Spitze einer

25 Vgl. dazu Denny Roy, *Assessing the Asia-Pacific „Power Vacuum“*, in: *Survival*, 37 (1995) 3, S. 45–60.

26 Vgl. *Far Eastern Economic Review* (FEER) vom 13. April 1995, S. 30.

27 Vgl. Nayan Chanda, *Winds of Change*, in: *FEER* vom 22. Juni 1995.

Allianz anderer Staaten des „Südens“ –, den Universalitätsanspruch der westlich geprägten Menschenrechte zu brechen und ihre Propagierung als eine neue Variante westlichen, spezifisch amerikanischen Imperialismus zu demaskieren. Diese Strategie, bei der sie auf das offene oder stillschweigende Einverständnis anderer asiatischer Regierungen zählen kann, zeigte sich besonders deutlich seit der Menschenrechtskonferenz in Wien im Sommer 1993²⁸. Nicht minder kompromißlos reagiert die chinesische Führung – zweitens – gegen Maßnahmen und Forderungen, die sie als Angriffe gegen Chinas territoriale Integrität versteht: etwa Besuchsgenehmigungen für den Dalai Lama und hohe taiwanische Politiker. Ein dritter Aspekt sind Aktionen, die als Elemente einer Eindämmung Chinas gedeutet werden könnten.

Zu der überzogenen Härte der Reaktionen Pekings trägt dabei vor allem ein Tatbestand bei: der mit dem bevorstehenden Ableben Deng Xiaopings sich zuspitzende Kampf um die Nachfolge. Er erlaubt keinem der potentiellen Bewerber Schwäche und Nachgiebigkeit – weder nach innen gegenüber Rivalen noch nach außen gegenüber rivalisierenden Staaten. Im Gegenteil, eine entschlossene, ja aggressive Verteidigung chinesischer Interessen dient unter Umständen nicht nur der Kompensation von Mißerfolgen in der Innen- und Wirtschaftspolitik, sondern kann auch die wichtige Unterstützung durch das chinesische Militär einbringen. Dabei ist Kompromißlosigkeit insbesondere gegenüber den USA angesagt. Denn seit geraumer Zeit mehren sich Anzeichen dafür, daß gerade in Kreisen des chinesischen Militärs antiamerikanische Stimmungen zunehmen. So sollen auf Anregung von Admiral Liu Huaqing, Mitglied des ständigen Ausschusses des Politbüros und Architekt der modernen chinesischen Marine, im April 1993 50 hohe Militärs eine Petition vorgelegt haben, in der sie den Ausverkauf nationaler chinesischer Interessen gegen Vorteile in den Handelsbeziehungen mit den USA rügten²⁹. Zu einer ähnlichen Initiative kam es offenbar nochmals Anfang September 1993. Berichten aus Hongkong zufolge legten am 8. September acht hohe Generäle der älteren Generation unter Leitung des Verteidigungsministers Chi Haotian Präsident Jiang Zemin eine von 180 hochrangigen Offizieren unterzeichnete Petition vor, in der sie eine „feierliche und

festen Haltung gegenüber den USA“ forderten³⁰. Seitdem sind Gerüchte über eine zunehmende anti-amerikanische Haltung im chinesischen Militär nicht mehr verstummt.

Andererseits ist die Zeit für eine offene Konfrontation mit den USA noch nicht reif: Der Preis, den Peking im Falle einer größeren militärischen Auseinandersetzung zu zahlen hätte, wäre unkalkulierbar hoch und der Ausgang höchst ungewiß. So muß die chinesische Führung sich darauf beschränken, Washington anläßlich verschiedener Konflikte die Grenzen seiner Macht spüren zu lassen: Deutlich sichtbar war diese Taktik im Falle Nordkoreas, wo sich Peking den von Washington favorisierten UN-Sanktionen widersetzte, oder aber bei den Raketentests vor Taiwan. Auch hier vertraut die chinesische Führung offensichtlich darauf, daß die Zeit für sie arbeitet: daß nämlich das chinesische Potential wächst und mit zunehmendem Risiko die Bereitschaft Washingtons und der amerikanischen Öffentlichkeit an einem militärischen Engagement der USA zugunsten ihrer ost- und südostasiatischen Verbündeten sinkt. Für eine solche Tendenz gibt es deutliche Anzeichen: So billigten bei Umfragen in den USA zwar 73 Prozent der Befragten nur eine friedliche und freiwillige Wiedervereinigung Taiwans mit dem Festland, doch befürworteten nur 22 Prozent eine Verteidigung Taiwans durch die USA im Falle eines militärischen Angriffs von seiten Chinas³¹. Noch geringer scheint die Bereitschaft der USA, sich im Falle eines Konflikts in der Südchinesischen See militärisch zu engagieren.

Für die Fortsetzung einer Politik der friedlichen Koexistenz und Kooperation mit Washington und gegen eine offensichtlich von Teilen der Führung der Volksbefreiungsarmee gewünschte Konfrontationsstrategie spricht ferner, daß derzeit eine Kooperation mit Washington den chinesischen Interessen deutlich eher entspricht: Das gilt insbesondere für den wirtschaftlichen Bereich. So gehören die USA zu den wichtigsten Handelspartnern Chinas. Ein Entzug des Meistbegünstigungsstatus würde zwar nicht den Kollaps der chinesischen Modernisierungspolitik bedeuten, hätte aber zweifellos schwerwiegende negative Konsequenzen. Immerhin gingen 1993 nach chinesischen Berechnungen 12,5 Prozent aller Exporte in die USA; nach amerikanischen Berechnungen, in denen die über Hongkong in die USA re-exportierten Güter

28 Vgl. Samuel S. Kim, Mainland China in a Changing Asia-Pacific Regional Order, in: *Issues & Studies*, 30 (1994) 10.

29 Vgl. Lincoln Kaye, China: Role Reversal, in: *FEER* vom 27. Mai 1993, S. 11.

30 Patrick E. Tyler, China's Military regards U.S. as Main Enemy in the Future, in: *New York Times* vom 16. November 1993, A 5.

31 Vgl. Taiwan aktuell, Nr. 147 vom 16. August 1995.

einbezogen werden, sogar 32 Prozent³². Ferner würde der Entzug des Meistbegünstigungsstatus die Verhandlungsposition Chinas gegenüber den anderen westlichen Industriestaaten schwächen und die Möglichkeit Pekings verringern, diese gegeneinander auszuspielen. Zudem haben sich die USA zu einem wichtigen ausländischen Investor in China entwickelt. So beliefen sich die Investitionen amerikanischer Firmen in China im Juni 1994 – chinesischen Angaben zufolge – auf 14 000 Projekte mit einer vertraglich vereinbarten Summe von 17,9 Milliarden US-Dollar, von denen 6,35 Milliarden bereits realisiert waren³³.

Für Kooperation und Kompromiß sprechen *last but not least* das Interesse Pekings an einer andauernden militärischen Präsenz der USA in der Region. Dabei befindet sich die chinesische Führung in einer strategisch schwierigen Lage, die auch die in diesem Punkt offenbar bestehenden Meinungsverschiedenheiten innerhalb der chinesischen Führung erklärt: *Einerseits* ist sie langfristig am Rückzug der letzten Supermacht aus dem westlichen Pazifik interessiert, den sie als eigene Einflußsphäre ansieht. *Andererseits* sind die negativen Konsequenzen eines solchen Rückzugs unübersehbar: Zunächst einmal würde er eine verstärkte Aufrüstung der in diesem Fall um ihre Sicherheit besorgten Staaten in der Region – insbesondere Japan, aber auch Taiwan, Südkorea und der ASEAN-Staaten – auslösen. Eine Phase der Hochrüstung wäre die vermutliche Folge – mit unliebsamen Konsequenzen für das wirtschaftliche und politische Klima und damit auch für die Modernisierungspolitik Chinas. Darüber hinaus würden Zweifel an der Verlässlichkeit des nuklearen Schirms der USA in Japan, Taiwan und Südkorea bestehende Tendenzen zum Aufbau eigener nuklearer Kapazitäten verstärken – was China ebenfalls mit neuen sicherheitspolitischen Problemen konfrontieren würde. In jedem Fall wäre eine erhebliche Destabilisierung der Region die Folge, an der China in der schwierigen Phase des wirtschaftlichen und politischen Übergangs kein Interesse haben kann.

In Abwägung dieser komplexen Interessenlage überwiegt bei einer starken Gruppe in der chinesischen Führung offenbar das Interesse an einer Verbesserung der chinesisch-amerikanischen Be-

ziehungen sowie an einer weiteren militärischen Präsenz Washingtons in der Region. Denn der Erhalt des Status quo birgt deutliche Vorteile: Er ermöglicht es Peking, die eigenen wirtschaftlichen und militärischen Kapazitäten soweit auszubauen, daß China in einigen Jahren die regionale Stabilität notfalls aus eigener Kraft aufrechterhalten oder sogar den Status quo in der Region zu seinen Gunsten verändern kann. Im Schutz eines von den USA garantierten Status quo kann sich Peking am besten auf die sich verschärfende Rivalität mit Japan vorbereiten, das sich – zumindest aus chinesischer Sicht – ebenfalls für die Rolle einer politischen und militärischen Ordnungsmacht in der Region rüstet und dessen wirtschaftlicher Einfluß den der USA in Teilen Asiens schon erheblich übersteigt³⁴.

Da auch Washington – angesichts des Vetorechts Chinas im UN-Sicherheitsrat und seines immer deutlicher werdenden Gewichts als asiatische Regionalmacht – an einer Konfrontation mit China kein Interesse haben kann und die amerikanische Wirtschaft den Zugang zu einem schnell wachsenden Markt offenhalten will, hat es bislang keine der beiden Seiten zu einem Bruch kommen lassen. So entkoppelte im Mai 1994 die Clinton-Administration die Menschenrechtsfrage von der Gewährung des Meistbegünstigungsstatus und hob im Oktober desselben Jahres die gegen China verhängten Sanktionen im Hochtechnologiebereich auf. Im Gegenzug vermittelte Peking bei den Verhandlungen mit Nordkorea und verpflichtete sich zur Einstellung der Ausfuhr von Raketenteilen und Raketen mit einer Reichweite von 300 km und einer Nutzlastkapazität von mehr als 500 kg.

Auf ähnliche Weise flaute auch der durch den Besuch Lee Teng-huis ausgelöste diplomatische Sturm nach einiger Zeit wieder ab: Nachdem es Anfang August am Rande der ASEAN-Tagung in Brunei zu einem Treffen der beiden Außenminister Warren Christopher und Quian Qichen gekommen war, bei dem Warren Christopher bekräftigte, daß sich Washington auch weiterhin nach dem „Ein-China“-Prinzip richten werde, also gegen eine Unabhängigkeit Taiwans und eine Aufnahme der Inselrepublik in die Vereinten Nationen sei, setzte in den beiderseitigen Beziehungen eine deutliche Entspannung ein. Diese zeigte sich bald darauf in der Abschiebung des am 19. Juni 1995 inhaftierten und später zu 15 Jahren Gefängnis verurteilten amerikanischen Bürgerrechtlers

32 Vgl. Margot Schüller, Die USA und China. Kontinuität und Wandel in den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, in: China aktuell, Juli 1994, S. 688–694; Nicholas R. Lardy, China in the World Economy, (Institute for International Economics), Washington, D.C. 1994, S. 76.

33 Vgl. dazu das Interview der chinesischen Ministerin für Außenhandel, in: BR, (1995) 5, S. 10f.

34 Vgl. Bonnie S. Glaser, China's Security Perceptions. Interests and Ambitions, in: Asian Survey, 23 (1993) 3, S. 222–271.

Harry Wu, die wiederum den Weg für den Besuch von Hillary Rodham Clinton in Peking am 5. und 6. September anlässlich der 4. Weltfrauenkonferenz freimachte³⁵. Gleichzeitig akzeptierte China die Ernennung eines neuen US-Botschafters in Peking, dessen Posten seit Juni unbesetzt war, und kündigte die Rückkehr des chinesischen Botschafters Li Dayou nach Washington an.

Frei war damit auch der Weg für ein Treffen zwischen Präsident Clinton und dem chinesischen Staatspräsidenten Jiang Zemin, das auch nach außen hin die eingeleitete Entspannung demonstrieren sollte. Als eine geeignete Gelegenheit dazu boten sich die zum 50. Jahrestag der Gründung der Vereinten Nationen angesetzten Feierlichkeiten in New York Ende Oktober 1995 an.

Schon im Vorfeld war allerdings deutlich geworden, daß konkrete Ergebnisse von einem solchen Treffen nicht zu erwarten waren: Das galt für die Taiwan-Frage ebenso wie für die amerikanische Zustimmung zum Beitritt Chinas in die Welthandelsorganisation (WTO). Hinsichtlich der Taiwan-Frage hätte die chinesische Seite ein „viertes Kommuniqué“, in dem sich Washington nochmals eindeutig auf eine Ein-China-Politik festlegt, als ein optimales Ergebnis angesehen. Andererseits dürfte ihr klar gewesen sein, daß dies – allein schon aus inneramerikanischen Gründen – nicht zu erreichen war: Denn eine eindeutige Festlegung Präsident Clintons hätte nicht nur harte Kritik im pro-taiwanesisch gestimmten US-Kongreß ausgelöst, sondern wäre vermutlich auch in weiten Teilen der amerikanischen Öffentlichkeit auf Unverständnis gestoßen. Statt zukünftigen Besuchen von Politikern aus Taiwan völlig abzuschwören, wie es die chinesische Seite wünschte, beschränkte sich der amerikanische Präsident auf die Feststellung, daß solche Besuche in Zukunft „privat und selten“ sein sollten. Daß Peking damit nicht zufrieden war, hatte der chinesische Vizepremier und Außenminister Qian Qichen schon am 29. September in einer Rede vor der US-Association für Außenpolitik zu Protokoll gegeben. In ihr konzedierte der chinesische Außenminister zwar „einige Fortschritte“, wies aber gleichzeitig auf die weiter bestehende Unzufriedenheit Pekings hin, „weil in dieser Sache keine vollständige Übereinstimmung erzielt worden ist“³⁶.

35 Einem Artikel des Pekingener Sonderkorrespondenten der Hongkonger Zeitung „Lien Ho Pao“ zufolge hatte sich schließlich sogar Deng Xiaoping eingeschaltet und dem um Ausgleich und Entspannung bemühten Präsidenten Jiang Zemin gegenüber Hardlinern im chinesischen Militär den Rücken gestärkt.

36 Text der Rede von Qian Qichen in: BR 43/1995, S. 22–24.

Aber auch in der Frage des WTO-Beitritts der VR China war Washington offenbar noch nicht zum Einlenken bereit. Zwar war es schon am 18. Oktober 1995 im Rahmen eines Treffens der Gemeinsamen chinesisch-amerikanischen Wirtschafts- und Handelskommission in Peking zu erheblichen Fortschritten gekommen, denn die chinesische Ministerin für Außenhandel bezeichnete das Treffen als „vollen Erfolg“. Gleichzeitig beklagte sie sich aber darüber, daß sich Washington – entgegen früherer Zusagen – noch immer nicht für eine Mitgliedschaft Chinas in der WTO eingesetzt habe, sondern der amerikanische Widerstand weiterhin das „Haupthindernis“ bilde³⁷.

Auch die äußeren Umstände des Treffens der beiden Präsidenten signalisierten, daß die Clinton-Administration den Normalisierungsprozeß nicht überstürzen will. Denn während die chinesische Seite dem Treffen die Form eines Staatsbesuches geben wollte, fand sich das Weiße Haus – offiziell aus Termingründen – nur zu einem kleinen Gipfel am Rande der Vollversammlung in New York bereit. Über die Absichten, die Washington mit dieser Herabstufung des Treffens verfolgte, läßt sich derzeit nur spekulieren – Rücksichten auf die amerikanische Öffentlichkeit mögen dabei ebenso eine Rolle gespielt haben wie noch unzureichende Gegenleistungen Pekings in Sachen Handel, Rüstungsexporte und Menschenrechte. Vielleicht aber wollte sich der amerikanische Präsident den wirklichen Gipfel einfach für die Zeit des bevorstehenden Wahlkampfes vorbehalten, um ihn dann besser zur Aufwertung seines außenpolitischen Image nutzen zu können.

Wie schon früher, so behielt letztlich auch in dieser bislang ernstesten Krise in den amerikanisch-chinesischen Beziehungen das Interesse beider Staaten an regionaler Stabilität und kooperativen Beziehungen die Oberhand. Dennoch dürfte das Kräftemessen der beiden Mächte weitergehen. Um in diesem Ringen aber schließlich die Oberhand zu behalten und die USA als Vormacht in der Region abzulösen, benötigt Peking – wie man dort sehr wohl weiß – noch über längere Zeit gute Beziehungen. Die chinesische Führung wird dazu Kompromisse eingehen müssen und sie wird dazu auch bereit sein, sofern und solange sie diese Kompromisse für den weiteren Aufstieg Chinas für wichtig und vertretbar hält. Sie wird für Washington aber ein zunehmend schwierigerer Verhandlungspartner werden und auch weiterhin bestrebt sein, ihre Position im asiatisch-pazifischen Raum Schritt für Schritt weiter auszubauen.

37 DW Monitor-Dienst, Nr. 201, 19. Oktober 1995.

Die Volksrepublik China und Taiwan

Die Gratwanderung zweier chinesischer Staaten zwischen Politik und Wirtschaft

I. Dimensionen und Herausforderungen der Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwanstraße

1. Region der wirtschaftlichen Wunder oder der politischen Krisen?

Am 7. Oktober 1995 hat Taiwans nationale Fluglinie, China Airlines, endgültig ihr neues Logo vorgestellt, das an die Stelle der Flagge der Republik China treten wird¹. Die größtenteils staatseigene Linie vollzieht diesen Schritt, da sie andernfalls nicht an der bald erwarteten Eröffnung direkter Routen zwischen Taiwan und dem Festland teilhaben könnte und also eines ungemein attraktiven Geschäftsfeldes verlustig ginge. Dies geschieht natürlich nicht ohne Zustimmung der Regierung, die ungeachtet der weiterhin schwierigen politischen Beziehungen zwischen der Republik und der Volksrepublik gerade zu Beginn dieses Jahres erneuert und klar bekräftigt hat, daß die Intensivierung des wirtschaftlichen Austausches höchste Priorität besitzt². Hierfür gibt es innen- wie außenpolitische Gründe: Alle Parteien des inzwischen auf Taiwan entstandenen Mehrparteiensystems

Ich bin dem Erziehungsministerium der Republik China zu Dank verpflichtet, mir im Rahmen einer zwölf-tägigen Reise im Oktober 1995 die Gelegenheit gegeben zu haben, über die im folgenden vorgetragenen Überlegungen mit Vertretern vieler Organisationen und Institutionen sprechen zu können, die sich mit den Beziehungen Taiwans zum chinesischen Festland befassen.

In dieser Arbeit wird das Pinyin-System zur Transkription des Chinesischen verwendet, es sei denn, es gibt bei Eigennamen eine andere, offizielle Transkription. Die Wahl eines Transkriptionsverfahrens ist politisch neutral.

1 Vgl. China News vom 8. Oktober 1995.

2 Nachdem der chinesische Partei- und Staatsführer Jiang Zemin im Rahmen einer Neujahrsansprache „acht Punkte“ zur Vereinigung beider chinesischer Nationen verkündet und damit die große Bedeutung der Taiwan-Politik für die chinesische Außenpolitik der nächsten Jahre unterstrichen hatte, reagierte die taiwanesishe Staatsführung mit einer klaren Betonung des „yi jingmao wei zhu zhou“ („Handel als Hauptachse“ der Beziehungen) (siehe zusammenfassend China News Analysis, Nr. 1543 vom 15. September 1995).

müssen einer starken Gruppe von Wählern, deren Einkommen direkt oder indirekt vom Handel und Wandel mit dem Festland abhängt, demonstrieren, daß sie eine konstruktive Haltung in dieser Frage einnehmen. Nach außen gerichtet, kann die enge wirtschaftliche Verflechtung mit dem Festland die Pekinger Führung in ein Netz ökonomischer Interessen einweben, die letztlich militärische Eskapaden unwahrscheinlich werden lassen³.

Auf den ersten Blick dürfte also die wirtschaftliche Entwicklung im chinesischen Kulturraum eine friedensstiftende Kraft zu sein. So erscheint dann auch der westlichen Politik der Raum kaum als krisenverdächtig, wie auch in der Entscheidung der Bundesregierung deutlich wurde, das Gebiet nicht mehr als „Krisengebiet“ im Sinne der deutschen Gesetzgebung zu Waffenexporten zu betrachten⁴. Die Spannungen zwischen beiden Seiten werden freilich immer dann schmerzhaft bewußt, wenn die VR China Marktzugangsbarrieren für Unternehmen jener Nationen errichtet, die es wagen, der Republik China Waffen zu verkaufen, oder ihren politischen Status bilateral aufwerten, wie es durch die USA geschah, als im Sommer 1995 der taiwanesishe Staatspräsident Lee Teng-hui erstmals ein „privates“ Visum zum Besuch seiner Alma Mater Cornell erhielt⁵. Vor allem zwischen den USA und der VR China spielt diese Frage inzwischen eine überragende Rolle in den bilateralen Beziehungen. Bevor wir uns also mit diesem Gegensatz zwischen politischer Spannung und wirtschaftlicher

3 Eine knappe Einschätzung der Veränderungen der taiwanesischen Parteienlandschaft vor dem Hintergrund der Festland-Problematik bietet Hermann Halbeisen, *The Dynamics of Political and Social Change in Taiwan and Its Effects on the Relations Across the Straits*, in: Dieter Cassel/Carsten Herrmann-Pillath (Hrsg.), *The East, the West, and China's Growth: Challenge and Response*, Baden-Baden 1995, S. 187-207.

4 Vgl. Taiwan aktuell, Nr. 138 vom 14. Juni 1995, S. 4.

5 Zu dieser Reise und ihren Folgen im Kontext der Geschehnisse des Jahres 1995 siehe *Far Eastern Economic Review* vom 22. Juni 1995, S. 20ff., und vom 14. September 1995, S. 20ff. Die VR China rief gar ihren Botschafter für einige Monate zurück, der dann bei der Rückkehr auch prompt androhte, daß die guten wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und der VR China gefährdet würden, wenn die USA nicht eindeutig auf ähnliche Schritte in Zukunft verzichteten.

Dynamik näher beschäftigen, sollten die wichtigsten Dimensionen der Herausforderungen bezeichnet werden, die sich in der Region entfalten.

a) Insbesondere in Deutschland wird die wirtschaftliche Dynamik der Region oft verzerrt wahrgenommen: Falsche politische Verantwortlichkeiten werden gesehen und falsche Erfolgszuweisungen vorgenommen. Die Dynamik des festländischen Marktes mit ihren großen Hoffnungen für ausländische Investoren ist wesentlich durch die wirtschaftliche Integration im chinesischen Kulturraum bedingt und daher weniger einer aktiven wirtschaftspolitischen Strategie der VR China zuzurechnen⁶.

Gerade jene Gebiete Chinas, die besonders dynamisch sind, sind auch solche, die den stärksten Zustrom auslandschinesischen und auch taiwanesischen Kapitals erfahren. Insofern gilt aber umgekehrt: Die wirtschaftliche Dynamik wird nur bewahrt werden können, wenn die weitere Internationalisierung des Festlandes durch endogene Kräfte des chinesischen Kulturraumes in politisch stabilen und berechenbaren Bahnen verläuft. Diese Kräfte bilden aber ein *gleichgewichtiges* System mit verschiedenen politischen Einheiten – jede außenpolitische Auseinandersetzung mit der Region muß daher diese Einheiten mit *gleicher* Gewichtung ins Auge fassen, und nicht, wie leider eher üblich, gerade die Interessen und Forderungen der VR China einseitig berücksichtigen.

b) Politisch tritt vor allem in den bilateralen Beziehungen USA-VR China zutage, daß die westliche Politik an den Rand der Glaubwürdigkeit ihrer eigenen normativen Grundlagen getrieben wird. Beobachter weisen den USA nicht ohne Berechtigung einen großen Teil der Verantwortung für die Verschlechterung der Beziehungen zu, denn in der Tat ist die Regierung Clinton aus chinesischer Sicht zu einem schwer berechenbaren Dialogpartner geworden⁷. Auf der anderen Seite

6 Werden die Investitionsdaten in der VR China betrachtet, dann ergibt sich, daß zwischen 1979 und 1993 über 80 Prozent aller realisierten Investitionen aus Hong Kong, Macao und Taiwan stammten. Im Jahre 1993 betrug diese Zahl rund 58 Prozent, während etwa Japan 12,59 Prozent, die USA 6,83 Prozent und Deutschland 0,7 Prozent stellten. Siehe die Daten in: Liang an tongji yuebao (Statistischer Monatsbericht zu den Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwanstraße), (1995) 6, S. 49ff. Ich habe diesen Punkt bereits in meiner Studie Wachstum und Weltmachtanspruch in China, in: Außenpolitik, (1994) 4, S. 375–383, herausgearbeitet.

7 Diesbezüglich wurde in der Far Eastern Economic Review besonders klar Stellung bezogen. Vgl. etwa ebd. vom 27. Juli 1995, S. 19, vom 3. August 1995, S. 5, vom 10. August 1995, S. 14ff., und vom 21. September 1995, S. 7.

aber besteht das reale Problem, daß im „Kampf der Kulturen“ Taiwan zu einem der wichtigen (ähnlich wie auch Südkorea) Beispiele geworden ist, wo sich asiatische Werte mit einer – sicherlich noch jugendlich-ungeordneten – Demokratie vereinen. Damit wird solchen Ideologien die empirische Grundlage entzogen, die dem asiatischen Autoritarismus eine dauerhafte Bedeutung für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Dynamik der Region zuschreiben, wie etwa die Propagandisten des „neokonfuzianischen Modells Singapur“ behaupten⁸. Dann ist aber der Westen verpflichtet, klare Positionen zu beziehen. In diesem Zusammenhang ist das Problem der Republik China besonders schmerzhaft, da die Verdrängung Taiwans von der offiziellen internationalen Bühne nichts anderes ist als ein Unrechtstatbestand, der durch keine Norm des internationalen Rechts schlüssig begründet werden kann⁹. Der Westen gibt aber die von ihm selbst vertretenen Werte auf, wenn Machtpolitik und wirtschaftliche Interessen über alle anderen Wertskalen die Oberhand gewinnen. Die eindeutige pro-taiwanische Stimmung in den USA, aber auch in anderen westlichen Politikzirkeln, ist auf eine entsprechende Unzufriedenheit mit dem eigenen Verhalten zurückzuführen.

c) Besonders bedenklich ist in dieser Hinsicht, daß ein gewisser Zweckoptimismus zur Folge hat, die militärischen Krisenpotentiale in der Region zu unterschätzen¹⁰. Freilich hängt dies auch damit zusammen, daß die tatsächlichen Interessen und Wahrnehmungen der Beteiligten höchst undurchsichtig sind und daß die nach außen demonstrierten Haltungen zum Teil eher innere Probleme und Konflikte widerspiegeln. So ist die Propagierung

8 Ein nützlicher Überblick zu dieser Auseinandersetzung ist in: Zeitpunkte, (1995) 4, zu finden.

9 Die Republik China hat zu keiner Zeit aufgehört zu existieren und kann daher alle Rechte und Pflichten eines Staates der Staatengemeinschaft genießen, solange sie sich dieser nicht selbst durch Verfolgung einer Quasi-Hallstein-Doktrin beraubt. Noch eklatanter ist die Situation im Falle des nahenden Beitritts zur World Trade Organization (WTO), bei dem die VR China eine zeitliche Priorität beansprucht und daher eventuell den Beitritt Taiwans verzögert. In die WTO treten aber gar keine Staaten ein, sondern handelspolitische Subjekte, also im weitesten Sinne Zollgebiete. So kann etwa auch Hong Kong als Kolonie und auch nach 1997 als Sonderverwaltungszone vollwertiges GATT-Mitglied bleiben. Umgekehrt gibt es keinen rechtlichen Grund, Taiwan einen Beitritt vor der VR China zu verweigern. Zu dieser Problematik siehe Rolf Langhammer, The Formation of Greater China and the Future of the EC-China Relations, in: D. Cassel/C. Herrmann-Pillath (Hrsg.) (Anm. 3), S. 281–308.

10 Vgl. Far Eastern Economic Review vom 3. August 1995, S. 16ff., und Kay Möller, Das pazifische Asien nach dem Ost-West-Konflikt: Schauplatz oder Akteur internationaler Politik?, in: Konrad-Adenauer-Stiftung, Auslandsinformationen (KAS-AI), (1995) 7, S. 3–22.

von „T-Day“-Szenarien in Taiwan sicherlich ein lukratives journalistisches Geschäft mit den Sorgen der Bevölkerung, und erscheint es für die Legitimation bestimmter politischer Positionen als wichtig, die militärische Bedrohung durch die Volksrepublik als besonders brisant darzustellen¹¹. Auf der anderen Seite der Taiwanstraße gibt es offenbar recht gegensätzliche Positionen in unterschiedlichen Institutionen wie dem Außenministerium und der Volksbefreiungsarmee. Dennoch sollte klar sein, daß die nationalen Ansprüche der VR China eindeutig auch im Sinne militärischer Potentiale umgesetzt werden, und daß somit ein echtes Problem militärischen Gleichgewichts in der Region entsteht¹².

2. Die Verantwortung des Westens und der deutschen Außenpolitik

Vor dem Hintergrund dieser drei Dimensionen der Herausforderung muß also grundsätzlich festgestellt werden, daß für alle Akteure der Weltpolitik ein substantielles Interesse bestehen muß, eine vorausschauende Politik der Krisenprävention zu verfolgen. Eine politische und militärische Destabilisierung der Region liegt im Bereich des Möglichen und würde im Falle des akuten Auftretens die Träume von der „Weltwirtschaftsmacht China“ platzen lassen. Wenn der Westen also die wirtschaftliche Dynamik bewahren und fördern will, ist er gehalten, eine konstruktive, aktive Politik der Krisenvermeidung zu betreiben.

Dies gilt vor allem auch für Deutschland. Deutschland betreibt bislang eine vorsichtige Politik der Anpassung und wohlgesinnten Begleitung der Entwicklungen, mit zeitweiligen Verweisen auf Fragen

der Menschenrechte, insgesamt aber ohne eine klare Linie zu Grundsatzfragen wie dem Taiwan-Problem, das sich nur wegen der massiven Okkupierung der Thematik durch Peking auf die Frage des „Ein-China“ zu reduzieren scheint: Diese groben Kategorien spiegeln aber keine eigenständige außenpolitische Wahrnehmung und Position des Westens wider, sondern kolportieren lediglich die Sicht der VR China. Rechtfertigung erfährt diese Haltung durch die wissenschaftlich kaum abzustützbare These, wirtschaftliche Entwicklung würde über kurz oder lang zu Demokratisierung führen: Dabei zeigt gerade die deutsche Geschichte, daß dieser – sicherlich langfristig notwendige Zusammenhang – mit gewaltigen politischen Rückschlägen und schlimmsten Fehlentwicklungen verbunden sein kann, die sich in der VR China bereits anzudeuten scheinen¹³.

Deutschland hätte aber eigentlich die Möglichkeit und – meiner persönlichen Ansicht nach – auch die Verpflichtung, eine konstruktive, gestaltende Ostasienpolitik in der Region selbst zu betreiben, die auf klaren Vorstellungen über künftige Ordnungsverhältnisse im pazifischen Raum beruht. Es sollte sich nicht in die amerikanisch-asiatischen Schaukämpfe von „Kulturen“ verwickeln lassen, in denen Systeme als „Modelle“ verkauft werden, von denen, wie im Fall Singapur, in der Region gewitzelt wird, „they go into the grave with their leaders“. Bislang wird aber eine kreative Vermittlungs- und gegebenenfalls sogar geistige Dialogfunktion weltweit im wesentlichen den Vereinigten Staaten überlassen. Diese sind jedoch aufgrund ihrer strategischen Interessen und Lasten ebenso wie wegen einer normativ wesentlich zugespitzteren Ausrichtung von Außenpolitik selbst ein pazifischer Akteur und damit kaum noch unabhängig¹⁴.

Japan ist aufgrund der weiterhin unbewältigten Weltkriegsvergangenheit ebenfalls belastet, tat-

11 Zur „T-Day“-Journalistik in Taiwan siehe jüngst Bernhard Führer, Das T-Day-Szenario – Untergangsstimmung auf Taiwan, in: Asien, (1995) 56, S. 68–72.

12 Dabei ist es kaum möglich, die tatsächliche Stärke und Entwicklung des chinesischen Militärpotentials einzuschätzen. Chinesische Darstellungen (die von manchen westlichen Experten geteilt werden) sprechen eher von einem gewaltigen Nachholbedarf, und daß die jährlichen nominalen Zuwachsraten des Budgets durch die Inflation nahezu annulliert würden; sie stehen damit in radikalem Widerspruch zu westlichen Analysen wie etwa der RAND-Corporation, die das tatsächliche Budget für 20fach höher einschätzt als das offiziell publizierte. Zu dieser Problematik siehe nur South China Morning Post vom 2. Juni 1995, Far Eastern Economic Review vom 24. April 1995, S. 24f., und aus chinesischer Sicht beispielhaft Foreign Broadcast Information Service, China (FBIS-CHI-95-040) vom 1. März 1995, S. 31f., und vom 20. Juni 1995, S. 23–28. Für unsere Schlußfolgerung ist daher eher die Tatsache wichtig, daß die VR China im Jahre 1995 mit verschiedenen militärischen Aktionen (Okkupation des Mischief-Atolls, Raketentests nahe bei Taiwan) eindeutig die Absicht gezeigt hat, ihre Rolle als Regionalmacht militärisch zu fundieren.

13 Zum wenig eindeutigen Zusammenhang von Demokratie und Marktwirtschaft siehe nur das Symposium im Journal of Economic Perspectives, (1993) 3, mit Beiträgen u. a. von Evelyn Huber und Dietrich Rueschemeyer. In der Region, aber auch seitens der Wissenschaft wird der wachsende Nationalismus intellektueller, politischer und wirtschaftlicher Eliten der VR China mit zunehmender Sorge betrachtet, bringt er doch an den Rändern auch neofaschistische Strömungen zutage, vgl. Wang Shan, Viewing China Through a Third Eye, China Supplement, FBIS-CHI-95-075-S vom 19. April 1995. Einen Gesamtüberblick bietet der Artikel von Geremie Barmé, To Screw Foreigners is Patriotic: China's Avant-Garde Nationalists, in: The China Journal, 34 (1995), S. 209–238.

14 Dies präsentiert aber umgekehrt auch für die VR China erhebliche Probleme. Vgl. Xiaoxiong Yi, China's U.S. Policy Conundrum in the 1990s: Balancing Autonomy and Interdependence, in: Asian Survey, 34 (1994) 8, S. 675–691.

sächlich aber bemüht, eine balancierende Rolle zu spielen, nicht zuletzt, weil die eigenen wirtschaftlichen Aktivitäten auf dem Festland immer stärker auf Vernetzungen mit der chinesischen Gemeinschaft angewiesen sind¹⁵. Großbritannien ist wegen der Hong Kong-Frage kaum zusätzlich zu beanspruchen, und Länder wie Frankreich besitzen in der Region nicht die hohe Reputation wie Deutschland.

So ist Deutschland also eigentlich der unwillige „Dritte“ in einer zunehmend komplizierter werdenden ostasiatischen Region. Die deutsche Außenpolitik hat diese Sachlage, wie es scheint, noch gar nicht wahrgenommen und krankt unter anderem an einer zum Teil erstaunlichen Naivität bezüglich der Verhältnisse in der Region, manchmal verbunden mit diplomatischen Fauxpas. Versuchen wir also, dem Kern der Problematik der Beziehungen zwischen Taiwan und der VR China etwas näher zu kommen.

II. Nationalismus und Kultur in der gespaltenen chinesischen Modernisierung des 20. Jahrhunderts

Die Hauptschwierigkeit, die Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwanstraße zu verstehen, besteht darin, daß die Entfaltung der wirtschaftlichen Integration vor dem Hintergrund eines historisch tief verwurzelten Problems der nationalstaatlichen Modernisierung Chinas stattfindet und daß jede einigermaßen realistische Lösung der Probleme – abgesehen von der langfristigen Fortschreibung des Status quo – einen weitreichenden Wandel kultureller Werte voraussetzt.

Als Ergebnis des militärischen Konfliktes zwischen unterschiedlichen politischen Kräften der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatten sich in China zwei politische Parteien als Hauptakteure durchgesetzt, die beide als politischen Grundwert die Einheit Chinas unter Führung einer zentralstaatlichen Macht und auf der Basis einer nationalistischen Konzeption von „Chineseness“ vertraten. Dies ist

15 Zur strategischen Vernetzung zwischen japanischen und auslandschinesischen Festlandoperationen und ihrem Kontext der veränderten Strukturen japanischer Direktinvestitionen im Ausland vgl. Zhongguo tong shangye zazhi („Der China-Kenner: eine Wirtschaftszeitschrift“), (1995) 9, S. 116ff. und Liu Renjie, Riben chanye jiegou bianhuan yu liang an touzi dongxiang (Der industrielle Strukturwandel in Japan und der Trend japanischer Direktinvestitionen beiderseits der Taiwanstraße), in: Jingji qianzhan (Economic Outlook), (1995) 41, S. 86–89.

deshalb bemerkenswert, weil mit der Kommunistischen Partei ebenso wie mit der leninistisch organisierten *Guomindang* Sun Yatsens im Grunde organisatorische Instrumente gefunden worden waren, um den klassischen unitarischen Zentralstaat Chinas über den Zusammenbruch des Kaisertums hinwegzuretten, das eine seiner sicherlich bedeutendsten Institutionen war.

Die jüngere wissenschaftliche Diskussion um den chinesischen Nationalismus ist von Vorstellungen abgerückt, zwischen dem traditionellen „Kulturalismus“ (also der politischen Legitimation der Zentralmacht durch ihre Schlüsselposition im kulturellen Repertoire nach innen und außen) und dem „Nationalismus“ als Phänomen des Übergangs zu moderner Staatlichkeit einen Gegensatz bzw. eine Entwicklungsfolge zu konstruieren. Statt dessen wird nun gerade der Nationalismus als Ausdruck der Kontinuität des unitarischen Zentralstaates qua kulturelles Konstrukt begriffen, also eine moderne kulturelle Metamorphose des Gedankens, daß die chinesische Gesellschaft durch ein monolithisches politisches Zentrum dominiert, ihre Vielfalt in dieses Zentrum projiziert und kulturell standardisiert wird. Dieser Gedanke der Zentrumsorientierung war wesentlicher Bestandteil der chinesischen „Great“ ebenso wie der „Little Tradition“ und wird gerade im Konzept nationalstaatlicher Integration fortgeführt, wie es die herrschenden politischen Kräfte im 20. Jahrhundert prägte¹⁶.

Beide chinesischen staatsbildenden Kräfte haben entsprechend sehr früh ein politisches Programm vertreten, das die formale Einheit und Einheitlichkeit der chinesischen Nation gegen die Realität großer regionaler und lokaler Unterschiede durchzusetzen suchte, die stets als dysfunktional und rückwärtsgewandt begriffen wurden. Ganz in

16 Es seien nur einige der wichtigsten Beiträge erwähnt: Paul A. Cohen, The Post-Mao Reforms in Historical Perspective, in: The Journal of Asian Studies, 47 (1988), S. 518–540; John Fitzgerald, The Nationless State: The Search for a Nation in Modern Chinese Nationalism, in: The Australian Journal of Chinese Affairs, 33 (1995), S. 75–106; oder John Townsend, Chinese Nationalism, in: The Australian Journal of Chinese Affairs, (1992) 27, S. 97–130. Die Zusammenhänge zwischen den Auffassungen der politischen Eliten in verschiedenen Phasen der Entwicklung sind inzwischen recht klar, weniger klar ist aber die Frage der „Little Tradition“, die inzwischen Wang Yi, Zhongguo minjian zongjiao yu Zhongguo shehui xingtai, noch unveröffentlichtes Manuskript des „European Project on China's Modernization“, Bochum–Duisburg 1995, in Angriff genommen hat, sowie ich selbst: Strange Notes on Modern Statistics and Traditional Popular Religion in China: Further Reflections on the Importance of Sinology for Social Science as Applied on China, erscheint in: Erling von Mende/Lutz Bieg (Hrsg.), Ad Seres et Tungusos, Festschrift Martin Gimm, Wiesbaden 1995.

der Tradition konfuzianisch-moralisierender Geschichtsschreibung ist auf beiden Seiten der Taiwan-Straße gezielt das historische Gedächtnis von chinesischen Alternativen ausgelöscht worden, die als Folge der zunehmenden Regionalisierung Chinas in der späten Qing-Zeit vor und nach dem Sturz der kaiserlichen Institutionen im Jahre 1911 entstanden waren. Chinas modernste und fortschrittlichste politische Vorschläge zur Verfassungsbildung – ganz im Sinne des Übergangs zu moderner Nationalstaatlichkeit – auf föderaler Grundlage, die damals in den Wettbewerb der politischen Kräfte und Ideen eintraten, wurden moralisierend mit der Realität des Bürgerkrieges und der „Warlordisierung“ zu einem Gesamtbild der „Gegenmodernisierung“ verwoben und damit denunziert und diffamiert. Die damals lauten, weit verbreiteten und zunehmend stärkeren Forderungen nach staatlicher Autonomie von Provinzen als Grundlage einer freiwilligen Neukonstitution der zentralen Macht zeigen in aller Deutlichkeit, daß die Existenz des unitarischen Zentralstaates keine Selbstverständlichkeit der politischen Entwicklung Chinas ist¹⁷.

Mit Gewalt haben dann beide Kräfte ihr kulturalistisch-nationalistisches Programm durchzusetzen gesucht. In der VR China geschah dies entweder auf dem Wege der Etablierung einer zentral kontrollierten, kommunistischen Bürokratie, die ihren einheitlichen Stempel allen Vorgängen im Lande aufzuzwingen versuchte, oder auf dem Wege der Propagierung quasi-religiöser Massenbewegungen des Maoismus. In der Republik China wurde der lokalen Bevölkerung ein von der regierenden Guomindang konzipiertes, kulturelles Konzept von „Chineseness“ oktroyiert, das ähnlich tief und brutal in die gesellschaftlichen Verhältnisse eingriff wie der japanische Kolonialismus und die Einheit der chinesischen Kultur in der Normierung von Sprache, Kochbüchern, Architektur oder Kleidung zu suggerieren suchte¹⁸.

17 Der indisch-amerikanische Historiker Prasenjit Duara hat dies in einem beeindruckenden Text aufgearbeitet: *Minguo de zhongyang jiquanzhuyi he lianbangzhuyi* (Machtzentralismus der Republik China und Föderalismus), in: *Ershiyi shiji* (21st Century), (1994) 25, S. 27–42. Es muß aber betont werden, daß der chinesische Föderalismus sich immer als alternativer Weg einer Neukonstitution der Einheit Chinas verstand, nicht als Separatismus und damit als Bestreben, diese Einheit endgültig abzuschaffen. Vielmehr sollte der historische Tatbestand starker lokaler und regionaler Subkulturen, der in vielen Bereichen der chinesischen Gesellschaft eine große Bedeutung besitzt, auf der Ebene einer Verfassung erstmals formal anerkannt werden.

18 18Vgl. hierzu vor allem Allan Chun, *From Nationalism to Nationalizing: Cultural Imagination and State Formation in Postwar Taiwan*, in: *The Australian Journal of Chinese Affairs*, (1994) 31, S. 49–72.

Aus dieser Perspektive müssen die inneren Entwicklungen auf beiden Seiten der Taiwan-Straße in den achtziger und neunziger Jahren eigentlich in sehr ähnlicher Weise gedeutet werden, nämlich als schrittweise Rücknahme kulturalistischer Ansprüche der jeweiligen Zentralmacht mit dem Ziel, die immer schärfer werdende Spannung zwischen Lokalismus und Zentralmacht zu lösen. In der Republik China ist entsprechend die rasche Demokratisierung der Gesellschaft wesentlich auch darauf zurückzuführen (neben dem Entstehen einer starken Mittelschicht), daß sie notwendige Bedingung einer unumgänglichen Taiwanisierung wichtiger Institutionen war, sollte das Bild der einheitlichen chinesischen Kultur nicht letztlich an einem (sub)ethnischen – und damit kulturell desintegrativen – Konflikt zwischen Festländern und Taiwanesen auf Taiwan zerbrechen. Entsprechend besaß auch die Frage der Unabhängigkeit Taiwans lange Zeit eine zentrale Rolle für die Ausdifferenzierung der politischen Kräfte (und weniger innertaiwanische Sachfragen), nachdem sich politische Parteien in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre formieren durften¹⁹. In der Volksrepublik wiederum hatte der maoistische Radikalismus in paradoxer Weise eine zunehmende gesellschaftliche Desintegration zur Folge gehabt, die nur dadurch aufzufangen war, daß der faktisch gestärkte Lokalismus eine konstruktive Funktion erhielt: Er wurde treibende Kraft der institutionellen Veränderungen und der wirtschaftlichen Entwicklung nach 1978²⁰.

Beide Prozesse hatten aber zur Folge, daß eine grundlegende Neudefinition der Beziehungen zwischen beiden Seiten notwendig wurde, die eigentlich bis heute nur ansatzweise gefunden worden ist. Während die Guomindang inzwischen ihren Anspruch als regierende Partei auch des Festlandes

19 Einen sehr guten Überblick zu diesen Prozessen bieten Linda Chao/Ramon Myers, *The First Chinese Democracy. Political Development of the Republic of China on Taiwan, 1949–1994*, in: *Asian Survey*, 34 (1994) 3, S. 213–230. Den Zusammenhang zwischen Demokratisierung und (sub)ethnischen Spannungen arbeitet besonders klar heraus Chang Mau-kuei, *Toward an Understanding of Sheng-chi Wen-ti in Taiwan: Focusing on Changes after Political Liberalization*, in: Chen Chung-min et al. (Hrsg.), *Ethnicity in Taiwan: Social, Historical, and Cultural Perspectives*, Taipeh 1994, S. 93–150.

20 Ich habe beide Entwicklungen zusammenfassend dargestellt, und zwar für den Fall Taiwans in: Carsten Herrmann-Pillath, *Wirtschaftsintegration durch Netzwerke. Die Beziehungen zwischen Taiwan und der Volksrepublik China*, Baden-Baden 1994, drittes Kapitel, und für den Fall des Festlandes in meiner Publikation: *Marktwirtschaft in China, Geschichte – Strukturen – Transformation*, Opladen 1995, viertes Kapitel.

aufgegeben hat, beharrt die KPCh weiterhin auf der Position, Taiwan sei eine Provinz Chinas und damit formal der Zentralregierung in Peking untergeordnet. Noch wichtiger ist aber der Tatbestand, daß in der Dyade Volksrepublik/Republik China (PRC/ROC) die Seite Taiwans für die Volksrepublik viel schwerer berechenbar geworden ist. Seine zunehmend pluralistische und demokratische Gesellschaft entfaltet eine Eigendynamik auch in Fragen der Festlandpolitik, die aus der Sicht Pekings nur noch indirekt gesteuert werden kann, wie etwa in Gestalt des Versuches, Wählerpräferenzen durch Demonstrationen militärischer Macht zu beeinflussen. Aus der Sicht vieler Taiwanesen versucht die VR China aktiv, durch politische und militärische Akte die Gesellschaft, aber auch konkret die Wirtschaft der Insel – etwa in Gestalt ihrer Börse – zu verunsichern²¹.

Freilich ist für die regierende Guomindang die eigene Gesellschaft ähnlich schwierig geworden. Der taiwanesischer Präsident Lee Teng-hui muß sich von vielen Seiten den Vorwurf gefallen lassen, er vertrete die chinesische Einheit nur noch als Lippenbekenntnis – die politischen Parolen und Reden sind derart verklausuliert und für Außenstehende schwer verständlich, daß die tatsächliche Überzeugung kaum nachvollziehbar ist²². Umgekehrt reagierten die taiwanesischen Medien mit großer Aufregung, als der Parteivorsitzende der „Democratic Progressive Party“, Shih Ming-te, in den USA verkündete, die DPP würde im Falle eines Wahlsieges nicht zwingend sofort die Unabhängigkeit erklären – nach seiner Rückkehr wurde erläutert, in Entsprechung mit der Auffassung der Mehrheit der Parteimitglieder sei diese Bemerkung so aufzufassen, daß Taiwan angesichts der gewandelten politischen Verhältnisse bereits ein unabhängiger Staat sei, der dies nicht mehr geson-

21 Soeben ist von der taiwanesischen Regierung – noch ohne nähere Spezifikation – mitgeteilt worden, daß die VR China offenbar versucht, über Mittelsmänner auf die künftigen taiwanesischen Wahlen Einfluß zu nehmen. Vgl. Lianhe bao (United Daily) vom 12. Oktober 1995, S. 1.

22 Beispielsweise wird seit mehr als einem Jahr die Rede vom „Großen Taiwan“ durch Präsident Lee verbreitet. Die entsprechende Formel wird jedoch immer weiter modifiziert, etwa auf Plakaten jetzt als „Jingying da Taiwan, fuxing xin zhong yuan“, also „das große Taiwan führen, eine neue Zentralebene schaffen“. „Führen“ betont hier den wirtschaftlichen Aspekt („Management“), und der Begriff der „zentralen Ebene“ ersetzt hier denjenigen des „China“ – „Zhongguo“ – und ist schwer interpretierbar, da er sich auf die Wiege der chinesischen Kultur bezieht, nämlich das Lößplateau des Gelben Flusses. Es stellt sich dann nämlich die Frage, ob hier an eine neue Geburt von „Chineseness“ in Taiwan als eigenständiger Gesellschaft gedacht wird, oder ob schlicht die chinesische Frage entpolitisiert und auf eine kulturelle Ebene transferiert werden soll.

dert zu erklären brauche, sondern nur noch formale Fragen der Repräsentation dieses Status nach außen zu lösen habe²³.

Derartige politische Schauspiele und Schachzüge werden nun aber erheblich verkompliziert durch den Prozeß der wirtschaftlichen Integration beider Seiten der Taiwanstraße, dem sich alle Parteien und Positionen als Tatsache zu stellen haben.

III. Wirtschaftsintegration, nationale Identität Taiwans und die internationale chinesische Kaufmannsgemeinschaft

1. Die chinesische Integration: Wachstum, regionale Arbeitsteilung und komparative Vorteile

An dieser Stelle ist kein Raum, auf die wirtschaftlichen Aspekte der chinesischen Integration im Einzelnen einzugehen²⁴. Wir wollen uns statt dessen auf die politischen und kulturellen Aspekte konzentrieren und es bei der Feststellung bewenden lassen, daß zwar die politischen Spannungen des Jahres 1995 die Dynamik der Integration verlangsamt haben, doch weiterhin gilt, daß die Volksrepublik China nun der mit Abstand wichtigste Wirtschaftspartner Taiwans geworden ist. In Zahlen ausgedrückt²⁵:

- Das gesamte Handelsvolumen erreichte 1994 17,88 Milliarden US-Dollar und im ersten Quartal 1995 bereits 7,2 Milliarden US-Dollar, mit einem Handelsbilanzüberschuß Taiwans von 7,6 Milliarden US-Dollar 1994. Im ersten Quartal 1995 gingen 18,08 Prozent aller taiwanesischen Exporte auf das Festland²⁶.

23 Vgl. Taiwan aktuell, Nr. 153 vom 27. September 1995, S. 2, und Shangye zhoukan vom 2. Oktober 1995, S. 48ff. Diese Position hatte Shih freilich schon früher vertreten. Vgl. etwa FBIS-CHI-95-051-S vom 16. März 1995, S. 81ff.

24 Ich habe dies in anderen Arbeiten stärker berücksichtigt. Vgl. vor allem C. Herrmann-Pillath (Anm. 20).

25 Nach den statistischen Monatsberichten der Republik China, Liang an jingji tongji yuebao, (1995) 6. Der „Mainland Affairs Council“ bietet inzwischen überarbeitete Daten etwa zum Handel über Hong Kong, die oft erhebliche statistische Diskrepanzen zwischen den Angaben der VR China, Hong Kongs und Taiwans auszugleichen suchen. Im Falle des Volumens der Direktinvestitionen ist dies freilich ein hoffnungsloses Unterfangen. Es ist hier aus Platzgründen leider nicht möglich, die statistischen Probleme eingehender zu diskutieren.

26 Es wird geschätzt, daß der Handel am Jahresende mehr als 20 Milliarden US-Dollar Volumen erreichen wird. Siehe Jingji ribao (Taiwan) vom 11. Oktober 1995, S. 11.

- Im ersten Quartal 1995 konzentrierten sich 51,94 Prozent aller gemeldeten ausländischen Direktinvestitionen Taiwans auf das chinesische Festland; nach Angaben der VR China soll es sich bis 1995 um ein kumuliertes Volumen von mehr als 24 Milliarden US-Dollar handeln. Neue regionale Schwerpunkte der Investitionstätigkeit sind inzwischen Jiangsu und Shanghai neben den traditionellen Schwerpunkten in Guangdong und Fujian (einschließlich der Sonderzonen), Branchenschwerpunkte sind mittlerweile die Elektro- und Elektronikindustrie, die Nahrungsmittelverarbeitung und die kunststoffverarbeitende Industrie²⁷.
- Im Zusammenhang der Integrationsprozesse haben zwischen 1988 und dem Juni 1995 über 7,7 Millionen Besuche des Festlandes durch Taiwaner stattgefunden.
- In den wichtigsten Exportmärkten USA und Japan hat das Festland inzwischen größere Marktanteile (gemessen an den jeweiligen Gesamtimporten der Länder) als Taiwan (USA: 5,3 Prozent versus 3,75 Prozent; Japan: 9,92 Prozent versus 3,92 Prozent), wobei allerdings Exporte taiwanesischer Festlandunternehmen als Exporte der VR China betrachtet werden.

Gewöhnlich wird diese Entwicklung mit der Überlegung in Verbindung gebracht, daß möglicherweise Abhängigkeiten für Taiwan entstehen, die letztlich auch seine politische De-facto-Autonomie gefährden. Genauere Analysen belegen dies aber nicht, soweit die wirtschaftlichen Aspekte im engeren Sinne betroffen sind²⁸. Die Verlagerung von

27 Durch die wachsenden Spannungen zwischen dem Festland und Taiwan hat sich freilich die Zuwachsrates der Investitionen stark verlangsamt und liegt inzwischen nur noch bei neun Prozent im Jahresvergleich (allerdings ist beispielsweise die Investitionstätigkeit in den ASEAN-Ländern sogar zurückgegangen). Vgl. Gong shang shibao (Business Times) vom 7. Oktober 1995, S. 4. Hier dürften sich auch gewisse Sättigungstendenzen abzeichnen, soweit die bislang führenden kleinen und mittleren Unternehmen betroffen sind. Es fragt sich also, ob an deren Stelle die großen Unternehmen – hier auch die öffentlichen – künftig die Rolle der Investitionslokomotive spielen werden. Ein wichtiges Problem bei der Schätzung der taiwanesischen Investitionen besteht in der möglichen Beteiligung von Taiwanern an anderen Projekten, die über ausländische Konsortien oder Investmentgesellschaften organisiert werden. Es gibt Stimmen, die inzwischen davon ausgehen, daß Taiwan bereits vor Hong Kong der größte Investor auf dem chinesischen Festland ist.

28 So die jüngste Untersuchung der taiwanesischen Chung Hua Institution of Economic Research, zusammengefaßt von Gao Zhang (Kao Charng)/Wu Shiyang, Taiwan fu da lu touzi dui Taiwan jingji de yingxiang (Taiwanische Direktinvestitionen auf dem chinesischen Festland und ihre Auswirkungen auf die taiwanische Wirtschaft), in: Jingji qianzhan, (1995) 40, S. 40–44. Zu einem ähnlichen Ergebnis gelangte

Industrien zum Festland geschieht bislang nach dem Prinzip komparativer Vorteile und ist entsprechend, wenn überhaupt, mit der Entstehung gegenseitiger – nicht einseitiger – Abhängigkeit verbunden; sie betrifft auf Taiwan in der Regel Industrien mit ohnehin großen Anpassungsproblemen im übergreifenden pazifischen Strukturwandel. Auf der anderen Seite führt die Abwanderung aber zu starken Nachfrageeffekten für die einheimischen Produzenten und belebt die taiwanische Wirtschaft, die gerade im Jahre 1995 mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat (Krise der Kreditgenossenschaften und neuer privater Banken, Überangebot und Preisverfall im Immobiliensektor, Kursverfall an der Börse usw.). Einfache Schätzungen weisen zwar auf einen insgesamt schwach negativen Effekt für die künftige Investitionstätigkeit in Taiwan hin, doch sind solche Prognosen stark von den unterstellten institutionellen und weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängig. Hinzu kommt, daß taiwanische Unternehmen eine aktive internationale Diversifikation betreiben und dabei zum Beispiel versuchen, hochwertige Produkte an europäischen Standorten mit dortigen Technologien und Organisationsmitteln herzustellen²⁹.

Daß die Regierung Taiwans die Auswirkungen der wirtschaftlichen Integration mit (dem Festland genauso sieht, demonstriert die Tatsache, daß ungeachtet der politischen Spannungen wichtige wirtschaftspolitische Maßnahmen weiter implementiert und angestoßen werden, wie etwa Verhandlungen zwischen Staatsunternehmen der Petrochemie beider Seiten zur Frage der gemeinsamen Exploration des südchinesischen Meeres (eine auch außenpolitisch sensible Frage), die Einrichtung einer indirekten Flugroute über Macao-Peking/Shanghai oder das erneut verstärkte Bemühen, direkten Schiffsverkehr zwischen dem Festland und einer eigens geschaffenen Freihandelszone im Hafen von Kaohsiung einzurichten. Selbst Gespräche über eine Zusammenarbeit im Bereich der militärischen Forschung und Entwicklung sind möglich und offenbar aussichtsreich³⁰.

eine andere, stark differenzierte Untersuchung zu den Risiken einer zu großen Abhängigkeit der Exporte vom Festlandmarkt. Vgl. Lin Yujun, Dui Zhongguo dalu gao chukou yiding gao fengxian ma? (Bedeutet Exporte nach dem chinesischen Festland ein Risiko?), in: Jingji qianzhan, (1995) 41, S. 52–57.

29 Zu dieser Strategie siehe Chen Tianzhi, Taiwan dui Ou Mei zhijie touzi de xingtai ji xiaoguo (Formen und Ergebnisse taiwanischer Direktinvestitionen in Europa und den USA), in: Jingji qianzhan, (1995) 40, S. 36–39, und ein Beispiel in Gong shang shi bao vom 4. Oktober 1995, S. 12.

30 Vgl. Liang an jingmao tongxun (Newsletter zu den Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-

Insofern ist die eigentlich zentrale Frage diejenige, inwieweit die wirtschaftliche Integration letzten Endes die Stabilisierung der taiwanesischen Demokratie dadurch gefährdet, daß sie eine nationale Identität der Wirtschafts-Bürger Taiwans unterminiert.

2. Taiwanische Festlandinvestitionen

In diesem Zusammenhang sind vor allem zwei prinzipielle Überlegungen bedeutsam, die an die oben skizzierte Problematik der Beziehung von Kultur und Nationalismus in China anknüpfen. Zum einen bedeutet die wachsende Bindung taiwanischer Unternehmer an das Festland natürlich, daß viele ihrer Probleme und Interessen nur noch im Dialog mit den Autoritäten der VR China, nicht aber der Republik China Berücksichtigung finden können³¹. Zum anderen wäre es jedoch verfehlt, diese Interessenartikulation nicht von vornherein in einen regionalen Kontext zu stellen, denn der Wettbewerb von Regionen um taiwanisches Kapital bedeutet natürlich auch, daß die Regionen gegebenenfalls gemeinsame Interessen mit den taiwanischen Investoren besitzen und damit einheitliche nationale Strategien der Taiwan-Politik der KPCh gebrochen werden. Dies

straße), (1995) 9, S. 26, South China Morning Post vom 7. September 1995. Solche Verhandlungen gehen auf die grundsätzliche Entscheidung der taiwanesischen Seite zurück, den eigenen öffentlichen Unternehmen wesentlich mehr Freiheiten für Festlandoperationen einzuräumen als bislang. Solche Dinge werden langfristig durch sogenannte „private“ (minjian) Branchenvereinigungen und deren Explorationen auf dem Festland vorbereitet. Siehe hierzu Liang an jingmao tongxun, (1995) 8, S. 11f. Eine ähnliche Rolle spielt die „Vereinigung zum Schiffsverkehr zwischen beiden Seiten der Taiwanstraße“, die zur Zeit die vorbereitenden Gespräche zur Einrichtung extraterritorialer Häfen und Direktverbindungen mindestens für Schiffsfracht führt. Vgl. Gong shang shibao vom 3. Oktober 1995, S. 2, wobei offenbar sogar Überlegungen angestellt werden, sämtlichen „Export Processing Zones“ Taiwans einen solchen Sonderstatus zu verleihen. Vgl. Liang an jingmao tongxun, (1995) 9, S. 13. Zur Flugverbindung über Macao siehe u. a. Gong shang shibao vom 5. Oktober 1995, S. 2, 11. Oktober 1995, S. 2, wo bereits nur von „formal indirekten“ Beziehungen gesprochen wird, da die Passagiere von Tapeh nach Macao fliegen werden, dort aber nur formell aus- und einchecken, also das gleiche Flugzeug weiter benutzen. Zu den militärischen Kontakten siehe Gong shang shibao vom 4. Oktober 1995, S. 2.

31 Beispielsweise spielen Gesprächsforen eine zunehmend wichtige Rolle, die taiwanische Unternehmer und Festlandbeamte zusammenführen, wie etwa zu Fragen der neuen Wirtschaftsgesetze der VR China und ihrer Auswirkungen auf die Investitionsbedingungen für taiwanische Unternehmen. Vgl. Zhonggo tong shangye zazhi, (1995) 10, S. 86ff. Bei solchen Gelegenheiten werden dann auch außenpolitische Fragen angesprochen, so daß zumindestens aus der Sicht der Festlandunternehmer ein Kommunikationskanal zwischen Taiwan und dem Festland entstanden ist, der neben den offiziellen Strukturen existiert.

wird selbst bei wesentlichen außenpolitischen Manövern der VR China augenfällig, denn beispielsweise ist die Politik der Einschüchterung, die im Sommer 1995 von der Pekinger Zentralregierung gegenüber Taiwan betrieben worden ist, gar nicht auf Zustimmung jener Provinzen gestoßen, die stark auf den Zustrom taiwanesischen Kapitals angewiesen sind und die Auswirkungen der Spannungen rasch durch weitere Verbesserungen der Investitionsbedingungen aufzufangen suchten³².

Zugespielt gesprochen, ist also eine regional verwurzelte, gleichwohl internationalisierte chinesische Kaufmannsgemeinschaft im Entstehen begriffen, die nach gewissen gewohnheitsrechtlichen Normen und der internationalen Lex mercatoria (internationale Handelsgewohnheiten) interagiert und die als Gesamtheit keinesfalls deckungsgleich ist mit der Reichweite nationalstaatlicher Ansprüche auf beiden Seiten der Taiwanstraße³³. Beide Regierungen versuchen, die Entwicklung von Institutionen dieser Kaufmannsgemeinschaft im eigenen Interesse zu steuern, denn die Möglichkeit der Kooptation durch die Gegenseite besteht natürlich im Falle taiwanischer Geschäftsleute ebenso wie im Falle politischer Kader und Manager der VR China. Die in Frage stehenden Pro-

32 Vgl. Liang an jingmao tongxun, (1995) 9, S. 22ff., und Lianhe bao vom 11. Oktober 1995, S. 3. Verschlüsselt, aber dennoch deutlich wird dies sogar gegenüber Vertretern Taiwans geäußert, wie etwa seitens Fujian (Heimatprovinz vieler Taiwaner), das naturgemäß eine besonders ausgeprägte „Neben-Außenwirtschaftspolitik“ gegenüber Taiwan betreibt. Vgl. Lianhe bao vom 6. Oktober 1995 und zu den Perspektiven Gong shang shibao vom 9. Oktober 1995, wo eine Strategie ähnlich wie im Perlfußdelta in bezug auf Hong Kong angekündigt wird; in Fujian lassen sich jetzt auch zunehmend größere taiwanische Unternehmen und Unternehmensnetzwerke nieder. Zur diesbezüglichen Rolle Fujians vgl. zusammenfassend Simon Long, Regionalism in Fujian, in: David S. G. Goodman/Gerald Segal (Hrsg.), China Deconstructs: Politics, Trade and Regionalism, London-New York 1994, besonders S. 216ff., und weitere Beispiele für Aktivitäten in Carsten Herrmann-Pillath, „Festlandfieber“: Politisch-ökonomische Aspekte der Beziehungen zwischen Taiwan und dem chinesischen Festland, Duisburger Arbeitspapiere zur Ostasienwirtschaft, (1995) 23, S. 10.

33 Das gewohnheitsrechtliche Fundament ist in der besonderen kulturellen Kompetenz von Chinesen zur Verflechtung in Netzwerken zu suchen (knapp skizziert in dieser Zeitschrift von Carsten Herrmann-Pillath, Kulturell geprägte Wirtschaftsdynamik und politischer Wandel in China, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B51/1993, S. 3–13). Hinzu kommt aber der Tatbestand, daß auch die internationale Lex mercatoria vor allem im Bereich der Schiedsverfahren eine wachsende Bedeutung besitzt und für die Beziehungen zwischen Taiwan und der VR China eigentlich die wichtigste Rechtsgrundlage darstellt (siehe ausführlich u. a. Chen Dongbi, Tai shang zai da lu jingmao jiu fen de tiaochu wenti, in: Liang an jingmao tongxun [Zur Regulierung von wirtschaftlichen Streitfällen taiwanischer Unternehmer auf dem chinesischen Festland], [1995] 8, S. 3–6).

zesse sind aber komplex und nur auf lokaler Ebene wirklich nachvollziehbar.

Inzwischen – nachdem die VR China im Rahmen der Verkündigung des Investitionsschutzgesetzes für Taiwaner nach langem Zögern die entsprechende Rechtsgrundlage geschaffen hat – organisieren sich die taiwanesischen Kaufleute landesweit in regionalen Verbänden, wobei freilich eine nationale Repräsentation untersagt bleibt, informell aber über die Vermittlung des Pekinger Verbandes stattfindet³⁴. Aus der Sicht der VR China können diese Verbände als Instrument langsamer Kooptation auf lokaler Ebene dienen, denn nolens volens müssen die Verbände Vertreter der festländischen Seite aufnehmen, um überhaupt in Gesprächskontakte eintreten zu können; hinzu kommt, daß für maximale Transparenz der Vorgänge in den Verbänden gesorgt werden muß, um jeglichen Verdacht politischer Betätigung auszuräumen. Hier finden verschiedene Lösungen Anwendung, von „Ehrenberater“-Positionen für den Leiter des lokalen Büros für Taiwan-Angelegenheiten (eine stark von der Pekinger Zentrale kontrollierte Einrichtung) und anderer Abteilungen der lokalen Regierung bis hin zur automatischen Mitgliedschaft der festländischen Joint-Venture-Partner.

Für die Republik China werden die Verbände wiederum zu einer wichtigen Instanz der Kommunikation zwischen Regierung und taiwanesischen Festlandunternehmen, etwa in Gestalt regelmäßiger Veranstaltungen in Taiwan, an denen Vertreter der taiwanesischen Verbände teilnehmen. Auf Zusammenkünften wie der „Tai shang shijian“ – der „Zeit für taiwanesischen Festlandunternehmer“ des Wirtschaftsministeriums –, aber auch bei zunehmend bedeutenderen Großveranstaltungen, setzen sich hohe Vertreter der Regierung unmittelbar mit Problemen der Kaufleute auseinander, etwa mit der Frage der taiwanesischen Importregulierungen, aber auch mit grundsätzlichen Aspekten der taiwanesischen Festlandpolitik³⁵.

34 Überblicke über die aktuelle Lage der „Taizi qiye xiehui“ („Vereinigungen taiwanesischer Unternehmen“) finden sich in einer laufenden Kolumne des Liang an jingmao tongxun und in der Zeitschrift Zhongguo tong, April 1995, S. 94–103. Der Gründungsprozeß schreitet zügig fort, es gibt inzwischen 25 solcher Vereinigungen an den wichtigsten Standorten taiwanesischer Unternehmer, mit der neuesten Gründung in Suzhou, vgl. Gong shang shibao vom 4. Oktober 1995, S. 9. Neuerdings werden von der KPCh auch überregionale Treffen unterschiedlicher Verbände zugelassen bzw. die Entsendung von Vertretern zu Sitzungen anderer Verbände, siehe Gong shang shibao vom 11. Oktober 1995, S. 9.

35 Vgl. Liang an jingmao tongxun, (1995) 4, S. 25, (1995) 6, S. 21, (1995) 9, S. 12, und Zhongguo tong shangye zazhi, (1995) 10, S. 110–116.

Insofern ist die Bedeutung der Verbände für die Frage der nationalen Identität der Taiwaner auf dem Festland schwer einzuschätzen; dies spiegelt interessanterweise ähnliche Probleme bei der Analyse festländischer Assoziationen wider, die im Rahmen der Anwendung des Korporatismus-Paradigmas auf China eine große Rolle erhalten haben³⁶. Denn die Anwesenheit lokaler Vertreter des Staates in Verbänden bedeutet nicht zwingend, daß diese Vertreter auch die Steuerungsinteressen der Zentralregierung realisieren, sondern kann auch dazu führen, daß sich eine regionale, staatlich-private Interessengemeinschaft formiert, also ein regional-korporatistisches, nicht aber national-korporatistisches Politikregime entsteht. Hier sind viele Konstellationen denkbar und auch bereits aufgetreten. Lokale Regierungen können, wie in Fujian, eine aktive Standortpolitik betreiben und in Kooperation mit taiwanesischen Kaufleuten Maßnahmen der Deregulierung und Infrastrukturpolitik durchführen, oder es können, wie in Shanghai, auch direkte Interessenkonflikte zwischen taiwanesischen und festländischen Exporteuren auftreten, wenn etwa der Marktzutritt in den USA durch Quoten beschränkt ist und sich nun die Frage stellt, wie derartige Quoten auf die unterschiedlichen Produzenten in der VR China verteilt werden³⁷.

Dieses Beispiel verdeutlicht gut, daß derartige Institutionen bislang weder eindeutig im Sinne der festländischen Strategie der „friedlichen Wiedervereinigung“ noch im Sinne der taiwanesischen Hoffnung auf „friedliche Evolution“ des Festlandes zur Demokratie gedeutet werden können. Zudem ist nur der kleinere Teil der Investoren in den Verbänden organisiert, da viele gerade die indirekte Kontrolle durch die festländische Seite meiden. Spitzt man die Frage jedoch in Richtung des Problems der nationalen Identität zu, dann läßt sich wohl einigermaßen klar erkennen, daß die Interessenkonstellationen weiterhin die taiwanesi-

36 Vgl. Jonathan Unger/Anita Chan, China, Corporatism, and the East Asian Model, in: The Australian Journal of Chinese Affairs, 33 (1995), S. 29–54. Vgl. ausführlich Carsten Herrmann-Pillath, Institutioneller Wandel, Macht und Inflation in China: Ordnungstheoretische Analysen zur Politischen Ökonomie eines Transformationsprozesses, Baden-Baden 1991, fünftes Kapitel.

37 Zu beiden Beispielen finden sich ausführlichere Belege bei C. Herrmann-Pillath (Anm. 32), S. 26. Interessenkonflikte deuten sich gerade auch in klassischen Kapitalexportbranchen Taiwans an, wie etwa in der Schuhindustrie, bei der festländische Staatsunternehmen zunehmend zu Konkurrenten der taiwanesischen Festlandunternehmen werden und natürlich Vorteile etwa bei der Rohstoffbeschaffung besitzen, siehe Gong shang shibao vom 7. Oktober 1995, S. 11.

sche Kaufmannschaft als Subgruppierung der internationalen chinesischen Kaufmannsgemeinschaft bewahren³⁸. In diesem Zusammenhang ist auch zu beachten, daß gerade die Festlandaktivitäten vornehmlich von gebürtigen Taiwanern realisiert werden, die den Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen in Taiwan dominieren, während die gebürtigen Festländer eher eine untergeordnete Rolle spielen, da sie zumeist in Bereichen von Staat und Politik Taiwans tätig sind, die bislang nur marginal vom Festlandgeschäft betroffen sind.

Um so bemerkenswerter ist es aber, daß in Taiwan soeben eine Auseinandersetzung zur Frage der nationalen Identität der taiwanesischen Kaufleute auf dem Festland beginnt³⁹. In einem Forschungsbericht für den „Mainland Affairs Council“ wird in deutlichen Worten die These formuliert, daß sich bei vielen Festlandunternehmern die Neigung zeigt, auf dem Festland „Wurzeln zu schlagen“ („ben tu hua“) und daß sich eine Migrantenhaltung verfestige („yi min xingtai“). Der Grund bestehe darin, daß zwischen festländischen Kadern und Taiwanern eine „Interessengemeinschaft“ entstanden sei („li yi gongtongti“): Die taiwanesischen Unternehmer sind in vielerlei Hinsicht auf die Unterstützung durch Kader angewiesen (Versorgung mit Energie und Wasser, Schutz vor irregulärer Besteuerung etc.), andererseits suchen die Kader die Nähe der reichen „Landsleute“ („tong bao“), um viele kleine Gefälligkeiten zu genießen. Es gibt auch sehr erfolgreiche Taiwanern, die auf dem Festland mit nichts begonnen haben, nun dort hohes Ansehen genießen, mit höchsten regionalen Eliten verkehren und gegenüber der eigenen Regierung die Auffassung vertreten, diese habe sie stets als „Waisenkind“ behandelt und möge sich nun nicht beklagen.

38 In Asien selbst gibt es sehr kritische Stellungnahmen zur Vision vom „chinesischen Wirtschaftskreis“ (Huaren jingji juan), die eher die kompetitiven Interessengegensätze zwischen den Kaufleuten verschiedener chinesischer Gemeinschaften betonen, wie etwa in Zhongshi zhokan vom 11. Dezember 1994, S. 60f.

39 Vgl. Lianhe bao vom 11. Oktober 1995, S. 3. Der Bericht beruht auf einer zunächst internen Studie verschiedener Institutionen (u. a. der Chung Hua Institution of Economic Research), die bereits im Juni 1995 abgeschlossen wurde. Da lu touzi huanjing yu Tai shang jingying guanli yanjiu fangwen tuan, yanjiu danwei: Zhonghua mingue qiye jingli xie jin hui, Xingzhengyuan dalu weiyuanhui weituo yanjiu (Studiendelegation zu den Auswirkungen der Investitionsbedingungen des chinesischen Festlandes auf Management und Unternehmensführung taiwanesischer Unternehmer, Träger: Fördergesellschaft zur Unternehmensführung der Republik China, Auftraggeber: Mainland Affairs Council, Executive Yuan). Ich bin Kao Charng zu Dank verpflichtet, mir eine Kopie zugänglich gemacht zu haben.

Diese Diskussion wird noch weite Kreise ziehen, denn eine „Umpolung“ der mehr als 20 000 Unternehmer und zum Teil auch Unternehmerfamilien würde mit Sicherheit sehr weitreichende Folgen für die Beziehungen zwischen beiden Ländern haben. Argwöhnisch wird also etwa das Verhalten der Taiwanern beim Nationalfeiertag der Volksrepublik China betrachtet, da sie von den lokalen Autoritäten mehr oder weniger zur Teilnahme an den Feierlichkeiten gedrängt werden. Die Vertreter taiwanesischer Vereinigungen weisen hingegen darauf hin, daß es sich bei all solchen Verhaltensweisen nur um zwangsweise Anpassungen an das Unvermeidliche handele, nicht aber um eine Veränderung der eigenen Identität, die sich auch künftig in weitreichenden Unterschieden der Normen, Sitten und Standards niederschlage. Dennoch ist sicherlich zu beachten, daß manche der taiwanesischen Unternehmerverbände zunehmend auch lokale Ordnungsfunktionen erhalten und beispielsweise nicht nur an der lokalen Infrastrukturentwicklung teilhaben, sondern unter Umständen sogar zur Finanzierung und Organisation von Ordnungskräften beitragen, wenn die lokalen Behörden nicht mehr der wachsenden Probleme der öffentlichen Sicherheit Herr werden⁴⁰.

Die Position der taiwanesischen Kaufmannschaft besitzt in der gesamtchinesischen Kaufmannsgemeinschaft auch eine starke regionale und internationale Komponente. Taiwan wird etwa mehr und mehr zu einer wichtigen Drehscheibe für die Aktivitäten amerikanischer Chinesen bzw. von Taiwanern auf dem Festland, und umgekehrt werden zum Beispiel Serviceleistungen für taiwanesischen Investoren in Kooperation zwischen einer festländischen Einrichtung und einem amerikanischen Investment-Broker unter Leitung eines US-Chinesen entwickelt⁴¹. Innerhalb der pazifischen Region investieren taiwanesischen Mutterunternehmen in verschiedenen Gebieten, um etwa, wie im Falle Vietnams, besondere Vorteile im Außenhandel dieser Gebiete zu nutzen (wie die vietnamesisch-französischen Beziehungen als Eintrittstor zum europäischen Markt) und die möglichen Kontakte zu dortigen Chinesen geschäftlich zu aktivieren⁴². Doch bedeutet dies auch, daß im Kontakt mit anderen auslandschinesischen Gemeinschaften und den Hong Kong-Chinesen erneut Aspekte der nationalen Identität Taiwans berührt werden, etwa im Bereich der populären Kultur, und damit vielleicht

40 Zu Fragen der öffentlichen Sicherheit vgl. Liang an jing-mao tongxun, (1995) 1, S. 22, (1995) 8, S. 30f., sowie (1995) 9, S. 29.

41 Vgl. Gong shang shibao vom 3. Oktober 1995, S. 17.

42 Vgl. Zili wanbao vom 9. Oktober 1995, S. 10.

eine Auflösung taiwanesischer Identität weniger in der nationalen Identität der VR China als vielmehr in einer grenzüberschreitenden chinesischen Kultur der Moderne erfolgt.

Fassen wir zusammen: Die wirtschaftliche Integration zwischen Taiwan und dem Festland berührt bislang die nationale Identität Taiwans nicht direkt im Sinne der wachsenden realen Abhängigkeit vom Festlandgeschäft, aber indirekt im Sinne einer Erosion des „Taiwan-Bewußtseins“ im Medium einer internationalen „Chineseness“. Welche politischen Konsequenzen ergeben sich dann für die Beziehungen zwischen beiden chinesischen Staaten?

IV. Perspektiven der Stellung Taiwans im chinesischen Kulturraum und in der Welt

1. Strategien Taiwans für das 21. Jahrhundert

Die Ende der achtziger Jahre in Taiwan weit verbreitete Vorstellung, die Abwanderung seiner gewerblichen Industrie auf das Festland werde zu einer „Aushöhlung“ („kongdong hua“) seiner Wirtschaft führen, ist heute nicht mehr haltbar. Dennoch ist eindeutig erkennbar, daß die weitergehende Integration schon rein wirtschaftlich eine große Herausforderung für Taiwan darstellt. Diese Herausforderung trifft auf eine gesellschaftliche Grundstimmung in Taiwan, die gerade 1995 durch das Zusammentreffen zwischen inneren wirtschaftspolitischen Problemen und äußerer Spannung einen weiteren Schub zum Pessimismus erhalten hat⁴³.

Die Regierung hat auf diese Herausforderung mit dem Konzept reagiert, erstens, die regionale Diversifikation der taiwanesischen Investitionen aktiv zu fördern (sogenannte „Südstrategie“ vom Beginn des Jahres 1994), und zweitens plant sie, Taiwan zu einem regionalen Verkehrs-, Kommunikations- und Finanzzentrum fortzuentwickeln, das freilich anders als Hong Kong auch eine große Bedeutung als Standort für technologisch weit entwickelte Industrien und vor allem auch multinationale Unternehmen besitzen soll, die im ostasiatischen Wirtschaftsraum mit einer beson-

deren Ausrichtung zum chinesischen Festland operieren⁴⁴.

Im Prinzip ist diese Vorstellung eine notwendige Konsequenz der realen Erfordernisse, die aus einer weitergehenden Liberalisierung des Außenwirtschaftssystems im Kontext des baldigen WTO/GATT-Beitritts und der gleichzeitig zunehmenden Integration mit dem Festland entstehen⁴⁵. Eine Internationalisierung Taiwans bedeutet nämlich auch, daß der Einfluß der festländischen Wirtschaft auf Taiwan weiter zunehmen wird, und zwar dann in Gestalt festländischer Exporte nach Taiwan und vor allem auch möglicher Kapitalimporte aus der VR China. Bezüglich des ersteren verfolgt Taiwan schon seit längerem eine Handelspolitik der raschen Öffnung, denn es kann nur dann Standort für Industrien an fortgeschrittenen Positionen der Wertschöpfungskette bleiben, wenn diese Industrien die Option besitzen, das Festland als verlängerte Werkbank zu verwenden und Halbfertigprodukte eigener Unternehmen zu reimportieren, um sie in Taiwan weiterzuverarbeiten und mit dem Label „Made in ROC“ zu versehen. Gleiches gilt dann natürlich auch für multinationale Unternehmen, die eine koordinierte Standortpolitik im gesamten chinesischen Kulturraum betreiben, wie zunehmend die japanischen Großunternehmen. Ähnlich klare Zusammenhänge zwischen Standortsicherung und Liberalisierung gibt es auch in anderen Bereichen. Das bedeutet aber gleichzeitig, daß festländische Exporteure, seien sie taiwanesisch oder andere, wachsenden Wettbewerbsdruck auf taiwanesisch Produzenten in Taiwan ausüben⁴⁶. Je besser sich also die festländische Industriestruktur zumindestens in einigen Regionen entwickelt, desto wahrscheinlicher würde eine Abwärtsspirale von Importdruck und weiterer Abwanderung von Industrien von Taiwan. Insofern ist eine rasche Anpassung der taiwanesischen Industriestruktur ein zwingendes Gebot und hat weitreichende Implikationen etwa für die Deregulierung des gesamten Dienstleistungsbereiches, die Praxis der Vergabe öffentlicher Aufträge oder die Arbeitsmarktpolitik.

Wirklich problematisch könnte freilich die Öffnung des Kapitalmarktes werden, wenn auf diese

44 Diese Strategie wird zur Zeit intensiv diskutiert, und die Meinungen über die Erfolgchancen des Planes gehen weit auseinander; zu den folgenden Ausführungen vgl. verschiedene Beiträge in Jingji qianzhan, (1995) 9, S. 10–27, 78–90, 104–109.

45 Im Überblick siehe Far Eastern Economic Review vom 6. April 1995, S. 66f.

46 Es gibt bereits entsprechende Erfahrungen und Untersuchungen. Vgl. Liang an jingmao tongxun, (1994) 12, S. 10; (1995) 1, S. 7; Zhongguo tong shangye zazhi, (1995) 5, S. 94ff.

43 Repräsentativ ist der Schwerpunkt im Wirtschaftsmagazin Zhuoye zazhi (Excellence), (1995) 9, S. 28–41, Taiwan ren hai zhen de zHEME you qian ma? (Haben die Taiwanesen wirklich noch soviel Geld?)

Weise das sogenannte „rote Kapital“ die Möglichkeit erhalte – ähnlich wie bereits in Hong Kong –, direkt Einfluß auf die taiwanische Wirtschaft auszuüben und Kontrollmacht in Unternehmen an sich zu ziehen⁴⁷. Wegen des hybriden Charakters vieler Unternehmen der VR China besitzt die KPCh weitreichende Möglichkeiten, über Fusionen und Unternehmenskäufe letzten Endes politische Machtpositionen in der Wirtschaft zu erlangen. Taiwan reagiert auf diese Problematik bislang mit besonderen Regulierungen für die Aktivitäten von Unternehmen Hong Kongs, in deren Hintergrund „rotes Kapital“ steht⁴⁸. Aber auch, was die taiwanischen Unternehmen betrifft, so zeichnen sich bereits heute Probleme ab, denn viele Töchter auf dem Festland sind inzwischen schon größer als die Mutterunternehmen in Taiwan. Fehlentwicklungen etwa von taiwanischen Unternehmen, die auf dem Festland börsengängig sind, könnten also auf die Mutterunternehmen durchschlagen und den taiwanischen Kapitalmarkt destabilisieren, weil nach wie vor viele Festlandunternehmen wesentlich von der Finanzierung über die taiwanische Mutter abhängen⁴⁹.

Ein wesentlicher Aspekt der Anpassungsstrategie Taiwans besteht auch darin, daß es nur auf der Grundlage der Devise „Stillstand ist Rückschritt“ seinen Einfluß in der asiatisch-pazifischen Region bewahren und möglicherweise ausbauen kann. Wirtschaftliche Liberalisierung und Wachstumspolitik stehen im Zentrum fast aller Bemühungen in der Region, politische Prozesse und Entscheidungen in verschiedenen Institutionen und Organisationen zu koordinieren⁵⁰. Naturgemäß ist dabei der Einfluß des mächtigen Kapitalexportlandes Taiwan groß und wird nur durch die Möglichkeiten der VR China begrenzt, um so mehr auf Ausschluß

Taiwans zu drängen, je stärker der Charakter der Institutionen als zwischenstaatlicher Arrangements zum Tragen kommt. Jedoch spielen in der asiatisch-pazifischen Region weiterhin informelle und paranationale Institutionen eine bedeutende Rolle für die Politik-Koordination, bieten daher weiten Raum für entsprechende Aktivitäten Taiwans und bereiten dann auch den Boden für die Aufnahme in formelle Gremien, wie im Falle der Asia Pacific Economic Cooperation (APEC) im Jahre 1991 erfolgreich demonstriert. So hat Anfang Oktober die Energiekonferenz der APEC in Taipei stattgefunden und auf diese Weise nach Auffassung taiwanischer Kommentatoren zu einer weiteren Zunahme der Bedeutung Taiwans in der APEC beigetragen⁵¹.

Seit einiger Zeit wird diese Strategie freilich seitens des Präsidenten Lee Teng-hui in einer Weise auch mit politischer Bedeutung belegt, die genau den Anstoß für die VR China gab, mit einer groß angelegten Diffamierungskampagne indirekt auf die Stimmung der taiwanischen Öffentlichkeit Einfluß zu nehmen. So wurde dem Gedanken des „Da Taiwan“ – des „großen Taiwan“ – der Rede zum Nationalfeiertag eine explizite ökonomische und selbstbewußte Sprache unterlegt⁵². Die vielfältigen sprachlichen Auseinandersetzungen haben inzwischen eine sehr barocke Form auch in Taiwan selbst angenommen, in denen die politischen Antagonisten stets versuchen, die eigentlichen Intentionen feiner Varianten offenzulegen, wie etwa in Gestalt der Kritik der „Neuen Partei“ an der diesjährigen Praxis vieler ausländischer Vertretungen Taiwans, die Bezeichnung „ROC on Taiwan“ zu verwenden und damit also die „Republic of China“ als Kürzel hinter „Taiwan“ treten zu lassen.

2. Die Einheit Chinas und die deutsche Politik

Wie stellen sich nun aber angesichts derart komplizierter Verhältnisse die Perspektiven einer möglichen Einigung Chinas dar? Während die festländische Seite naturgemäß am Ziel der raschen Einigung nach dem Modell Hong Kong, freilich mit noch erweiterten Rechten Taiwans,

47 Vgl. Sebastian Heilmann, Beijing and the 1997 Take-over of Hong Kong: Centralized Political Control and the Promise of Autonomy, in: D. Cassel/C. Herrmann-Pillath (Anm. 3), S. 233–248.
48 Liang an jingmao tongxun, (1995) 9, S. 11, zum Entwurf für das Gesetz zu den Beziehungen mit Hong Kong nach 1997, das vorsieht, Unternehmen Hong Kongs mit einem mehr als 20 prozentigen festländischen Kapitalanteil das Niederlassungsrecht in Taiwan zu verweigern.
49 Zu einem solchen Fall siehe Gong shang shibao vom 4. Oktober 1995, S. 27, wo der Gang zur Börse in Taiwan dem Mutterunternehmen vermutlich verweigert wird. Zu den Finanzierungsproblemen und -formen taiwanischer Festlandunternehmen siehe Yang Yahui/Du Yingyi, Dong nan ya ji dalu Tai shang zhi zijin huodong (Finanzierung taiwanischer Unternehmen in Südostasien und auf dem chinesischen Festland), in: Jingji qianzhan, (1995) 40, S. 46–48, und C. Herrmann-Pillath (Anm. 20), S. 212 ff.
50 Im Überblick siehe Stuart Harris, Policy Networks and Economic Cooperation: Policy Coordination in the Asia-Pacific Region, in: The Pacific Review, 7 (1994) 4, S. 381–395.

51 So die Zili zaobao vom 3. Oktober 1995, S. 10. Solche Einrichtungen und Treffen eröffnen dann auch die Möglichkeit vielfältiger Kontakte und Kooperationsformen zwischen Vertretern beider Seiten der Taiwanstraße, wie anlässlich dieser Konferenz wiederum von festländischer Seite betont, vgl. Gong shang shibao vom 4. Oktober 1995, S. 2. Ein guter Überblick über die „policy networks“ Taiwans bietet Gary Klintworth, Taiwan's Asia-Pacific Policy and Community, in: The Pacific Review, 7 (1994) 4, S. 447–455.
52 Genauer oben (Anm. 20). Zum folgenden auch Lianhe bao vom 11. Oktober 1995, S. 1 f.

festhält, ist es kein vorgeschobenes Argument der Regierung der Republik China, daß ein demokratisches Taiwan eine Politik verfolgen muß, die den Willen seiner Bevölkerung widerspiegelt⁵³. Dieser Wille spricht aber eindeutig für die Wahrung des Status quo bei gleichzeitiger Stärkung der internationalen Präsenz Taiwans und mehrheitlich gegen eine Politik der nationalen Unabhängigkeit, freilich unter dem Eindruck der entsprechenden Konditionierung der VR China, die in diesem Fall eine militärische Invasion angekündigt hat⁵⁴. Vertreter der „Democratic Progressive Party“ weisen außerdem wohl zu Recht darauf hin, daß die kommende, erste direkte Wahl des Staatspräsidenten einer chinesischen Gemeinschaft selbst ein Verfassungsakt ist, der formal eine nationale Autonomie vom Festland konstituiert, da dieses ein solches Rechtsinstitut gar nicht kennt: Die Wahl des Präsidenten ist nichts anderes als der äußerliche Ausdruck der Souveränität des taiwanesischen Volkes und würde als unverzichtbarer Bestandteil einer Einigung gleich welcher Art weitreichende Implikationen für die hypothetische gesamtchinesische Verfassung besitzen⁵⁵.

Bei genauer Betrachtung gibt es kaum ein sinnvolles institutionelles Szenario für die Vereinigung beider chinesischer Nationen, das nicht den taiwanesischen Entwicklungserfolg und die taiwanesishe Demokratie substantiell gefährden würde. Selbst das Modell eines föderativen chinesischen Staates ist kaum realistisch, da dies eine umfassende Liberalisierung des Binnenmarktes verlangte und damit vor allem der Migration zwischen dem Festland und Taiwan. Insofern erschiene nur das Modell der Konföderation oder gar des „Commonwealth“ als greifbar, in dem Taiwan schon durch die Vertragskonstruktion indirekte Rechte als Nation durch den Vertragspartner VR China zugesprochen erhielte. Dies wiederum widerspräche fundamental den Interessen der VR China und vor allem der nationalistisch-kulturalistischen Überzeugung, daß zwischen dem Zentrum und der

53 Erst jüngst ist die Formel von „einem Staat, zwei Systemen“ von der Seite der VR China wieder deutlicher als noch zu Jahresbeginn betont und ebenso deutlich von Taiwan abgelehnt worden. Vgl. Zhong shi wanbao vom 3. Oktober 1995, S. 2.

54 Zu beachten ist, daß die Verschlechterung des Image der VR China bei der taiwanesischen Bevölkerung bereits 1994 eingesetzt hatte und in den letzten Monaten nur verstärkt wurde. Vgl. Yushan Wu, Taiwan in 1994, Managing a Critical Relationship, in: Asian Survey, 35 (1995) 1, bes. S. 65. Bereits 1994 befürworteten nur noch 20,8 Prozent der Befragten in Meinungsumfragen eine Vereinigung mit der VR China.

55 Vgl. den Kommentar in Gong shang shibao vom 6. Oktober 1995, S. 3.

Peripherie keine gleichberechtigten, sondern allenfalls multilaterale Verhandlungen geführt werden können. Die Einigung Chinas bleibt also ein fernes Ziel, das eher visionär als realistisch begriffen werden kann.

Kehren wir also abschließend zu der Frage zurück, was der Westen tun kann, um die Entwicklung in der Region auch im eigenen Interesse zu stabilisieren. Die Unterstützung eines weiterhin friedlichen Wachstumsprozesses ist im Interesse der Welt – ein entsprechendes konstruktives Engagement erkennt also dessen große Bedeutung für die Welt an und stellt keine „Einmischung fremder Mächte“ dar, auf die seitens der VR China ominös im Kontext der militärischen Bedrohung Taiwans hingewiesen wird. Welche Handlungsmöglichkeiten besitzen andere Länder jedoch?

Um diese Frage nicht als abstrakt im Raum stehen zu lassen, seien folgende konkrete Vorschläge formuliert, die zumal an die Adresse der deutschen Außenpolitik gerichtet sind:

Erstens: Unter klarer Anerkennung des Prinzips, daß die Existenz nur *einer* chinesischen Nation ein schutzwürdiger politischer Wunsch, aber keine Rechtstatsache ist, muß die De-facto- und auch formale Anerkennung Taiwans so weit wie möglich vorwärtsgetrieben werden. Hierzu ist eine gewisse Abstimmung zwischen den verschiedenen westlichen Staaten erforderlich, die andernfalls stets wirtschaftspolitisch erpreßbar bleiben und gegenseitig ausgespielt werden. Begründet wird ein positives Taiwan-Engagement mit der Einsicht, daß die Dynamik der Region wesentlich durch politischen Wettbewerb zwischen den verschiedenen politischen Gemeinschaften des chinesischen Kulturraumes getragen wird.

Zweitens: Dieses Maximalprogramm ist natürlich schwer durchsetzbar. Realistisch ist aber eine rasche und maximale Erleichterung aller Kontakte zwischen Taiwan und dem Westen, die nicht politisch belastet sind, wie etwa Reisen und Aufenthalte von Unternehmern in Europa und der Kulturaustausch. Hier gibt es im Reisealltag von Taiwanern immer wieder Probleme. Bedenklich sind aber beispielsweise Geschehnisse im Umfeld einer Taiwan-Konferenz der internationalen Studentenorganisation AIESEC in Linz (Juli 1995), die explizit unpolitischen Charakter trug und dennoch erheblichem informellen Druck durch die Botschaft der VR China in Österreich ausgesetzt wurde, bis hin zur Abschreckung von Sponsoren und anderen Formen der Sabotage. Hier sollten auf ähnlich informeller Ebene eindeutige Positionen der jeweiligen europäischen Institutionen

bezogen werden – statt dessen sagten österreichische Politiker bereits bestätigte Zusagen zur Teilnahme an der Konferenz ab.

Drittens: Deutschland sollte versuchen, eine stärkere Position als Vermittler in der Region einzunehmen, etwa in Gestalt von VIP-Reisen, die von vornherein den chinesischen Kulturraum ins Auge fassen und seine verschiedenen politischen Einheiten. Hierzu ist auch eine größere politische Transparenz erforderlich sowie eine aktive Förderung der Öffnung bestehender Vereinigungen und Verbände für sämtliche Gemeinschaften des chinesischen Kulturraumes, nach dem Vorbild mancher chinesischer Verbände in Deutschland, in denen Taiwanesen und Festländer bereits seit längerem reibungslos und konstruktiv zusammenarbeiten. Diese Beispiele könnten auch für Einrichtungen wie die „Deutsch-chinesische Wirtschaftsvereinigung“ Schule machen, die bislang de facto dem „Ein-China-Prinzip“ verpflichtet sind.

Viertens: Besonders wichtig kann der Ausbau der subnationalen Länder- und Städtediplomatie werden, bei der Taiwan künftig wesentlich flexibler agieren kann als in der Vergangenheit, da die verschiedenen gebietskörperschaftlichen Ämter inzwischen nach demokratischen Prozeduren besetzt und damit auch von Vertretern unterschiedlicher Parteien repräsentiert werden. Zu denken wäre etwa an Doppel-Partnerschaften deutscher Städte mit Peking und Taipeh als Städten oder zwischen Ländern der Bundesrepublik und der Provinz Taiwan der Republik China auf Taiwan, die unterhalb des Zentralstaates angesiedelt und damit keine

nationale Institution ist. Auf diese Weise ließen sich viele Konflikte vermeiden, die bei engeren Kontakten auf der nationalen Ebene auftreten.

Fünftens: Schließlich sollte es erklärtes Nahziel westlicher Außenpolitik sein, die VR China zu bewegen, die militärische Bedrohung Taiwans formell fallen zu lassen. Angesichts der zunehmenden Unsicherheit in der pazifischen Region, was die strategischen Perspektiven der VR China betrifft, und auch im Kontext der fortlaufenden Auseinandersetzung über Menschenrechtsfragen, wäre es ein Akt großer historischer Bedeutung, wenn beispielsweise eine große Konferenz von Vertretern der Eliten chinesischer Gemeinschaften (nicht „Staaten“) und der internationalen chinesischen Kaufmannschaft eine „pax sinica“ verkünden würde, die Friede und Handel, nicht Gewalt und Bedrohung, zu den Grundwerten jeder chinesischen Gesellschaft erklärte. Ohne größeren Gesichtsverlust könnte dann auch die VR China schlicht auf die weitere Erwähnung der militärischen Bedrohung gegenüber Taiwan verzichten.

Diese Beispiele zeigen, daß westliche Politiker mit ein wenig Zivilcourage durchaus Mittel und Wege besitzen, dem vielleicht vielversprechendsten Wirtschaftsraum der Zukunft dabei zu helfen, nicht letztlich an der Unfähigkeit zu zerbrechen, die nationale Frage zu lösen. Die Gratwanderung der VR China und der Republik China ist bereits erstaunlich weit gelangt. Nun reicht aber allein der Applaus der Zuschauer nicht mehr aus, um sie fortzusetzen.

Die stille Revolution von unten Wandlungsprozesse im ländlichen Raum Chinas

I. Einleitung

Das Jahr 1989 war das Jahr des Zusammenbruchs des Realsozialismus sowjetischer Prägung. Sein Resultat verdeutlichte das weitgehende Versagen der Sozialwissenschaften, die eine solche Entwicklung nicht einmal ansatzweise prognostiziert hatten. Die Ursachen hierfür sind unter anderem theoretischer Natur. So waren, unter dem Einfluß der Totalitarismustheorie, die sozialistischen Systeme nicht unter dem Aspekt des Wandels, sondern unter dem Aspekt der Stagnation untersucht worden. Ein totalitäres System galt ohne prinzipielle systemische Transformation als nicht wandelbar.

In sozialistischen Ländern schien ein starker Staat einer schwachen Gesellschaft gegenüberzustehen, wobei das System die Menschen vereinzelte und gegenüber dem Staat machtlos werden ließ. Entsprechend dominierten in den Analysen zentrale Institutionen und Akteure sowie makroökonomische Prozesse. Der gesellschaftliche Alltag, informelle Protestströmungen in der Bevölkerung – im Falle Chinas speziell der Landbevölkerung – blieben weitgehend ausgespart. Dies hat zwar unter anderem damit zu tun, daß entsprechende Informationen über Jahrzehnte hinweg spärlich und Feldstudien nicht möglich waren. Aber die berühmte „Kremlastrologie“, das Starren auf das Politbüro, versperrte den Blick auf Protestverhalten und Veränderungsprozesse von unten.

Im folgenden Beitrag geht es um den spontanen Veränderungsprozeß von unten – in China. Entscheidende Triebkraft des Wandels ist die bäuerliche Bevölkerung, die den eigentlichen Reform-

prozeß in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, zunächst in Armutsgebieten, in Gang gesetzt hatte. Der Erfolg dieser Entwicklung bewirkte die Unterstützung von oben und führte zu einem Reformprogramm. Damit wurde eine Büchse der Pandora geöffnet: Der wirtschaftliche Wandel, der auf dem Land primär in der Rückkehr zu privaten Bewirtschaftungsformen bestand, veränderte das soziale Gefüge grundlegend. Neue Schichten und Eliten entstanden, Einstellungen und Werte wandelten sich, die Landbevölkerung begann sich zu organisieren. Der Gesellschaftswandel hat zugleich eine Veränderung des politischen Systems von unten her eingeleitet.

II. Wandel der Eigentumsstruktur

Die Wirtschaftsreformen brachten eine deutliche Hinwendung zu privatem Eigentum und Eigentumsformen. Erster Privatisierungsschritt war die von den Bauern eingeleitete Abschaffung der Kollektivwirtschaft und die Rückkehr zu familiärer Bewirtschaftung. Die Dekollektivierung führte zur Freisetzung einer riesigen Zahl von Arbeitskräften (China spricht offiziell von 150 bis 200 Millionen Menschen), denen der Zugang zu den staatlichen Betrieben verwehrt war und die daher lediglich privat tätig werden konnten¹. Dies war der Grund, weshalb Partei und Staat der raschen Entwicklung des Privatsektors nichts entgegenzusetzen vermochten, sondern alle Privatisierungsschritte hinnehmen mußten. Die Privatisierung ging vom Land und von den Bauern aus, von Kleinhandel und Kleinhandwerk zu Großhandel und größeren Agrar- und Industrieunternehmen. Offiziell sind folgende Bereiche als Privatsektor erfaßt:

1 Ursache dafür ist die seit den fünfziger Jahren abnehmende Pro-Kopf-Anbaufläche. Die Kollektivwirtschaft hat den (ineffizienten) Einsatz einer Überzahl ländlicher Arbeitskräfte im Ackerbau einige Zeit kaschiert, die Dekollektivierung hat dieses Problem dann wieder in den Vordergrund gerückt.

Der Beitrag ist Ergebnis des gemeinsam mit Prof. Dr. W. Taubmann (Universität Bremen) durchgeführten und von der VW-Stiftung geförderten Forschungsprojektes „Ländliche Urbanisierung in der VR China“. Im Rahmen dieses Projektes wurden 1993 und 1994 zwei dreimonatige Feldforschungen in sieben Landstädten (zhen) in sechs Provinzen durchgeführt. Die Ergebnisse erscheinen in Kürze in einer umfangreichen Publikation.

- 21,866 Millionen „Individualunternehmen“² (*getihu*) mit 37,76 Millionen Arbeitskräften,
- rund 432 000 registrierte „Privatunternehmen“³ (*siren qiye*) mit 6,48 Millionen Erwerbspersonen,
- 22,844 Millionen als „privatwirtschaftlich tätig“ erfaßte ländliche Unternehmen mit 65,776 Millionen Arbeitskräften,
- 79 000 private „wissenschaftlich-technische Unternehmen“ mit 1,505 Millionen Erwerbspersonen und
- 207 000 mit ausländischem Kapital betriebene Unternehmen mit 23,36 Millionen Beschäftigten⁴.

Dies ergab (1994) die Gesamtzahl von 45,428 Millionen Unternehmen mit 134,881 Millionen Erwerbspersonen. Nicht erfaßt ist hierbei der schattenwirtschaftliche Bereich, das heißt der nichtregistrierte, illegale Sektor sowie mithelfende Familienangehörige, Personen mit Zweitberuf, „Moonlighters“, die abends einer zweiten Berufstätigkeit nachgehen, und die große Zahl von Unternehmen, die nominell staatliche oder kollektive sind, sich tatsächlich aber in Privatbesitz (vornehmlich im ländlichen Bereich) befinden. Die Schattenwirtschaft soll annähernd so groß sein wie der offizielle Sektor. Von daher dürften bereits weit über 200 Millionen Arbeitskräfte im Privatsektor tätig sein (etwa ein Drittel aller Erwerbspersonen), wobei weder Mischformen und quasi-private Bewirtschaftung von Staats- und Kollektivbetrieben noch die von den Bauernhaushalten wieder privat betriebene Landwirtschaft berücksichtigt wurden.

Die politische Führung einigte sich Anfang der achtziger Jahre auf den Kompromiß, selbständige Tätigkeit nur in begrenztem Umfang zuzulassen. Doch innerhalb weniger Jahre wurde der Privatsektor zum Hauptentwicklungsfaktor. Um den Kompromiß nicht brüchig werden zu lassen, versuchen die Befürworter einer Ausweitung privater Wirtschaftsaktivitäten die Privatisierung mit verschiedenen Bezeichnungen zu verschleiern, wie „Bürgerwirtschaft“, „vom Volk betriebene Wirt-

2 Dies sind Betriebe mit weniger als acht Arbeitskräften.

3 Dies sind Betriebe mit mehr als sieben Arbeitskräften. Dazu insgesamt: Thomas Heberer, Die Rolle des Individualektors für Arbeitsmarkt und Stadtwirtschaft in der Volksrepublik China, Bremer Beiträge zur Geographie und Raumplanung, Bremen 1989; Willy Kraus, Private Unternehmerschaft in der Volksrepublik China, Hamburg 1989.

4 Vgl. dazu Gongren Ribao (Arbeiterzeitung) vom 17. 3. 95 und Zhongguo Gongshang Bao (Zeitung für Industrie und Handel) vom 26. 5. 95.

schaft“, „Familienwirtschaft“, „Haushaltswirtschaft“ oder „Hofwirtschaft“. Es mehren sich die Stimmen, die nicht mehr zwischen Eigentumssektoren unterscheiden, sondern alle Betriebe ungeachtet ihrer Eigentumsform neutral als „Unternehmen“, ihre Betreiber als „Unternehmer“ bezeichnen wollen⁵. Von daher läßt sich von einem Prozeß schleichender Privatisierung sprechen.

Der Privatisierungsprozeß begann auf dem Land, wo der private Sektor bereits absolut dominiert, und pflanzt sich nun in die Städte hinein fort. Im urbanen Raum bleibt zunächst der Staatssektor vorherrschend, private Wirtschaftstätigkeit konzentriert sich dort im tertiären, also Dienstleistungssektor.

Der wachsende Anteil von Parteimitgliedern an der Privatunternehmenschaft und der Versuch, die Unternehmer in Parteiaktivitäten einzubinden, werden die ideologische und organisatorische Aushöhlung der Partei beschleunigen, weil hier eine Gruppe mit ökonomischer Interessenausrichtung und monetärem Machtpotential entscheidenden Einfluß auf die künftige Politikgestaltung nehmen wird. Nicht umsonst hat ein Papier der Abteilung Einheitsfront des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) im Jahre 1994 darauf hingewiesen, daß der Kauf politischer Ämter, von Wählerstimmen und von Funktionären durch Privatunternehmer in den ländlichen Regionen immer ernstere Formen annimmt, wobei sich diese Phänomene bereits in die Städte auszubreiten beginnen⁶.

III: Die Folgen der ökonomischen Entwicklung: Wandlungsprozesse auf der gesellschaftlich-politischen Ebene

1. Ökonomisierung der Politik

Markt und Privatwirtschaft haben zu einer Ökonomisierung der Politik geführt. Im Mittelpunkt der heutigen Parteitätigkeit steht die Wirtschaft. Entsprechend wurde nicht nur die Unterweisung in Marktwirtschaft zum Ausbildungsziel der Parteischulen erklärt, darüber hinaus schrieb das Partei-

5 Vgl. Huang Rutong, Siying jingji lilun zuotanhui zongshu (Überblick über eine Tagung über die Theorie der Privatwirtschaft), in: Jingjixue Dongtai (Wirtschaftswissenschaftliche Trends), (1994) 5, S. 26f.

6 Vgl. Lu Yusha, Xin zibenjia de zhengzhi yaoqiu (Politische Forderungen der neuen Kapitalisten), in: Dangdai (Gegenwart), Hongkong, (1994) 6, S. 4-5.

organ *Volkszeitung*, nur wer ein guter Unternehmer sei, könne auch ein guter Parteikader sein. Um die aufgeblähte Bürokratie abzubauen, werden Funktionäre auf dem Land seit einigen Jahren aufgerufen, sich als Manager oder Privatunternehmer zu betätigen. Immer mehr Kader wandern in die Wirtschaft ab, vornehmlich die Fähigsten, da die Einkommen dort beträchtlich höher sind als in der Verwaltung.

Der Markt hat Gemeinde- und Dorffunktionäre, die es nicht verstanden, in die Wirtschaft umzusteigen oder die lokale Ökonomie zu beleben, an das untere Ende der Einkommensskala katapultiert. Bedeutete Anfang der achtziger Jahre ein Einkommen aus Verwaltungs- und Parteitätigkeit ein überdurchschnittlich hohes Einkommen, so ist heute das Gegenteil der Fall. Die Einkommen der Gemeinde- und Dorfkader sind seit dieser Zeit kaum gestiegen, in ärmeren Regionen fehlt das Geld, um sie regelmäßig und rechtzeitig bezahlen zu können. Zugleich steht die soziale Versorgung der Dorfkader im Ruhestand vor dem Zusammenbruch. Dazu kommen wachsende Anforderungen an die Gemeinde- und DorfparteiSekretäre: Es sind nicht mehr nur planwirtschaftliche Anordnungen von oben nach unten weiterzuleiten, es ist nicht mehr nur für die Erfüllung von Normen zu sorgen, es bleibt in den Dörfern nicht mehr bei der Schlichtung von Familien- und Nachbarschaftsstreitigkeiten; gefragt sind heute die erfolgreiche Errichtung und Verwaltung von Industriebetrieben, die Akquirierung von Finanzmitteln im Interesse der Gemeinden und Dörfer sowie die Lösung von Materialbeschaffungs-, Produktions- und Absatzproblemen. Hinzu kommt, daß die Fähigen unter den Dorfkadern zunehmend als Wanderarbeiter, Händler und Unternehmer die Dörfer verlassen und damit für die Partei- und Verwaltungstätigkeit nicht mehr zur Verfügung stehen. Allein in einer Gemeinde in der Provinz Hubei haben bis 1993 von 513 Dorfkadern 120 ihr Amt aufgegeben, davon 47 DorfparteiSekretäre und 29 Dorfvorsteher. Gründe dafür waren unter anderem: niedrige Einkommen, zunehmender Druck von seiten der höheren Verwaltungsorgane wie von seiten der bäuerlichen Bevölkerung und zunehmende Gewalttätigkeit und Racheakte von Bauern gegenüber Dorfkadern⁷. Aufgrund wachsender Schwierigkeiten und Anforderungen, ideologischen Drucks von oben, niedriger Einkommen sowie wachsenden Drucks seitens der Bauernschaft, die sich durch die Funktionäre immer weniger vertreten fühlt bzw. deren Agieren zunehmenden Wider-

stand entgegengesetzt, geben immer mehr Dorfkader ihre Tätigkeit in Partei und Verwaltung auf. Bis zu 90 Prozent von ihnen wollen chinesischen Untersuchungen zufolge ihre Ämter niederlegen und in der Wirtschaft Geld verdienen⁸.

Massive Rekrutierungsprobleme gibt es auch bei der Partei. Die *Volkszeitung* beklagte Ende 1994, daß immer weniger junge Leute auf dem Land zum Eintritt in die Partei bereit seien. Aufgrund der Unfähigkeit vieler Funktionäre, von Korruption, Änderung der Wertvorstellungen der Jugend, des Konservatismus älterer Parteimitglieder gegenüber Privat- und Marktwirtschaft, Handel und Geldverdienen besitze die Partei kaum noch Anziehungskraft⁹. Resultat des Machtverlustes der Partei ist, daß diese zunehmend Schwierigkeiten hat, geeignete Funktionäre für die Dörfer zu finden, so daß die Zahl der Dörfer ohne Parteikader zunimmt.

2. Das Entstehen neuer sozialer Schichtung und neuer lokaler Eliten

Privatisierungsprozesse, die Ökonomisierung von Politik und Wirtschaft, Nutzung von Markt- und Spekulationschancen, illegale, halblegale und schattenwirtschaftliche Tätigkeiten sowie räumliche und Einkommensdifferenzierungen haben das Schichtengefüge verändert. Auf dem Lande verstärken die wesentlich höheren Einkommen im Nichtagrarsektor die Unterschiede bei den Einkommen und im Lebensstandard. Die zunehmende Stratifikation, also Schichtung, hat nicht nur ökonomische, sondern auch soziale, politische und bewußtseinsmäßige Folgen. Der Markt hat neue Quellen für Macht geschaffen, auch wenn diese Macht sich zunächst nur ökonomisch äußert.

Unseren Untersuchungen zufolge existieren in den ländlichen Regionen derzeit 13 Schichten (s. Tab. 1).

Trotz regionaler Unterschiede läßt sich feststellen, daß auf der Kreis- und Gemeindeebene die politische Führung nach wie vor wichtigster Machtfaktor ist, auch wenn sie nicht mehr alle lokalen Ressourcen und Aktivitäten kontrolliert. Allerdings wird das Prestige dieser Gruppe immer stärker an den Erfolgen bei der Entwicklung von Wirtschaft und der Erhöhung des lokalen Lebensstandards gemessen. In der Prestigeskala der ländlichen Bevölkerung, so zeigen unsere Umfragen unter

8 Vgl. Lu Xueyi, Chongxin renshi Zhongguo nongmin wenti (Die chinesische Bauernfrage neuerlich verstehen), in: Xu Jingze (Hrsg.), Shehuixue Zhongguohua (Sinisierung der chinesischen Soziologie), Jinan 1991, S. 192ff.

9 Vgl. Renmin Ribao vom 22. 11. 94.

7 Vgl. Renmin Ribao (Volkszeitung) vom 11. 5. 93.

Tabelle 1: Schichtenordnung nach den Faktoren politische und ökonomische Macht, Sozial- und Lokalprestige sowie pretialer Status in den Landstädten (Zhen)*

Status hoch

- (1) führende Partei- und Regierungskader
- (2) Manager größerer nicht-privater Unternehmen
- (3) größere Privatunternehmer mit für einen Ort wichtiger Finanzkraft bzw. wichtigen sozialen Beziehungen

Status obere Mitte

- (4) Sonstige Funktionäre
- (5) Wissenschaftler, Techniker und andere Personen mit hohem Bildungsgrad
- (6) Sonstige größere Privatunternehmer
- (7) Manager kleinerer ländlicher Betriebe

Status untere Mitte

- (8) Angestellte in Kollektivunternehmen
- (9) private Kleinunternehmer

niedriger Status

- (10) Vertragsarbeiter in Kollektivunternehmen (ohne Wanderarbeiter)
- (11) Beschäftigte in Privatunternehmen
- (12) Kleinbauern
- (13) Wanderarbeiter von außerhalb

* Die Faktoren beziehen sich auf politisch-ökonomische Entscheidungs- und Durchsetzungsmöglichkeiten, soziales Ansehen und Prestige sowie Prestige aufgrund der Eingebundenheit in lokale Strukturen (Lokalprestige), schließlich auf hohe Einkommen und Vermögenswerte, die den Einsatz von Gütern, Geld und Diensten im Interesse von Einflußnahme erlauben (pretialer Status).

Die traditionelle Wissenselite haben wir hier außer acht gelassen, weil ihr Macht- und Prestigepotential primär in den Dörfern wirkt.

Beschäftigten in der ländlichen Industrie, bleibt die politische Elite der Wissenselite (Personen mit höherer Bildung), die mit Abstand das höchste Sozialprestige besitzt, sowie den Managern größerer nicht-privater und den Eigentümern größerer Privatbetriebe nachgeordnet. Manager und größere Privatunternehmer nehmen aufgrund ihrer Einkommen, ihrer unternehmerischen Fähigkeiten und ihres ökonomischen Gestaltungswillens zunehmend Vorbildfunktion ein. Zwar gilt dies abgeschwächt für die letzteren, weil durch sie am offenkundigsten das weitgehend egalitäre und auf traditionellen Statussymbolen beruhende Dorfgefüge durchbrochen wird und die lokale Bürokratie in ihnen zum Teil „ausbeuterische“ Elemente sieht, die sich auf Kosten des Gemeininteresses bereichern. Durch Leistungen, Zuwendungen und „Spenden“ an Bedürftige, an die lokale Gemeinschaft, an

Funktionäre und Organisationen versuchen sie aber ihr Image aufzubessern und sich unentbehrlich zu machen.

Auch der Begriff des „Bauern“ ist zu differenzieren. Wir meinen damit Personen, die primär Kleinlandwirtschaft betreiben, nicht aber agrarische Unternehmer, die Clanälteren und Dorf-funktionäre, die einen höheren Status besitzen. Betreiben sie Landwirtschaft im großen Stil, sind sie Privatunternehmer im Agrarsektor. Der Status der Kleinlandwirte bleibt dagegen gering, soweit sie primär familienbetriebener Kleinlandwirtschaft nachgehen und keine Initiativen zur Verbesserung des Lebensstandards außerhalb des Agrarsektors unternehmen. Beschäftigte in ländlichen Kollektiv- oder Privatbetrieben, die die Lage in Familie oder Landwirtschaft in den Nichtagrarsektor zwingt, haben im Berufsbild einen niedrigeren Status als Bauern, nicht aber hinsichtlich des pretialen Status (gemeint sind die Möglichkeiten der Einflußnahme mittels materieller und finanzieller Einkommen und Vermögenswerte). Sie erzielen zwar höhere Einkommen, daraus folgt aber noch keine soziale Absicherung. Zudem wurde die Selbständigkeit zugunsten von Lohnabhängigkeit aufgegeben. Der Begriff „Bauer“ muß allerdings noch in anderer Weise differenziert werden: Bauern können mehreren Schichten angehören, etwa wenn sie einen Teil ihrer Arbeitszeit als Dorfkader, als Lohnabhängige in einem nichtagrarischem Unternehmen oder im privaten Kleinsektor tätig sind. Entscheidend wirkt hier die Tätigkeit, die hauptsächlich ausgeübt wird (die langfristig den größten Teil der Arbeitszeit beansprucht) und aus der längerfristig der größte Teil des Einkommens stammt.

Bei den Beschäftigten in den kollektiven und privaten ländlichen Betrieben muß statusmäßig unterschieden werden zwischen den Angestellten, die in Verwaltung oder Management tätig sind, und den in der Produktion beschäftigten Arbeitern. Die ersteren genießen einen höheren Status und setzen sich, vor allem in Dorf- und Privatbetrieben, häufig aus Verwandten und Freunden des Betriebsleiters zusammen. Die Arbeiter dagegen werden vielfach aus anderen Dörfern rekrutiert, um innerhalb der Dorf- oder Clangemeinschaft keine Status- und Hierarchieprobleme aufkommen zu lassen.

Am Ende der Skala rangieren die Wanderarbeiter, die nicht der Gemeinschaft angehören, der das Unternehmen zugehörig ist, die in der Regel aus Armutsgebieten kommen, von der lokalen

Gemeinschaft als Gruppe mit dem niedrigsten sozialen Status angesehen werden und vielfältiger Diskriminierung unterliegen.

In den Dörfern existiert diese soziale Differenzierung in eingeschränkter Form. Wo die Clanverbände stark sind, genießt die Wissenselite (Clanälteste, religiöse Persönlichkeiten) den höchsten Status. Ansonsten entspricht die Schichtungshierarchie weitgehend der oben beschriebenen.

Überhaupt sind die einzelnen Schichten nicht homogen: Bauern differenzieren sich je nach Bodenbesitz und -qualität, Anbauauswahl, Inputmöglichkeiten, Marktzugang, Zahl der Arbeitskräfte u. a. m. Ländliche Kader teilen sich in verbeamtete Staatskader, die vom Staat Gehälter und Sozialleistungen erhalten, in leitende Dorfkader mit festen Gehältern, die ganz oder teilweise von der Produktion freigestellt wurden, und in einfache Dorfkader mit geringen Zuschüssen. Innerhalb der Privatunternehmerschaft reicht das Spektrum von kleinen Familienbetrieben mit geringen Einkommen bis zu Mittel- und Großbetrieben sowie Multimillionären. Es ist allerdings noch zu früh, von Klassen zu sprechen. Zwar weisen die einzelnen Schichten gemeinsame Merkmale auf, etwa was Eigentum, Kontrolle über gesellschaftliche Ressourcen und Einkommen anbelangt, aber die Schichtung befindet sich noch in einem Stadium der Fluktuation und Entwicklung.

3. Neue Lokaleliten

Politische und ökonomische Führungsschicht bilden die wichtigsten Eliten. Die *neuen* ländlichen Eliten setzen sich aus erfolgreichen industriellen oder agrarischen Unternehmern zusammen, die es zu Wohlstand gebracht haben. Ehemalige Funktionäre, Personen mit guten Beziehungen zur Bürokratie, aus den Streitkräften ausgeschiedene Soldaten, aber auch Angehörige vorrevolutionärer Eliten bzw. frühere Privatunternehmer stellen das Gros dieser Unternehmer. Sie alle verfügen in der Regel über einen gewissen Bildungs- und Erfahrungshintergrund bzw. über gute Beziehungen zur örtlichen Bürokratie. Ihre Erfahrungen und unternehmerischen Fähigkeiten werden ebenso akzeptiert wie ihre Rolle als Arbeitgeber und Wohltäter im Interesse der Gemeinschaft. Da sie öffentliche Projekte finanzieren, in wachsendem Maße am lokalen Steueraufkommen beteiligt sind und Arbeitsplätze schaffen, bemühen sich die lokalen Regierungen um ihre Unterstützung und Förderung. Allmählich werden solche Personen – zunächst auf der Dorfebene – von der Gemeinschaft als natürliche Führungskräfte angesehen, wobei es

unerheblich ist, ob es sich um Parteifunktionäre handelt oder nicht.

Auch die dörflichen Parteifunktionäre verfügen über gute Verbindungen zur übergeordneten Bürokratie, die ihnen einerseits günstige Versorgungs- und Absatzkanäle ermöglichen, es ihnen andererseits erlauben, als Vermittler zwischen Bürokratie und Dorf aufzutreten. Von daher ist es nicht verwunderlich, daß ehemalige Parteifunktionäre oder Personen mit verwandtschaftlichen Verbindungen zu höheren ländlichen Kadern einen wichtigen Teil der größeren bzw. mächtigeren Privatunternehmer stellen. Solche Verbindungen werden teils über Heiratspolitik (Ehen zwischen Angehörigen von Privatunternehmern und Funktionären) hergestellt oder existieren bereits über Clanzugehörigkeit. Privatunternehmer ohne wirtschaftliche Anbindung sind von dieser Entwicklung benachteiligt.

Es sind also keineswegs immer Parteivorsitzende und Bürgermeister, die in den Dörfern das höchste Ansehen und den größten Einfluß besitzen. Unsere Untersuchungen ergaben, daß vielmehr Clannvorsteher, erfolgreiche ländliche Unternehmer und Landwirte oder Personen mit überlokalen Funktionen und Kontakten von der Gemeinschaft anerkannte Prestigeträger sind.

Der ökonomische und soziale Wandel, Stratifikation und Elitenwandel haben das ländliche Sozialgefüge grundlegend verändert. Obwohl es seit 1949 durchgängig soziale Schichtung gegeben hat, gibt es gravierende Unterschiede zwischen der Schichtung vor Beginn der Reformen und danach. Davor handelte es sich um eine Schichtung, die politische Kriterien zur Grundlage hatte, wobei Parteimitgliedschaft, Kaderrang, Klassenherkunft und ideologische Standfestigkeit Voraussetzung der Elitezugehörigkeit waren und Personen, die den „Klassenfeinden“ zugerechnet wurden, wie ehemalige Großgrundbesitzer, reiche Bauern und deren Angehörige sowie Angehörige der ehemals politischen Elite, zur untersten Schicht zählten. Familienherkunft und Klassenstatus waren weitgehend identisch. Heute hingegen handelt es sich zunehmend um eine Schichtung, die stärker ökonomischen Prämissen (wirtschaftlicher und unternehmerischer Erfolg) folgt.

Die genannten Veränderungen der lokalen Macht- und Sozialstrukturen bedeuten bereits einen Wandel des politischen Systems. Die systemische Veränderung besteht darin, daß diese neuen Eliten aufgrund ökonomischer Zusammenhänge und nicht im Zuge politischer Prozesse Eingang in die Führungsschicht gefunden haben. Sie repräsentie-

ren neue Werte, neue Statussymbole, neue politische und wirtschaftliche Interessen und Zielsetzungen, die den ursprünglichen Zielsetzungen und Intentionen der Partei zuwiderlaufen.

Die heute primär ökonomische gegenüber der früher ideologischen Ausrichtung der Funktionäre begünstigt den Aufstieg wirtschaftlich erfolgreicher Parteikader und damit den Elitenwandel. Lokal bleiben die Kader zunächst politische Entscheidungselite. Die Wirtschaftsmanager florierender Betriebe, zum Teil auch größere Privatunternehmer, spielen gesellschaftlich eine wachsende Rolle, an politischen Entscheidungsprozessen sind sie derzeit aber eher marginal beteiligt. Allerdings sind sie führend im Lebensstandard. Ökonomische Macht allein bringt also keineswegs automatisch ein Mehr an politischer Macht mit sich. Nach wie vor sind in den ländlichen Regionen die Parteiführungen dominant, sind sie der Wirtschaftselite übergeordnet. Von daher hat sich ein Dualismus von politischer und wirtschaftlicher Macht herausgebildet, bei dem politische nicht automatisch wirtschaftliche Macht und die letztere nicht per se politische mit sich bringt. Doch wirtschaftliche Macht drängt nach politischer Macht, nicht zuletzt zur Durchsetzung ökonomischer Interessen und zur Erhöhung des gesellschaftlichen Status. Die neuen Eliten verkörpern ökonomische Interessen, entwickeln zugleich aber soziales und auch politisches Partizipationsinteresse und versuchen mittels ihres pretialen Machtpotentials Einfluß auf die künftige Politikgestaltung zu nehmen.

4. Wertewandel

Mit dem sozialen Wandel setzte ein Prozeß des Einstellungs- und Wertewandels ein. Einheitliche generationen- oder schichtenübergreifende Einstellungen und Wertvorstellungen begannen sich aufzulösen. Für den Zusammenhalt der Gesellschaft positive Einstellungen und Werte verlieren ihre Wirkung zugunsten stärker individualistisch geprägter. In diesem Veränderungsprozeß spielt die Entwicklung der Privatwirtschaft eine eminente Rolle, denn sie fördert Werte wie Wettbewerbsdenken, Kreativität, Verantwortlichkeit, Zuverlässigkeit, Effizienz, Disziplin oder Pünktlichkeit¹⁰. Auch die Haltung gegenüber den bisherigen Werten sowie deren Rangordnung wandelt sich bzw. bestehende Werte werden um- oder neu gedeutet.

¹⁰ Daß der Individualisierungsprozeß bei den Privatwirtschaftenden am deutlichsten zutage tritt, zeigt sich in einer entsprechenden Umfrage. Vgl. Li Yingfeng, Qingnian geti gongshanghu xinli quxiang de liang zhong xing (Zwei Arten psychologischer Trends bei jungen Individualwirtschaftenden), in: Zhongguo Gongshang Bao vom 27. 5. 91.

Dieser Wandlungsprozeß vollzieht sich rascher unter der Jugend, in den Städten¹¹, in entwickelteren Regionen mit höherem Grad sozialer Mobilität sowie unter Wanderarbeitern und anderen ländlichen Arbeitskräften, die in nichtagrarische Sektoren übergewechselt sind.

Obgleich es hinsichtlich des ökonomischen Entwicklungsstandes bzw. der politischen Lage eines Ortes, des Bildungsgrades und Alters der Befragten zum Teil gravierende Unterschiede gibt, lassen sich aus unserer Befragung der Belegschaften ländlicher Betriebe folgende Schlußfolgerungen ziehen:

Erstens: Im gesellschaftlichen Leben spielt die Familie wieder offen die dominierende Rolle. Individualistisches Denken und Verhalten nehmen zwar zu, bleiben aber dem Familiensinn noch nachgeordnet. Der Status der Familie und die Zukunft der Kinder gelten als zentrale Fragestellungen bei der Zukunftsplanung. Allerdings hat sich die Bedeutung der Familie von einer sozialen zu einer primär ökonomischen Interesseneinheit gewandelt.

Zweitens: Soziale Ungleichheit und Stratifikation werden akzeptiert, die Haltung gegenüber dem Prozeß ist indessen ambivalent, weil egalitäre Vorstellungen von Harmonie und sozialer Gemeinschaft dadurch verletzt werden. Der Urbanisierungsprozeß hat traditionelle Vorstellungen vom „autarken Dorf“ bereits weitgehend zerstört und familienbezogenen Wohlstand stärker in den Mittelpunkt der Interessen gerückt. Das Interesse an einer Verbesserung der materiellen Lebensverhältnisse ist deutlich. Der Wechsel in nichtagrarische Tätigkeitsbereiche und die damit verbundenen Momente Migration und Ausweitung bzw. Differenzierung sozialer Kontakte haben zur Veränderung der Einstellungen und Werte beigetragen.

Drittens: Verschiedene Eigentumsformen werden akzeptiert und als gleichberechtigt begriffen. Handel und Warenwirtschaft finden eine neue und positivere Bewertung. Dies ist eine wichtige Grundlage für die weitere Entwicklung von Markt und Privatsektor auf dem Lande.

Viertens: Höchstes Image besitzen die „Wissenden“, das heißt wissenschaftlich-technische Fachkräfte. Nicht der hart arbeitende Bauer ist Vorbild auf dem Lande, nicht der „rote“ Experte, der Kader, sondern der gut ausgebildete Fachmann. Eine solche Einstellung fördert den Wunsch nach Bildung für die eigenen Nachkommen und läßt nur

¹¹ Beispiele dafür in: Thomas Heberer (Hrsg.), Yaogun Yinyue: Jugend-, Subkultur und Rockmusik in China. Politische und gesellschaftliche Hintergründe eines neuen Phänomens, Münster-Hamburg 1994.

noch den fachlich versierten Funktionär Akzeptanz finden. Insgesamt zeigt sich, daß der Fachmann und der Unternehmertyp Vorbilder auf dem Land sind, nicht der Arbeiter, Bauer oder Funktionär. Dabei spielt es keine Rolle, ob der Unternehmer der Manager eines nicht-privaten oder der Eigentümer eines größeren privaten Betriebes ist.

Fünftens: In der Haltung gegenüber den Kadern drückt sich Skepsis aus, ob sie den gegenwärtigen wirtschaftlichen Erwartungen gerecht werden können. Das selbstherrliche oder korrupte Verhalten vieler lokaler Funktionäre bereitet den Nährboden für diese Skepsis. Und Skepsis gegenüber den Funktionären bedeutet Skepsis gegenüber der Partei.

Sechstens: Die Rolle der Partei bei akuten Problemlösungen am Arbeitsplatz wird eher gering eingeschätzt. Dies kommt bei Jüngeren und Gebildeteren besonders deutlich zum Ausdruck.

Siebtens: Beziehungen spielen auch weiterhin eine zentrale Rolle in Alltag und Leben.

Achtens: Im Antwortverhalten manifestieren sich letztlich die zunehmende Differenzierung des Weltbildes der Landbevölkerung, ein wachsendes Problembewußtsein und der damit einsetzende Wandel vom „ting hua“, bäuerlichen Hinnehmen und Erdulden, zum „canyu“, dem wachsenden Wunsch nach Mitspracheformen.

Im folgenden wollen wir die Veränderung der bäuerlich-ländlichen Denk- und Verhaltensmuster aufgrund unserer Umfrageergebnisse verdeutlichen¹² (s. Tab. 2).

Das partielle Heraustreten aus Landwirtschaft und Dorf, Tätigkeiten in Landstädten und Industriebetrieben und die damit verbundene Erweiterung des Weltbildes und der sozialen Kontakte bewirken eine Aufweichung der bäuerlich-ländlichen Subkultur. Dies drückt sich zunächst in der Ausweitung interpersoneller, also zwischenmenschlicher Kontakte und dorfübergreifender Erkenntnisse und Erfahrungen, sodann in der Teilnahme am Marktgeschehen, in Investitionen und Unternehmertätigkeiten, schließlich in dem Wunsch nach materiellem Wohlstand, besserer Ausbildung für den Nachwuchs sowie in zunehmender Empathie (Einfühlungsvermögen) aus.

Die Wertvorstellungen der Menschen haben sich differenziert. Werte wie Aufopferung für das Kol-

Tabelle 2: Veränderungen der bäuerlich-ländlichen Denk- und Verhaltensmuster

<i>Traditionelle Momente</i>	<i>Richtung des Wandels</i>
Mißtrauen in interpersonelle Beziehungen	Zunahme interpersoneller Beziehungen
Vorstellung beschränkter Verfügung über Güter	Vorstellung materieller Besserstellung
Abhängigkeit/Aversion gegenüber dem Staat	Unabhängigkeit/Aversion gegenüber dem Staat
Familismus (traditionell)	Familismus (ökonomisch)
Mangelndes Innovativdenken	Ausrichtung auf den Markt
Fatalismus	Unternehmertum
begrenzter Ambitionismus	Investitionsbedarf
fehlendes Verständnis für „verzögerte Belohnungen“*	Interesse an Bildung, Fortbildung, Kredit, Sparen etc.
eingeschränkte Weltsicht	Erweiterung des Weltbildes
geringer Grad an Empathie	wachsender Grad an Empathie

* Als „verzögerte Belohnungen“ (deterred gratification) bezeichnet die Soziologie Belohnungen, die nicht unmittelbar auf eine Handlung folgen, etwa für Bildung (und damit verbundenem späteren höheren Einkommen), Investitionen, Kreditaufnahmen, Sparen etc. Dabei muß auf sofortige Vorteile zugunsten künftiger und größerer verzichtet werden.

lektiv und altruistisches Verhalten im Sinne bäuerlich-proletarischer Modellhelden finden auch unter der ländlichen Bevölkerung kaum mehr Resonanz. Dem Familisierungs-, Individualisierungs- und Privatisierungsprozeß entspricht es, den Wert des Lebens stärker in Konsum, in familiärem und privatem Glück, in außeragratischen Berufsfeldern, in der Maximierung des Einkommens oder in Kontemplation zu suchen. Das Verständnis großer Teile der Bevölkerung von „Marktwirtschaft“ als Ökonomisierung des gesamten Denkens und Handelns, als Vermarktung aller Dinge und Personen sowie Unterwerfung sämtlicher sozialer Bereiche und Tätigkeiten unter Profitinteressen beschleunigt die Zersetzung herkömmlicher Werte.

5. Die Herausbildung von Interessenvereinigungen

Privatisierung, Markterfordernisse und berufliche Differenzierung haben ländliche Interessenvereinigungen in großer Zahl entstehen lassen. Daß die Organisationsinitiative vom Land ausgeht, zeigt sich nicht nur an der Vielzahl formeller (offiziell angemeldeter) ländlicher Vereinigungen, sondern auch am Wiederentstehen informeller, traditioneller Organisationen. So bilden sich auf lokaler Ebene unabhängige oder halbunabhängige Ver-

¹² Zu den zehn Momenten traditionaler Denk- und Verhaltensmuster vgl. Everett M. Rogers, *Modernization among Peasants*, New York u. a. 1969, S. 19ff.

bände, wie Landsmannschaften, Clans, religiöse Vereinigungen (Untergrundkirche), Geheimgesellschaften, Berufsverbände und autonome Künstlervereinigungen. In den Städten schließen sich Bauern auf der Grundlage gleicher Interessen ebenfalls zu traditionellen (und inoffiziellen) Organisationen und Vereinigungen zusammen, vornehmlich zu Landsmannschaften und Bettlerbänden bis hin zu kriminellen Vereinigungen mit mafiaähnlichen Strukturen, die Unternehmen betreiben, Schutzgelder und Straßengebühren einfordern und teilweise relativ große Gebiete kontrollieren¹³. Wie weit das geht, zeigt eine Untersuchung über zugewanderte Straßenhändler in Peking, die landsmannschaftlich organisiert sind: Auf dem Tianwaitan-Markt in Peking z. B. stammten Anfang der neunziger Jahre 70 Prozent der Händler aus Yiwu (Provinz Zhejiang). Sie kontrollierten nicht nur einen Großteil des Großhandels mit kleinem Alltagsbedarf, sondern waren auch als Interessenverband (Landsmannschaft) organisiert. Solche Landsmannschaften beziehen meist gleiche Wohnquartiere und bilden auf diese Weise relativ geschlossene Migrantengemeinschaften¹⁴. Die informelle Organisation reicht bis in den geschäftlichen Bereich hinein. So sind z. B. Vereinigungen von Privathändlern entstanden, die zum Mittel kollektiver Abwanderung von einem Markt zu einem anderen greifen, um sich gegen Schikanen und Schröpfung durch Verwaltungsbeamte zu wehren. Selbst (illegale) Gewerkschaften der Wanderarbeiter haben sich gebildet, die Streiks und Demonstrationen organisieren¹⁵. Wie in anderen Entwicklungsländern auch, führte die Zersplitterung der Bauern in den Städten zur spontanen Bildung von Vereinigungen auf der Grundlage lokaler, ethnischer oder berufsmäßiger Herkunft.

Autonome Organisationen dieser Art, die an traditionellen Strukturen anknüpfen, weisen darauf hin, daß es ein wachsendes Bedürfnis der Bauernschaft nach Organisation in selbständigen Vereinigungen gibt. Da es sich, wie bei den Händlern, um Berufsvereinigungen handelt, können diese durchaus als Vorläufer autonomer Vereinigungen be-

griffen werden. Autonom sind sie, weil der Staat sie nicht kontrollieren kann. Da sie illegal sind, vermögen sie keinen direkten Einfluß auf den Staat auszuüben. Dieser gerät aber zunehmend unter Druck, derartige Interessenvereinigungen zuzulassen, um Kontrolle über sie ausüben und ihre Tätigkeiten gegenüber kriminellen Handlungen abgrenzen zu können. Ansonsten drohen solche Untergrundaktivitäten in kriminelles Fahrwasser abzugleiten.

Was die formellen (registrierten) Vereinigungen angeht, so soll es im Oktober 1993 bereits 1460 auf nationaler, 19600 Zweigvereine und lokale Vereinigungen auf Provinz- und über 160000 auf Kreisebene gegeben haben sowie 1,46 Millionen bäuerliche Fachvereinigungen, davon 120000 agrartechnische mit 4,5 Millionen Mitgliedern¹⁶. Ein Vereinigungsgesetz von 1989¹⁷ verlangt für die Anmeldung allerdings die Zwischenschaltung einer „Bürgerschaftsinstitution“. Nur eine offizielle Stelle (Behörde, Parteiinstitution, Unternehmen) kann den Antrag auf Anerkennung eines Vereins stellen. Sie muß zugleich die Funktion eines Aufsichtsorgans ausüben, ihre Leitung kann für Fehlverhalten der Vereinigung zur Verantwortung gezogen werden (Bürgerschaftsorganisation).

Aus dieser Konstellation darf nicht geschlossen werden, Verbände und Vereinigungen würden nur die Interessen von Partei und Staat vertreten. In einer Gesellschaft, in der die unabhängige Existenz von Parallelstrukturen nicht erlaubt ist, sind Interessenvertretung und Teilnahme an Verhandlungsprozessen zwischen Staat und Interessengruppen ohne solche Verwebungen nicht möglich. Die chinesische Gesellschaft bedarf einer solchen Verflechtung, weil zum einen nur so ein gewisses Maß an Partizipation gesellschaftlicher Gruppen ermöglicht wird (wobei wir mit Partizipation meinen, daß die Interessengruppen in politische Diskussionsprozesse eingebunden werden und damit zumindest indirekt an Entscheidungen beteiligt sind). Zum anderen können

13 Vgl. Hu Hai, Dangqian Guangdong nongcun zhi'an wenti chengyin ji duice (Ursachen und Maßnahmen bezüglich der gegenwärtigen Probleme im Bereich der öffentlichen Sicherheit in den ländlichen Gebieten der Provinz Guangdong), in: Zhengfa Xuekan (Zeitschrift für Politik und Recht), (1994) 2, S. 2.

14 Vgl. Shi Xianmin, Beijing shi getihu de fazhan licheng ji leibie fenhua (Entwicklungsprozeß und Differenzierung der Individualhaushalte in der Stadt Peking), in: Zhongguo Shehui Kexue (Sozialwissenschaften Chinas), (1992) 5, S. 37.

15 Vgl. Hu Hai (Anm. 13), S. 1.

16 Vgl. Jude Howell, Interest Groups in Post-Mao China. Civil Society or Corporatism?, Paper prepared for Presentation at the XVIth World Congress of the International Political Science Association, August 21–25, 1994 in Berlin, S. 9; Jiang Liu/Lu Xueyi/Dan Tianlun (Hrsg.), Shehui lanpishu. 1994–1995 nian Zhongguo shehui xingshi fenxi yu yuce (Gesellschaftliches Blaubuch. Analyse und Prognose der gesellschaftlichen Lage Chinas 1994/95), Peking 1995, S. 316; China Daily vom 7. 5. 93.

17 Abgedruckt in: Renmin Ribao vom 9. 11. 89. Kommentar: Yan Shi/Jiang Jie/Li Youfa/Wang Kangping, Ruhe yu minzheng jiguan da jiaodao (Wie mit den Organen für Zivilangelegenheiten in Kontakt kommen), Peking 1991, S. 243 ff.

Vereine auch über die ihr vorgeordnete staatliche Bürgerschaftsorganisation Einfluß auf die Politik nehmen¹⁸.

Unsere Untersuchungen haben gezeigt, daß in den Kreisen und Gemeinden rein quantitativ fachlich-berufliche Vereinigungen (inkl. Unternehmervereinigungen) vor Hobby-, Sport- und Kulturvereinigungen dominieren. Nun wäre es falsch, daraus auf einen völlig unpolitischen, staatstragenden Charakter zu schließen. Der Name einer Organisation sagt nur wenig über ihren Einfluß aus. Dazu einige Beispiele: Die „Gesellschaft zur Erforschung der Arbeit des Volkskongresses“ im Kreis Wuxi (Provinz Jiangsu) z.B. machte der Kreisregierung Vorschläge zur funktionellen Stärkung dieser Institution, um durch Einbindung der Delegierten in das lokale Entwicklungsprogramm eine stärkere Aufgabenteilung und größeren Konsens zu erreichen. Dies stärkte die Rolle des Volkskongresses gegenüber Partei und Regierung und ist daher als eine wichtige *politische* Aufgaben zu werten. Die „Vereinigung für nationale Minderheiten“ bemühte sich um Interessenvertretung der lokalen Angehörigen ethnischer Minoritäten und diente so über die staatlichen Nationalitätenkommissionen hinaus als Interessenvereinigung. Sie griff Konfliktfälle auf, verhandelte mit den Behörden, suchte Konfliktlösungen und brachte gravierende Fälle in die Presse. Die „Studiengesellschaft für Disziplinkontrolle“ in Guanghan (Provinz Sichuan) untersuchte Möglichkeiten der Eindämmung von Korruption in den städtischen Parteiorganisationen und machte Vorschläge, die unter anderem die Einbeziehung der Öffentlichkeit und stärkere Unabhängigkeit der Medien vorsahen. Die „Studiengesellschaft für Umweltwissenschaft“ (Kreis Wuxi) entwickelte Umweltschutzprogramme und meldete den lokalen Behörden Quellen der Umweltverschmutzung. Aus Ostasien wie aus Osteuropa wissen wir, daß solche Vereinigungen den Grundstock für spätere autonome Umweltbewegungen bilden können.

Eine wichtige Rolle spielen die fachlich-beruflichen Vereinigungen. Sie unterbreiten der Lokalbürokratie nicht nur ökonomische und fachpolitische Vorschläge, sondern bemühen sich auch um eine Verbesserung der sozialen Stellung der jeweiligen Berufsgruppen und um eine entsprechende Public-Relations-Politik. Die Konsumentenvereinigungen, die es inzwischen landesweit gibt, gehen Beschwerden privater Konsumenten nach und

tragen Kritik in die Medien. Die große Zahl von Vereinen für Kunst- und Kulturschaffende sowie von künstlerisch-kulturellen Freizeitvereinen zeigt, daß die offiziellen Künstlervereine an Anziehungskraft verloren haben und alternative Vereinigungen nicht nur notwendig geworden sind, sondern auch von den Behörden toleriert werden, um das Ausweichen in informelle Zirkel und damit den völligen Kontrollverlust zu verhindern.

Vereinigungen wirken also als Interessen-, gesellschaftliche Kontroll-, Bildungs- und Freizeitorganisationen, die partikulare Interessen gegenüber dem Staat vertreten oder zumindest partielle gesellschaftliche Autonomie ihm gegenüber repräsentieren. Hinzu kommt, daß Vereine durchaus demokratischer funktionieren können als die Gesamtgesellschaft und somit als „Schule der Partizipation“ im kleinen zu wirken vermögen.

Organisationen im oben beschriebenen Sinne werden erlaubt, solange diese nicht offen politische Interessen vertreten. In autoritären Systemen nimmt der Begriff des Politischen zwangsläufig eine andere Gestalt an. Nicht politische Betätigung im Sinne der Verfolgung eines politischen Programms oder offener politischer Ziele ist hier Aktionsfeld der Interessengruppen, sondern die Einbringung von Interessen und Zielsetzungen in den Verhandlungsprozeß mit dem Staat. Nicht die *Pressuregroup* wird angestrebt, sondern ein Verband, der über Beziehungen und Netzwerke, formell und informell, durch Verhandlung und Konsens Einfluß nimmt und auf diese Weise – traditionaler politischer Kultur entsprechend – für die Umsetzung von Interessen in Politik sorgt. In diesem Sinne ist die Übermittlung von Anliegen (auch ökonomischer und sozialer Natur) durch Interessengruppen per se politisch. Die Durchsetzung von Gruppeninteressen hat zugleich Auswirkungen auf das gesamte Gemeinwesen, da sich weitere Interessengruppen zur Verwirklichung ihrer Ziele veranlaßt sehen und um Partizipation an gesellschaftlichen Entscheidungen bemühen. In autoritären Gesellschaften wie China gibt es (noch) keine andere Möglichkeit zur Äußerung und Durchsetzung von Gruppeninteressen als über die oben beschriebenen Kanäle. Die Entwicklung in der ehemaligen Sowjetunion und in anderen ehemals sozialistischen Ländern hat gezeigt, daß in Phasen politischen Umbruchs sich über Interessenvereinigungen rasch alternative Strukturen herausbilden können. Diese können sich zu Parteien oder Proto-Parteien entwickeln oder als Ad-hoc-Gruppen lokale Einflußsphären besetzen, die von der Kommunistischen Partei nicht mehr ausfüllbar sind. Selbst Parteiorganisationen wenden sich

18 Die Organisationssoziologie hat bereits früh auf die Rückwirkungen von Verflechtungen zwischen staatlichen Institutionen und Vereinigungen, sogenannten „Tangentenbeziehungen“, hingewiesen und gezeigt, daß die Interaktion zwischen ihnen das Gesamtgefüge beeinflusst und verändert.

dann gegen die Partei, um sich als Alternative gegenüber diesen Interessenvereinigungen anzubieten und das Vertrauen der Bevölkerung zurückzugewinnen¹⁹.

IV. Zusammenfassung: Sozialer Wandel und politischer Veränderungsprozeß

Fassen wir die Entwicklung im Sinne des politischen Systemwandels zusammen, so hat mit dem Reformprozeß zugleich ein Prozeß gesellschaftlicher Pluralisierung und Atomisierung eingesetzt. Die Privatisierung, mit der Bildung von Kleinbetrieben, erleichtert den Wandlungsprozeß und damit die „stille Revolution von unten“²⁰. Dieser Prozeß führt nicht automatisch zum Zusammenbruch des politischen Systems, höhlt es aber in seiner bestehenden Form aus.

Die entscheidende Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt, ist die, ob aus der neuen Wirtschaftselite eine Mittelklasse entsteht, die – wie in Taiwan oder Südkorea – Trägerin ökonomischer und politischer Veränderungen und damit zugleich eines Demokratisierungsprozesses werden könnte. Über Marktentfaltung, Privatwirtschaft, stärkere Autonomie der Gesellschaft gegenüber dem Staat, Elitenwandel, die Entstehung unabhängiger Interessenvereinigungen und die Herausbildung einer „Mittelklasse“ werde, so die Hoffnung, längerfristig ein Demokratisierungsprozeß eingeleitet. Wan Runnan, Vorsitzender der Exilorganisation „Föderation für ein Demokratisches China“ und vor seiner Flucht nach der gewaltsamen Niederschlagung der städtischen Protestbewegung am 4. Juni 1989 Chef einer großen privaten Computerfirma, spricht bereits heute von der „neuen Mittelklasse“, durch die in China eine parteiunabhängige Gegenkultur entstanden sei, die letztlich zur Entstehung einer „civil society“ führen werde²¹. Der Terminus

19 Vgl. dazu: Vera Tolz, *Informal Groups and Soviet Politics in 1989*, in: *Radio Liberty Report on the USSR*, 1 (1989) 47, S. 4–7, und Anne White, *Social Movements. Unofficial Associations and Social Welfare in Novosibirsk*, in: *Detente*, (1989) 16, S. 26–30.

20 So Ivan Szelenyi, *Socialist Entrepreneurs. Embourgeoisement in Rural Hungary*, Oxford 1988, S. 5. *Anmerkung der Redaktion*: Siehe auch den Beitrag von Xuewu Gu, *Von Mao zu Deng. Chinas Wandel vom Totalitarismus zum Autoritarismus*, in diesem Heft.

21 Vgl. Wan Runnan, *Hoffnung auf den Mittelstand*. Interview mit Wan Runnan, in: *Das neue China*, (1991) 5, S. 32f. Wan unterschätzt die Probleme bei der Herausbildung einer „civil society“ in postsozialistischen Gesellschaften, zumal die politische Kultur sich als weiteres Hindernis auf dem Weg zu einer „civil society“ erweisen dürfte. Letzteres heißt nicht

„Mittelklasse“ bezieht sich dabei auf die „neue Mittelschicht“²², d.h. auf Gruppen wie Privatunternehmer, höhere und mittlere Angestellte und Beamte, große Teile der Intelligenz sowie freie Berufe, die es heute in zunehmendem Maße wieder gibt (Anwälte, Ärzte, Künstler, Schriftsteller u. a.). Auf China bezogen, werden die Hoffnungen auf die am schnellsten wachsende, wohlhabendste und an Einfluß gewinnende Schicht der Unternehmer und Manager gesetzt.

Nun gibt es eine Reihe von Gründen, die für, aber auch eine Reihe, die gegen eine solche Annahme sprechen. Tatsächlich ist eine Schicht entstanden, deren Träger (größere Privatunternehmer und Manager größerer Betriebe) gemeinsame ökonomische Interessen und Ziele verfolgen und spezifische Vorstellungen einer Gesellschaftsentwicklung sowie partizipatorisches Interesse entwickeln. Die Gegenargumente lauten, es handele sich bei diesem Teil der Mittelschicht um eine weitgehend heterogene Gruppe ohne gemeinsame Interessen²³; die chinesischen Privatunternehmer setzten sich mehrheitlich aus Personen mit niedrigem Bildungsstand und geringem gesellschaftlichen Prestige zusammen; sie seien nur an „ökonomischer Demokratie“ (der Freiheit, Unternehmen gründen und betreiben zu können) interessiert, nicht aber an politischer²⁴; als Schicht seien sie gegenüber der Dominanz der Partei zu schwach, um politische Veränderungsprozesse in Gang setzen zu können²⁵.

Zwar umfaßt die Mittelschicht heterogene Gruppen, wie Personen mit und ohne Eigentum, freie Berufe und Lohnabhängige, Parteifunktionäre wie Parteilose, Intellektuelle wie Personen mit geringem Bildungsstand. Das Gemeinsame besteht aber

nur Autonomie und Unabhängigkeit vom Staat, sondern auch Schutz individueller Rechte sowie unabhängiger Bereiche des sozialen Agierens. *Anmerkung der Redaktion*: Vgl. hierzu auch den Beitrag von Ding Ding, *Politische Opposition innerhalb und außerhalb Chinas*, in diesem Heft.

22 Im Unterschied zur alten Mittelschicht: Bauern, Gewerbetreibende, Handwerker, freie Berufe.

23 Vgl. Hsin-Huang M. Hsiao, *Discovering East Asian Middle Classes: Formation, Differentiation, and Politics*, in: ders. (Hrsg.), *Discovery of the Middle Classes in East Asia*, Taipei 1993, S. 9; Lau-Fong Mak, *The Rise of the Singapore Middle Class: An Analytic Framework*, in: H.-H. M. Hsiao, ebd., S. 312ff.; David Wank, *From State Socialism to Community Capitalism: State Power, Social Structure, and Private Enterprise in a Chinese City*, Ann Arbor 1993, S. 295ff.

24 Vgl. z.B. Ole Bruun, *Business and Bureaucracy in a Chinese City. An Ethnography of Private Business Households in Contemporary China*, Berkeley 1993, S. 3f.

25 Vgl. An Chen, *Democratic Experimentation under Party Dictatorship: A Study of China's Political Reforms 1979–89*, Ann Arbor 1993, S. 363f.; Zheng Yongnian, *Development and Democracy: Are they Compatible in China?*, in: *Political Science Quarterly*, (1994) 2, S. 258.

darin, daß es sich überwiegend um Personen mit einem höheren Grad an Bildung, Ausbildung oder beruflicher Erfahrung handelt, denen an einer freien Entfaltung in ihrem Tätigkeitsfeld gelegen ist, die an sozialem Aufstieg interessiert sind und aufgrund ihrer Aktivitäten ein Selbstbewußtsein entwickelt haben, das nach einem größeren Maß an Partizipation strebt. Dies besagt nicht, daß diese Gruppe in jedem Fall einheitlich agiert. Sie sieht sich aber auf der Basis einer Interessenkoalition zu gemeinsamem Handeln veranlaßt.

Daß Privatunternehmer generell einen niedrigen Bildungsstand hätten, läßt sich durch unsere Untersuchung nicht bestätigen. Dies mag für die kleinen Händler und Handwerker zutreffen, nicht aber auf die größeren Unternehmer. Ähnliches gilt für die Manager nichtprivater Betriebe. Die Auffassung, Privatunternehmer seien nur an ökonomischer Demokratisierung interessiert, geht von einem statischen Bild aus. Von ihrer Erwerbstätigkeit her muß das ökonomische Interesse zunächst zentral sein. Chancengleichheit (etwa in Bezug auf den staatlich-kollektiven Sektor), Rechtssicherheit und Sicherung der Erwerbchancen sind für stabile Geschäftstätigkeit unabdingbar. Offenes politisches Agieren hingegen, etwa in Form von Kandidaturen bei Wahlen, politisch oppositionellem Verhalten o.ä., könnte sich nicht nur negativ auf die Geschäftstätigkeit auswirken, sondern auch persönliche Folgen für die jeweiligen Akteure nach sich ziehen. Andererseits sind die Organisation in Interessenvereinigungen sowie die Mitarbeit in Volkskongressen und anderen Institutionen Ausdruck politischer Aktivitäten. Kritiker der politischen Abstinentz verwechseln politische Tätigkeit oft fälschlicherweise mit der in demokratischen Gesellschaften. Und was das Sozialprestige der größeren Privatunternehmer anbelangt, so ist es auf dem Lande bereits recht hoch und im urbanen Raum im Steigen begriffen.

Die Gegenargumente gehen letztlich von einem statischen Klassenbegriff aus, weshalb wir es vorziehen, den Begriff Mittelschicht (statt Mittelklasse) zu verwenden. Die chinesische Unternehmerschaft befindet sich noch im Prozeß der Herausbildung. Die Bedingungen herkömmlicher Mittelschichten, wie deren feste Einbettung in das gesellschaftliche Macht-, Prestige- und Einkommensgefüge, befinden sich noch in der Entwicklung. Gleichwohl entwickeln die Unternehmer, wie wir gezeigt haben, Interessen und Aktivitäten, die über das rein Ökonomische hinausgehen. Dies heißt nicht, daß sie allein das politische System verändern werden. Dazu bedarf es einer breiteren Interessenkoalition. Sie tragen aber zur grund-

legenden Umgestaltung von unten her bei. Zwar scheint wirtschaftliche Demokratisierung zunächst mit einer Ein-Partei-Herrschaft vereinbar zu sein, gleichwohl darf der Synergieeffekt auf den politischen Wandel nicht unterschätzt werden. Und letztlich tragen die Unternehmer zur Sprengung des herkömmlichen Systems und seiner Grenzen bei, müssen sich Partei und Bürokratie immer mehr in ihrer Blockierung dieser Schicht zurücknehmen. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß Privateigentum allein nicht ausreicht, um die Mittelschicht zu einer starken Kraft werden zu lassen. Es bedarf zugleich der Schaffung eines Rechtssystems, das den Unternehmern Schutz bietet und ihrem Aufstieg förderlich ist. Die Bemühungen um rechtliche Absicherung ihrer Erwerbsbedingungen durch Interessenvereinigungen tragen dazu bei. Und ökonomische Rechtssicherheit ist letztlich ein Schritt hin zu politischer Rechtssicherheit.

Auch wenn die erwähnte Hoffnung Wan Runnans verfrüht ist und die chinesischen Unternehmer mit dem frühen europäischen Bürgertum wenig gemeinsam haben, so läßt sich nicht leugnen, daß die durch die Wirtschaftsreform hervorgerufene Motivation, Mobilität und der Drang nach radikalem gesellschaftlichen Wandel weitgehend auf die stärkere Privatisierung von Wirtschaftstätigkeiten zurückzuführen sind. Dieses Klima hat sich auch auf die Privatisierung anderer Bereiche befruchtend ausgewirkt.

Aus dem oben Dargelegten geht hervor, daß sich am deutlichsten erkennbare Veränderungen im politischen Bereich in den ländlichen Gebieten zeigen: durch abnehmende Handlungsmöglichkeiten von Partei und Staat, deren Rückzug aus dem Dorf, Wandel der Funktion örtlicher Bürokratien und einsetzenden Elitenwechsel sowie durch eine größere Autonomie der ländlichen Gesellschaft. Die Überlagerung der Politik durch die Ökonomie, die Erosion der Ideologie und die Zersetzung der Organisationsstruktur der Partei aufgrund wirtschaftlicher Sachzwänge und sich ausbreitender Korruption nagen am Führungsanspruch der Kommunistischen Partei²⁶. Von daher verstärken sich die Anzeichen für die Notwendigkeit eines Ideologie- bzw. Legitimationswechsels und so die Möglichkeit zur Auflösung monolithischer Parteikonzeptionen (in Richtung Meinungspluralismus in der KP als Voraussetzung neuer Organisationsstrukturen) sowie der Wunsch neu aufkommender Schichten nach Partizipation in politischen Prozessen.

26 Zur Korruption vgl. Thomas Heberer, Korruption in China. Analyse eines politischen, ökonomischen und sozialen Problems, Opladen 1991.

Von Mao zu Deng: Chinas Wandel vom Totalitarismus zum Autoritarismus

I. Vorbemerkung: Was für ein politisches System hat China heute?

Am 9. September 1976 starb der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Chinas: Mao Zedong. Mit seinem Tod endete die Zeit der „permanenten Revolution“ in der Volksrepublik China. Im Juli 1977 ergriff Deng Xiaoping, der zweimal von Mao Zedong entmachtet worden war, die Macht. Eine neue Ära brach an.

Unmittelbar nach seiner Machtergreifung begann Deng Xiaoping, das maoistische China zu reformieren. Seine „Politik von Reform und Öffnung“ (*Gaige Kaifang*) machte das Reich der Mitte zu einem der wirtschaftlich dynamischsten Gebiete der Welt. Geschäftsleute und Politiker aus aller Welt pilgern seither nach Peking, um sich ihren Teil an den zweistelligen Wachstumsraten der chinesischen Wirtschaft zu sichern. Die Wirtschaft des 1 200-Millionen-Staates boomt.

In der Öffentlichkeit der westlichen Welt, aber auch unter den Chinaexperten in der ganzen Welt, herrscht das Image von Deng Xiaoping als Förderer der wirtschaftlichen Liberalisierung und Bremser der politischen Erneuerung. Dementsprechend wurde der Eindruck verbreitet, daß China zwar wirtschaftlich liberal geworden, politisch aber immer noch totalitär sei. Abgesehen davon, daß in einem totalitären System ein oder mehrere Teilsysteme liberal sein können, verkennen die Anhänger des herrschenden China-Bildes den politisch-strukturellen Wandel, der sich in der Ära Deng Xiaoping vollzogen hat und somit die tatsächlichen Eigenschaften des gegenwärtigen Regimes Chinas: Chinas politisches System hat sich vom maoistischen totalitären Herrschaftssystem zum dengistischen autoritären Regime gewandelt.

Totalitarismus und Autoritarismus sind insofern miteinander verwandt, als beide undemokratische und freiheitsunterdrückende Diktaturen sind.

Aber in der Breite und in der Tiefe der politischen Beherrschung unterscheiden sich Totalitarismus und Autoritarismus voneinander. Die *totalitäre Diktatur* stützt sich auf eine umfassende und tiefgreifende politische Durchdringung und Beherrschung der Gesellschaft und des menschlichen Lebens. Es gibt keinen Teilbereich der Gesellschaft, der nicht politisch beherrscht wird. Eine totalitäre Herrschaft kontrolliert also nicht nur das äußere Verhalten, sondern dringt zugleich tief in das Bewußtsein der Menschen ein. Demgegenüber beschränkt sich die politische Beherrschung in einer *autoritären Diktatur* auf das politische Geschehen und auf bestimmte Teilbereiche der Gesellschaft. Eine begrenzte Autonomie von Teilsystemen und Unabhängigkeit von Teilgruppen auf nichtpolitischen Gebieten wird gewährt oder geduldet. Die Kraft des autoritären Systems reicht nur aus, um das (äußere) Verhalten des Menschen zu kontrollieren. Das (innere) Denken der Menschen entzieht sich also seiner Kontrolle. Eine wirkliche ideologische Gleichsetzung von Herrschenden und Beherrschten – im Sinne der totalen Unterwerfung letzterer – gibt es in einem autoritär organisierten politischen System nicht¹.

Obwohl China nach wie vor ein von Kommunisten regiertes Land ist, erweist sich die gegenwärtige Parteiherrschaft im Hinblick auf die Breite und die Tiefe der politischen Beherrschung der Menschen begrenzter als in der Mao-Zeit. Die totalitäre Herrschaft im Sinne des Maoismus ist im Zuge der dengistischen Reformen untergegangen. An die Stelle der totalitären Diktatur ist in China eine autoritäre Diktatur getreten. Die drei Säulen – ideologische Indoktrination, gesellschaftliche Gleichschaltung und totale Nachrichtenkontrolle –, auf die sich Maos totalitäre Herrschaft stützte, unterliegen infolge Deng Xiaopings politischem Pragmatismus einer langsamen Erosion.

1 Zu Unterschieden zwischen den Begriffen „Totalitarismus“ und „Autoritarismus“ vgl. Juan J. Linz, *Totalitarian and Authoritarian Regimes*, in: Fred I. Greenstein/Nelson W. Polsby (Hrsg.), *Handbook of Political Science*, Bd. 3: *Macropolitical theory*, Reading/Mass. 1975, S. 175–411; Giovanni Sartori, *Demokratiethorie*, Darmstadt 1992, S. 183–211.

II. Von der ideologischen Indoktrination zum spirituellen Vakuum

Die totale politische Durchdringung und Beherrschung in der Ära Mao Zedong wurde vor allem durch die ideologische Unterwerfung der Massen ermöglicht, die alles Spontane, Unabhängige, Verschiedenartige und Autonome zunichte machte. Damals hieß es: „Alles für die Partei, alles für den Staat und alles für das Volk.“ „Alles, was ich habe, gehört der Partei und dem Vorsitzenden Mao.“ „Wohin auch immer der große Führer die Richtung zeigt, folge ich ihm.“

Die totale Unterwerfung der Menschen in Maos totalitärem Herrschaftssystem wurde vor allem durch ideologische Indoktrination erreicht, die ein autonomes Denken des Menschen unmöglich machte. Maos eschatologische sozialistische Ideologie mit dem Ideal, ein völlig neues China ohne „Klassenausbeutung“ aufzubauen, hat die chinesische Nachkriegsgeneration in der Tat fasziniert. So war es der Kommunistischen Partei unter seiner Führung weitgehend gelungen, das Denken der Menschen mit marxistischer Ideologie zu durchdringen und so etwas wie eine geistige Einheit zwischen dem Willen der Führung und dem der Massen herzustellen. Diese erleichterte es der Parteiführung, mögliche Gegensätze zwischen dem Bewußtsein der Massen und dem der Parteiführung auszuschalten. Maos China war in diesem Sinne eine Gesellschaft ohne autonomes Denken. Wer dennoch anders dachte oder sich gar abweichend verhielt, wurde mit den Mitteln des totalitären Herrschaftssystems zur Unterwerfung gezwungen. Im Namen des Proletariats wurden „Klassenfeinde“ vernichtet, Andersdenkende ausgeschaltet, ein Identitätsgefühl zwischen der Führung und der Masse hergestellt und die totale Durchdringung der politischen Macht gerechtfertigt.

Die ideologische Durchdringungskraft ließ mit Dengs Reformen immer mehr nach. Noch vor der inzwischen legendär gewordenen dritten Vollversammlung des Zentralkomitees (ZK) der 11. Periode der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) im Dezember 1978, auf der der bis heute noch gültige wirtschaftliche Reformkurs festgelegt worden ist, brachte Deng Xiaoping die totalitäre Herrschaft von Mao Zedong ins Wanken. Nach dem Tod von Mao bestand der von ihm als Nachfolger bestimmte Partei- und Regierungschef Hua Guofeng darauf, daß nichts von dem, was Mao gesagt und gemacht hatte, geän-

dert werden dürfe². Gegen diesen maoistischen Dogmatismus leiteten Deng und seine Anhänger eine Bewegung zur geistigen Emanzipation ein. Der Kernsatz der Bewegung lautete: „Der einzige Maßstab der Wahrheit ist die Praxis.“ Diese Bewegung, an der die Intellektuellen landesweit beteiligt waren, befreite die geistige Welt der Menschen vom Mao-Kult und ermutigte sie zu selbständigem Denken. Obwohl sie in erster Linie vom Machtkampf innerhalb der Partei motiviert wurde, beseitigte diese geistige Emanzipationsbewegung allmählich die ideologischen Grundlagen der kommunistischen totalitären Herrschaft und schuf von Ideologie unbeeinflusste Freiräume im menschlichen Denken. Durch die Anerkennung der Praxis als „einzigen Maßstab der Wahrheit“ wurde der totalitäre Glaube zerstört, dem zufolge nur die Partei einen besonderen Zugang zur Wahrheit habe. Die Einführung der Praxis in die Wahrheitsfindung säkularisierte das politische Leben und sprach der Parteiideologie die „Heiligkeit“ ab. Jedem Menschen wurde das Recht auf Zugang zur Wahrheit zuerkannt und die Partei als die einzige Vertreterin der Wahrheit zumindest verbal disqualifiziert.

Da der Anspruch auf die totale Herrschaft in der Mao-Zeit auf dem Ausschließlichkeitsanspruch auf die Wahrheit beruhte, entzog Deng Xiaoping mit seinem Empirismus der kommunistischen Parteiherrschaft den Boden der ideologischen Legitimation. In der Tat sucht die Partei unter der Führung von Deng Xiaoping ihre Herrschaft nicht mehr nur ideologisch, sondern vor allem realpolitisch zu legitimieren. Es wurde versucht, die Partei als leistungsfähig und damit führungsberechtigt zu präsentieren. Mit seiner bekannten pragmatischen Devise: „Eine Katze ist eine gute Katze, solange sie Mäuse fangen kann, gleichgültig, ob sie eine weiße oder schwarze ist“, hat Deng Xiaoping die Partei unter einen permanenten Leistungsdruck gesetzt. Hier liegt der Grund dafür, weshalb die politische Führung ideologische Bedenken gegen den Kapitalismus zurückgedrängt hat, um die Einführung der Marktwirtschaft in China massiv vorantreiben zu können. Denn einer Regierungspartei, deren pragmatisch orientierte Führungsspitze nicht mehr ausschließlich politisch-ideologisch legitimiert ist, bleibt nichts anderes übrig, als durch Entwicklung von Wohlstand und Hervorbringung von Leistungen die eigene Führungsfähigkeit unter Beweis zu stellen und sich damit die Führungsrolle zu sichern.

² Vgl. Deng Xiaoping, Deng Xiaoping Wenxuan (Auswahlwerke von Deng Xiaoping; 1975–1982), Peking 1983, S. 121.

Eine entscheidende Schubkraft erhielt die Säkularisierung der Politik in der Nach-Mao-Zeit durch die Aufgabe des „Klassenkampfes als Leitprinzip der Politik“. Auf der dritten Vollversammlung des ZK der 11. Periode der KPCh im Dezember 1978 wurde beschlossen, die Ideologie des „Klassenkampfes“ und der „permanenten Revolution“ zu verwerfen. Begründet wurde diese Entscheidung mit dem Argument, die Zeit „des flächendeckenden und turbulenten Massenklassenkampfes“ sei vorbei³. Die Partei, so Deng Xiaoping, müsse sich von jetzt an auf den Modernisierungsaufbau konzentrieren⁴.

Mit der Aufgabe des „Klassenkampfes“ wurde das Denken der Menschen allmählich vom Wahn des „Klassenbewußtseins“ befreit. Durch die geistige Entmissionarisierung reduzierte sich auch die Bereitschaft der Bürger, die Partei als „heiligen Führer“ zu betrachten. Auf die Frage „Sind Sie der Meinung, daß die Mitglieder der Kommunistischen Partei Chinas die Rolle der Avantgarde gespielt haben?“ antworteten in einer Umfrage von 1987 18 Prozent der Befragten mit Ja, 78 Prozent mit Nein⁵. Die Parteiführung wird zwar nach wie vor als Führung akzeptiert, aber nicht mehr, weil sie – wie unter Mao – quasi heilig ist, sondern weil sie die Macht besitzt. Im Unterschied zu früher lassen sich die Massen heute von der Führung auch nicht mehr so einfach mobilisieren.

Maos Ideologie wurde durch Dengs Materialismus weitgehend aus dem Denken der Menschen verdrängt. Wer heute in China noch vom „Klassenkampf“ spricht, wird ausgelacht. Alles blickt auf *money*. Nicht mehr Ideologie, sondern Geld, Hi-Fi-Musikanlage, Personenwagen, Eigentumswohnung, Haus mit Garten sind die Ziele der menschlichen Anstrengungen. Den Menschen schwebt nicht mehr eine „ausbeutungsfreie“ kommunistische Gesellschaft vor, sondern ein wohlhabendes und glückliches Leben⁶. Der Prozeß der Entideologisierung wurde massiv beschleunigt, als Deng Xiaoping im Rahmen seiner „Inspektionsreise“ durch Südchina im Frühjahr 1992 die Partei-

3 Zhang Jingru (Hrsg.), *Zhongguo Gongchandang Sixian Shi* (Ideengeschichte der kommunistischen Partei Chinas), Qingdao 1991, S. 579.

4 Vgl. Deng X. (Anm. 2), S. 176.

5 Zitiert nach Zheng Yongnian, *Development and Democracy: Are they compatible in China?* in: *Political Science Quarterly*, 109 (1994) 2, S. 236–259.

6 Schon im Jahre 1987 antworteten 56 Prozent der Befragten mit Ja und 44 Prozent mit Nein auf die Frage, ob sie mit dem folgenden Statement einverstanden seien: „Was in China wichtig ist, ist nicht, einige fundamentale Prinzipien streng zu verfolgen, sondern die Wirtschaft zu entwickeln und damit den Lebensstandard der Menschen zu erhöhen.“ Ebd., S. 244.

spitze aufforderte, alle ideologischen Bedenken zu verwerfen und vom Kapitalismus zu lernen.

Die Vertreibung der Ideologie aus dem Denken der Menschen ermöglichte zwar eine größere innere Freiheit und geistige Autonomie, führte aber zu einem geistigen Zustand, den die politische Führung, aber auch viele besorgte chinesische Intellektuelle als ein „spirituelles Vakuum“⁷ bezeichnen. Das Vakuum, das durch das teilweise Verschwinden der bisherigen ideologischen Kategorien entstanden ist, wird noch nicht von neuen überzeugenden Werten ausgefüllt; das Wertesystem der Menschen ist erschüttert. Viele Chinesen sind auf der Suche nach dem Sinn des Lebens. Ein Teil von ihnen hat geistige Orientierung in der Religion gefunden. Die Bekehrung zum „Christentum, dem Buddhismus, dem Taoismus und den überlieferten Volksreligionen“⁸ greift im Reich der Mitte um sich. Die politische Führung hat versucht, das Vakuum durch Formulierung einer neuen geistigen Orientierung zu füllen. Die in den achtziger Jahren entwickelten Konzepte wie „Anti-Entfremdung“, „Anti-spirituelle Verschmutzung“, „Fünf-Regeln-Vier-Schönheiten“ und „Aufbau der sozialistischen spirituellen Zivilisation“ sind jedoch gescheitert. In den neunziger Jahren hat sich deshalb die Führung dem „Patriotismus“ zugewandt. Im September 1994 wurde das „Programm zur Durchführung der patriotischen Erziehung“⁹ bekanntgegeben. Die politische Führung scheint entschlossen zu sein, die Bevölkerung durch nationalistische Überhöhung und Selbstdarstellung geschlossen hinter sich zu bringen. Der in dem „Erziehungsprogramm“ artikulierte Patriotismus ist eine Mischung aus konfuzianischem Kollektivismus, nationalistischem „Wir-Gefühl“ und parteipolitischer Selbstverherrlichung. Ob er tatsächlich die Rolle einer neuen Staatsideologie spielen kann, bleibt abzuwarten.

III. Von der politischen Gleichschaltung zur gesellschaftlichen Nischenbildung

Die zweite Säule der totalitären Herrschaft von Mao Zedong war die totale Politisierung der Gesellschaft. Unter dem Motto „des Primats der Poli-

7 Funabashi Yoichi u. a., *China auf dem Wege zur Großmacht*, Bonn 1994, S. 24.

8 Ebd., S. 24f.

9 Text des Programms im Original in: *Renmin Ribao* (Volkszeitung) vom 6. September 1994, S. 3.

tik“ wurden alle gesellschaftlichen Lebensbereiche den politischen Inhalten und Strukturen entsprechend gleichgeschaltet. Die politische Beherrschung und Durchdringung der Gesellschaft erreichte einen Grad, an dem „es grundsätzlich keine von der politischen Macht unbeeinflussten Freiräume gesellschaftlichen Handelns und Verhaltens“ mehr gab¹⁰. Das Leben in *allen* gesellschaftlichen Bereichen wurde von der politischen Macht gelenkt und beherrscht. Die Gesellschaft bewegte sich unter Mao Zedong wie eine disziplinierte Armee.

Es gab in der Mao-Zeit kaum ein kulturelles Produkt, das nicht politisch durchdrungen war. Der ursprüngliche Sinn der musikalischen, literarischen und künstlerischen Werke, die Menschen zu unterhalten, wurde von politischen Zielen verdrängt. Den Arbeitern, Bauern und Soldaten zu dienen und sie zur Revolution zu ermutigen war Maos Anforderung an die Schriftsteller und Künstler. Musikstücke und Lieder ohne revolutionäre Dramatik und politisches Vokabular gab es nicht mehr. Auch die traditionelle Pekingoper wurde im Sinne der Revolution in Form und Inhalten „modernisiert“. Acht sogenannte Musterstücke der modernen, revolutionären Pekingoper dominierten während der Kulturrevolution die Opernhäuser, Kinos und Radiosendungen. Überall wurden der Führer Mao Zedong und die Partei musikalisch, literarisch und künstlerisch gepriesen. Jedes von dieser Norm abweichende Werk wurde entweder im Keime erstickt oder als „giftiges Gras“ verurteilt.

Auch das Familienleben wurde in der Mao-Zeit politisch beherrscht. Von der Partnerwahl bis zur Namensgebung der Kinder war das gesamte private Leben politisch durchdrungen. Nur wenige Menschen wagten es, eine „politisch unsaubere“ Person als Ehemann oder Ehefrau zu nehmen. Auch die Hochzeitsfeier wurde von revolutionären Hintergrundmelodien und politischen Predigten der Parteikader begleitet. Wenn Kinder geboren wurden, dachten viele Eltern daran, ihnen einen revolutionär klingenden Namen zu geben. „Vaterlandsverteidigung“, „Armeeliebe“ und „Orientierung auf die Sonne“ waren die beliebtesten Namen in der Mao-Ära. Ehepaare wurden als revolutionäre Partner und Kinder als revolutionäre Nachkömmlinge bezeichnet. Die Anredeformen Herr, Frau und Fräulein wurden im Namen der Revolu-

tion abgeschafft. Man redete sich gegenseitig einheitlich mit „Genosse“ an.

Selbst die Kleidung der Menschen wurde den Menschen von der Partei vorgeschrieben. Jahrzehntlang trugen Millionen von Männern (und teilweise auch Frauen) – vom einfachen Bauern bis zum Politbüromitglied – nur den blauen oder dunklen Mao-Anzug. Auch für die Frauen gab es eine neue Kleiderordnung. Kostüme zu tragen wurde als bürgerlicher Lebensstil kritisiert. Selbst das chinesische Etuikleid (*Qipao*) wurde als „Überrest des Feudalismus“ gebrandmarkt. Alles Bunte, Blumige, Neuartige und tief Ausgeschnittene galt als unvereinbar mit dem revolutionären Geist. Der Mao-Anzug war aus der Sicht der Führung das „anständigste“ Kleidungsstück. Es verkörperte Revolutionsgeist, Disziplin und Loyalität.

In der Mao-Zeit wurde in *allen* Lebensbereichen *alles* nach politischen Kriterien entschieden. Bei der Bewertung, ob ein Unternehmen erfolgreich oder nicht erfolgreich war, wurde vor allem das Kriterium angewandt, inwiefern es einen politischen Beitrag zur Realisierung des politischen Programms leistete. Ein Abiturient, der zwar ein schlechtes Abiturzeugnis hatte, sich aber als politisch zuverlässig erwies, hatte bessere Chancen, an der Universität zugelassen zu werden, als einer, der „nur“ Leistungen erbrachte. Ein künstlerisch schlechter, aber politisch loyaler Schauspieler erhielt das Privileg, die Hauptrolle eines Stückes zu spielen, während sich seine viel talentierteren, aber politisch nicht so angepaßten Kollegen häufig mit Nebenrollen abfinden mußten. Hinsichtlich dieser einseitigen Orientierung an der politischen Einstellung der Menschen, die in alle Lebensbereiche hineinreichte, wurde die Mao-Ära von vielen Chinesen rückblickend als eine Epoche der „Verwechslung von Menschen und Dämonen“ und des „Vertauschens von schwarz und weiß“ bezeichnet. Die totale politische Gleichschaltung der gesellschaftlichen Lebensbereiche raubte ihnen ihre freien Entfaltungsmöglichkeiten und zwang sie dazu, sich allein auf „politische Fortschritte“ zu konzentrieren. Vom politischen Verhalten hingen Ausbildung, Beförderung, sozialer Status und sogar Familienglück ab. Die Grenze zwischen Staat und Gesellschaft und die zwischen öffentlichem und privatem Leben wurde niedergerissen.

Deng Xiaopings Reformen brachen die maoistische Herrschaft, in der alles von der Politik, alles für die Politik und alles unter der Politik gestaltet wurde. Die Politik der Reformen und der Öffnung

10 Zu der These der Gleichschaltung als einer entscheidenden Eigenschaft des Totalitarismus vgl. Hans-Joachim Lieber, Zur Theorie totalitärer Herrschaft, in: ders. (Hrsg.), Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart, Bonn 1991, S. 881–932, hier S. 881 ff.

führte zu einer tendenziellen Entpolitisierung der Gesellschaft und zur Entstehung von „politikfreien Nischen“¹¹ in der Gesellschaft. Auf diese Weise verlor die politische Macht zunehmend an Einwirkungsmöglichkeiten auf Inhalt und Form insbesondere des privaten Lebens.

Auf einigen Teilgebieten der Gesellschaft entwickelte sich unter den neuen Bedingungen sehr bald Eigendynamik. Die im Jahr 1977 eingeleiteten Hochschulreformen entkoppelten den Zugang der Abiturienten zu den Universitäten weitgehend von der politischen Empfehlung und normalisierten somit das Zulassungssystem. Anstelle des politischen Verhaltens hatten nun die Fachprüfungsnoten die entscheidende Bedeutung für die Aufnahme an den Universitäten. Schüler und Studierende können sich heute auf den Erwerb von Wissen konzentrieren, ohne Angst vor dem Vorwurf haben zu müssen, politisch desinteressiert zu sein. Die Lockerung der politischen Kontrolle im kulturellen Bereich führte dort zu einer Dynamisierung. Revolutionäre Lieder sind längst von Popmusik aus Hongkong und Taiwan verdrängt worden. Langweilige politische Romane mußten der klassischen und der Unterhaltungsliteratur Platz machen. Auch die traditionellen Stücke der Pekingoper sind wieder auf die Bühne zurückgekehrt. Westliche Symphonien und traditionelle Instrumentalmusik konkurrieren miteinander um das Publikum. Sukzessive hat sich eine musikalische, literarische und künstlerische autonome Schicht formiert, die sich bewußt von der Politik der Partei distanziert und gegen das Eingreifen der politischen Macht wehrt.

Der Bereich der Familie und der sozialen Beziehungen gehört zu den Sphären, die inzwischen überhaupt nicht mehr politisch beherrscht werden. Eingriffe in die Privatsphäre der Menschen werden heute als lächerlich und dumm angesehen. Auch außerhalb der Familie existieren die unterschiedlichsten Netzwerke – weitgehend frei von der einstigen politischen Bevormundung. In diesen gesellschaftlichen Nischen grenzt man sich gegen die herrschende Politik ab, führt ein bürgerliches Leben, leistet sich gegenseitige Hilfe und organisiert gemeinsame Unternehmungen. Die chinesischen Netzwerke bilden aber nicht nur gesellschaftliche Nischen, in denen man ein von politischer Macht ungestörtes Leben führen kann. Sie fungieren auch als inoffizielle, aber autonome gesellschaftliche Institutionen, die das wirtschaftliche, soziale und poli-

11 Vgl. dazu die hervorragende Analyse über die Herrschaftsstruktur der DDR von Eckhard Jesse, *War die DDR totalitär?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 40/1994, S. 12–23.

tische Geschehen indirekt beeinflussen und mitgestalten¹².

Der Wandel von der Anrede „Genosse“ zu den bürgerlichen Anredeformen „Herr“, „Frau“ und „Fräulein“ vollzog sich in einem langsamen Prozeß. Der Sprung von „Genossen“ auf „Damen und Herren“ war offenbar so groß, daß man einige Übergangsformen brauchte, um sich dann endlich von der Anrede „Genosse“ zu verabschieden. In Peking war es in den achtziger Jahren „modern“, fremde Menschen mit der Form „Großvater“ (*Da ye*) und „Meister“ (*Shi Fu*) anzusprechen. Inzwischen haben sich jedoch die bürgerlichen Anredeformen weitgehend durchgesetzt.

Die Entpolitisierung der Kleiderordnung kam in den achtziger Jahren zügig voran. Der erste Spitzenpolitiker, der nach dem Tod von Mao Zedong nicht in einem Mao-Anzug, sondern in einem Anzug westlichen Zuschnitts mit chinesischem Sakko in der Öffentlichkeit auftrat, war der ehemalige Ministerpräsident Zhao Ziyang. Sein Auftritt war Anfang der achtziger Jahre für viele Chinesen ein Signal für die Entschlossenheit der Führung unter Deng Xiaoping, die Gesellschaft im buchstäblichen Sinne zu „entuniformieren“. Die Pluralisierung und Diversifizierung der Kleiderordnung wurden von einer Erweiterung und Vertiefung der Reformen begleitet. Der Mao-Anzug ist heute in der städtischen Öffentlichkeit (die Landbevölkerung trägt ihn teilweise noch zur Arbeit) weitgehend verschwunden, und der westliche Anzug wurde zur Standardbekleidung der politischen und wirtschaftlichen Elite. Die Frauen genießen längst das mannigfaltige Bekleidungsangebot auf dem Markt. Sie können je nach persönlichen Bedürfnissen und individuellen Neigungen frei entscheiden, was sie tragen wollen.

Auch im Bereich der Wirtschaft hat die Partei ihre führende Rolle eingebüßt. Liberalisierung und Einführung der Marktwirtschaft haben dazu geführt, daß unternehmerische Entscheidungen darüber, was und wie produziert und zu welchen Preisen die Produkte abgesetzt werden, nicht mehr von der Parteikommission, sondern von Fabrikdirektoren, Generalmanagern und Vorstandsvorsitzenden getroffen werden. Das in der Ära Mao geltende Prinzip, Produktionsaufgaben als politische Aufgaben zu betrachten, gilt nicht mehr. Das System der Parteikommandeure gehört der Vergangenheit an.

12 Zur Rolle der Netzwerke in der modernen Gesellschaft Chinas vgl. Carsten Hermann-Pillath, *Kulturell geprägte Wirtschaftsdynamik und politischer Wandel in China*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 51/93, S. 3–13.

Vergleichbares gilt für die Landwirtschaft. Durch die Abschaffung des Kommunensystems und die Einführung der ökonomisch eigenständigen Bauernhaushalte wurde die Herrschaft der Partei auf dem Land drastisch geschwächt. Die Auflösung des kollektiven Zwangssystems machte die Parteisekretäre der ländlichen Basisorganisationen praktisch zu Arbeitslosen. Dies führte zum Zerfall der Kontrollstrukturen der Partei in ländlichen Regionen¹³. Bei der Führung des alltäglichen Lebens und der Bewirtschaftung des zugewiesenen Landes haben die Bauern heute einen weitgehenden Freiraum.

Die Wirtschaft als ein Teilsystem der Gesellschaft gewann zunehmende Autonomie dadurch, daß der Staat im Zuge der Entwicklung der Marktwirtschaft heute nicht mehr allein über die Verteilung der Ressourcen bestimmen kann. Beruhte die totale politische Durchdringung der Wirtschaft in der Mao-Zeit auf dem „distributiven und redistributiven Monopol des Staates“, der die Wirtschaft durch Zuteilung von „Ressourcen, Kapital und Arbeit“ zum Vasallen der Politik machte, so koordiniert sich diese heute „weitgehend über Marktmechanismen (z. B. Preise als Indikator von Knappheiten, Konkurrenz, Geld als universelles Tauschmittel)“¹⁴. Maos Politik wurde von Deng Xiaoping mit Hilfe von marktwirtschaftlichen Mechanismen Stück für Stück entzaubert.

Die mit der wirtschaftlichen Liberalisierung einhergehende wirtschaftliche Freiheit hat das ökonomische System in eine riesige, von politischer Unterdrückung freie Nische der Gesellschaft transformiert, die den Menschen Freiräume für die individuelle Entfaltung einräumt. War die Politik früher der dominierende Faktor für den sozialen Status der Menschen, so hat die wirtschaftliche Freiheit die Möglichkeiten zur Realisierung der individuellen Träume enorm erweitert. Die soziale Stellung und das gesellschaftliche Ansehen sind inzwischen stärker von ökonomischen als von politischen Faktoren abhängig. Man kann heute durch individuelle Anstrengungen und durch die kreative Nutzung der neuen Möglichkeiten das erreichen, was in der Mao-Zeit nur diejenigen bekommen konnten, die die politische Macht besaßen¹⁵. Es ist schon eigenartig zu beobachten, wie viele der ehemals „kleinen Leute“ auf diese Weise zu Mil-

lionären geworden sind und wie viele der früheren Parteikader wegen Anpassungsunfähigkeit von der wirtschaftlichen Dynamik ausgeschlossen wurden und sozial untergegangen sind. Es gehört aber auch zur Normalität, daß viele Parteikader rechtzeitig ihre Karrierelaufbahn geändert und von der Politik in die Wirtschaft gewechselt haben. Viele der früheren Parteisekretäre tragen heute die Titel „Generalmanager“ oder „Vorstandsvorsitzender“.

IV. Von der totalen Nachrichtenkontrolle zur begrenzten Informationsfreiheit

Die ideologische Durchdringung des menschlichen Denkens und die politische Gleichschaltung der Gesellschaft, wie sie unter Mao Zedong in der VR China erreicht wurden, waren nur in einem geschlossenen politischen System möglich. Es fand kein inländischer und ausländischer Nachrichtenaustausch statt. Die totale Nachrichtensperre erstickte jegliche Form abweichenden Denkens und Verhaltens schon in ihrem Keim.

Die totale Nachrichtenkontrolle wurde vor allem durch eine äußerst engmaschige Kontrolle der veröffentlichten Nachrichten garantiert. Die Medien wurden von der Partei vollständig beherrscht: Alle Schlüsselpositionen – Intendanten, Chefredakteure und Abteilungsleiter – waren mit Parteimitgliedern besetzt. Für die totale Nachrichtenkontrolle war die Tatsache maßgebend, daß die Chefredakteure von der Partei angewiesen wurden, ausschließlich die Nachrichten weiterzubreiten, die sich auf die Durchsetzung der Parteiherrschaft positiv auswirken würden.

Diese Zensurpolitik begründete Mao Zedong mit der Theorie des Klassencharakters und der Parteilichkeit der Presse. So sagte Mao am 18. Mai 1957 zu Wu Nengxi, seinerzeit Präsident der Xinhua-Agentur: „Alle Zeitungen müssen sich dem Interesse des Proletariats unterwerfen und die Führung der Kommunistischen Partei akzeptieren... Es gibt eine Gemeinsamkeit zwischen der bürgerlichen Nachrichtenpolitik und der proletarischen: den Klassencharakter und die Parteilichkeit der Presse. Die Zeitungen der Bourgeoisie veröffentlichen nur die für sie nützlichen Nachrichten. Meldungen, die für sie nicht nützlich sind, läßt die Bourgeoisie nicht abdrucken. Die Zeitungen des Proletariats und der Volksmassen veröffentlichen

13 Vgl. Sebastian Heilmann, Das Potential für soziale und politische Unruhen in der VR China, in: China aktuell, 23 (1994) 5, S. 476–482, hier S. 478.

14 Jutta Hebel/Günter Schucher, Sozialer Wandel in der Volksrepublik China, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51/93, S. 27–36, hier S. 34f.

15 Vgl. Zheng Y. (Anm. 5), S. 241.

auch keine Meldungen, die für uns schädlich sind. Es geht um Klasseninteresse. Das ist ein universell gültiges Gesetz.“¹⁶

Das Pressemonopol und die Politik der Nachrichtenkontrolle führten zur Entstehung und Verfestigung einer gleichgeschalteten Öffentlichkeit zugunsten der Parteiherrschaft. Aufgrund der permanenten Wiederholung von Lügen und Halbwahrheiten sind die Menschen systematisch verdummt und entmündigt worden. Die parteipolitisch gewünschte „Weltanschauung“ drang so tief in ihr Bewußtsein ein, daß manche für immer gegen die von der Parteilinie abweichenden Aussagen immunisiert bleiben werden. Auch heute noch glauben viele, die in Maos neuem China aufgewachsen sind, an die Propaganda der Partei, der zufolge die große Hungersnot Anfang der sechziger Jahre von Naturkatastrophen verursacht worden sei, obwohl nachgewiesen ist, daß der Tod von Millionen auf Versagen der politischen Führung zurückgeht. In der Tat zerstörte Maos 1958 eingeleitete Kampagne „Großer Sprung“ die Vitalität der sich gerade erholenden Landwirtschaft und brachte die gesamte Volkswirtschaft an den Rand des Zusammenbruchs.

Zur Realisierung der totalen Nachrichtenkontrolle zählten auch Maßnahmen zur Kontrolle der Auslandskontakte. Private Auslandsreisen waren in der Mao-Zeit fast unmöglich. Der Spionageverdacht schreckte viele Chinesen, die sich mit finanzieller Unterstützung der im Ausland lebenden Verwandten eine Auslandsreise hätten leisten können, davon ab, diese durchzuführen. Diejenigen, die aus dienstlichen Gründen ins Ausland reisen mußten, erhielten in der Regel eine wirksame politische „Immunisierungsspritze“. Sie wurden belehrt, die Entwicklung des Kapitalismus „nüchtern“ zu betrachten. Hinter der prosperierenden Fassade des Westens verberge sich gewaltige Ungleichheit und Ausbeutung. Man sollte sich bewußt gegen den Einfluß des bürgerlichen Lebensstils wehren. Jeder Chinese, der sich in der Mao-Zeit im Ausland aufgehalten hatte, kann sich an die strengen Vorschriften erinnern: So war beispielsweise streng verboten, allein auszugehen; nur zu zweit oder in Gruppen durften sich Chinesen damals im Ausland bewegen. Das Ziel dieser Auflage war es, individuelle Kontakte auf ein Minimum zu reduzieren und eine gegenseitige Kontrolle zu installieren.

16 Wu Nengxi, *Xinwen de Jiejixing ji Qita* (Der Klassencharakter der Presse und die anderen Aspekte), in: *Mianhuai Mao Zedong* (Denkschrift für Mao Zedong), Peking 1993, S. 197–225, hier: S. 200.

In der Mao-Zeit war das Hören von Radiosendungen aus Taiwan und Hongkong absolut verboten; es wurde mit Gefängnisstrafe bedroht. Sendungen in chinesischer Sprache, die die „BBC“ oder „American Voice“ ausstrahlten, wurden gestört, Briefsendungen aus dem und in das Ausland von den Postämtern und den Grenzbehörden streng kontrolliert. Die Möglichkeit, ausländische Nachrichtenmagazine und Zeitungen zu lesen, bestand in der Mao-Zeit für die durchschnittlichen Chinesen nicht.

Neben der strengen Kontrolle und der Vermeidung nahezu jeglicher Kontakte mit der Außenwelt beruhte die totale Nachrichtenzensur auf der „eisernen Wohnsitzkontrolle“¹⁷. Die damit verbundene starke Einschränkung der Freizügigkeit machte die Menschen immobil und verhinderte Nachrichtenaustausch auch in Form von „von Mund zu Mund“. Zur „eisernen Wohnsitzkontrolle“ gehörte auch die Verpflichtung, jede Fernreise innerhalb Chinas (!) den Arbeitseinheiten zu melden. Dies schwächte zugleich die räumliche Mobilität der Gesellschaft und isolierte die einzelnen Gebiete voneinander. Man hatte in der Regel keine Ahnung davon, was in der jeweiligen Nachbarregion geschehen war, geschweige denn in anderen Provinzen des Landes. Daß viele Chinesen erst Jahre später die Wahrheit über das Tangshan-Erdbeben von 1976 erfahren konnten, bei dem ca. 300 000 Menschen ums Leben gekommen waren, ist nur eines von unzähligen Beispielen für das Maß und den Grad der Nachrichtenkontrolle des maoistischen Totalitarismus.

Durch die totale Nachrichtenkontrolle waren die Menschen der Möglichkeit beraubt, andere als die offiziellen Informationen überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Mit dieser rigorosen Maßnahme verhinderte das totalitäre Herrschaftssystem, daß die ideologische Indoktrination gestört werden konnte; die politische Gleichschaltung war also gesichert. Die totale Nachrichtenkontrolle ermöglichte den „permanenten Betrug“¹⁸ der Massen und gab der ideologischen Indoktrination die stärkste Rückendeckung.

Durch die Reformen von Deng Xiaoping wurde die Nachrichtenkontrolle zwar nicht völlig aufgehoben, aber doch erheblich durchlöchert. Nicht zuletzt wegen des Anpassungszwangs an die marktwirtschaftlichen Mechanismen entglitten die Medien zunehmend der Kontrolle der Partei. Es

17 S. Heilmann (Anm. 13), S. 41.

18 H.-J. Lieber (Anm. 10), S. 885.

gehört zur Reformpolitik von Deng Xiaoping, auch die Medien zu zwingen, wie Unternehmer zu agieren.

Zum Verlust der absoluten Nachrichtenkontrolle trugen auch Neugründungen von Zeitschriften, Zeitungen sowie Rundfunk- und Fernsehrichtungen entscheidend bei. Nach Berichten von „Zhengming“, einer führenden Zeitschrift in Hongkong, wurden in der zweiten Hälfte des Jahres 1992 zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften neu gegründet, die mit einer gewissen Selbständigkeit arbeiten¹⁹. Die nationale Rundfunk- und Fernsehtagung im Oktober 1993 machte bekannt, daß sich zwischen 1982 und 1992 die Zahl der Rundfunkstationen von 118 auf 812 und die der Fernsehstationen von 47 auf 586 erhöht habe²⁰. Nach Angaben des statistischen Staatsamtes in Peking wurden im Jahr 1992 in China insgesamt 19,2 Milliarden Ausgaben von nationalen und provinziellen Zeitungen publiziert²¹. Wenn Mao Zedong glaubte, daß er durch tägliches Durchblättern einiger zentraler und provinzieller Zeitungen die Entwicklungstendenz der Presse kontrollieren konnte²², so ist es heute Deng Xiaoping einfach nicht mehr möglich, einen Überblick über die Medien in China zu gewinnen, geschweige denn sie zu kontrollieren. Sein Kontrollapparat ist überfordert und kann mit der Entwicklung nicht mehr Schritt halten. Vieles ist inzwischen außer Kontrolle geraten, Kontrolle kann nur punktuell durchgeführt werden.

Entscheidende Schubkraft erhielt die Erosion der Nachrichtenkontrolle durch die sinkende Parteiloyalität der Journalisten, Reporter und Redakteure. Die Erschütterung der ewigen Treue zur Partei zeichnet sich auf drei Ebenen ab. In Journalistenkreisen formierten sich die ersten Gruppierungen, die sich von der Bevormundung der Partei befreien wollten (*erste Ebene*); sie streben gemeinsam nach größerer journalistischer Freiheit. Die Tatsache, daß auch Journalisten, Reporter und Redakteure aktiv an der Studentenbewegung 1989 beteiligt und zur Demonstration gegen das Regime auf die Straßen gegangen waren, ist ein Beispiel für ihre ablehnende Haltung gegenüber der restriktiven Einschränkung ihrer beruflichen Freiheit – auch unter Deng Xiaoping. Die Amtsenthebung Wu Haos, früher stellvertretender Leiter des Ressorts Innenpolitik der „Volkszeitung“ und Chefredakteur der Zeit-

schrift „Shi dai chao“, aufgrund seiner Forderung nach weniger politischer Einmischung²³ zeigt zum einen, daß die Liberalisierungsbestrebungen bis in die journalistische Spitze reichen. Zum anderen signalisieren sie, daß die Partei die Kontrolle über die Medien nicht verlieren will.

Die *zweite Ebene* des Loyalitätsverlusts bezieht sich auf die Parteiloyalität von Journalisten, die der Partei zwar die Treue halten, aber ihr nicht mehr blind folgen wollen. Sie üben in ihren Artikeln Kritik an der Partei, schreiben über Korruptionsfälle und Bestechungsskandale, in die führende Parteifunktionäre verstrickt waren. Damit leisten sie der Partei Hilfe zur Selbsthilfe; zugleich tragen sie zu einer größeren Transparenz bei.

Die *dritte Ebene* der Loyalitätsverschiebung hat weder mit Parteiverdrossenheit noch mit Parteiloyalität etwas zu tun: Geldgier ist im Spiel. Die Gier nach Geld hat sie dazu geführt, „sich mit Geld oder anderen Geschenken bestechen zu lassen und dafür Gefälligkeitsartikel [zu] schreiben“. Dieser Korruptionsjournalismus trägt den Titel *Youchang Xinwen* („Nachrichten gegen Bezahlung“)²⁴. Auf diese Weise kommt es zu falschen Berichten, erfundenen Meldungen und Gerüchten. Vormalig bedingungslose Parteiloyalität ist hier der Anziehungskraft des Geldes gewichen.

Die totale Nachrichtenkontrolle wurde auch durch die teilweise Aufhebung des Reiseverbotes durchlöchert. Chinesen, die über die notwendigen finanziellen Mittel verfügen und ausländische Verbindungen nachweisen können, dürfen heute ins Ausland reisen. Zur Zeit studieren mehrere Hunderttausend chinesische Studenten im Ausland; chinesische Geschäftsleute reisen durch die ganze Welt, um Geschäftsverbindungen mit ausländischen Unternehmen herzustellen. Millionen Bauarbeiter wurden nach Afrika, Nahost und Rußland sowie in die asiatischen Nachbarländer geschickt, um die mit diesen Ländern geschlossenen Verträge zu erfüllen. Der Tourismus nach Hongkong, in die ASEAN-Länder und in die russischen Grenzstädte boomt.

Für die reisenden Chinesen gibt es zwar immer noch Verhaltensregeln, aber im Gegensatz zu den strengen Vorschriften in der Mao-Zeit besitzen die neuen Regeln weniger ideologischen und verbindlichen Charakter. Sie stellen heute meist eine Mischung aus patriotischen Predigten und Verhaltenstips dar. So heißt es in einem von Pekinger Be-

19 Zitiert nach China aktuell, 22 (1993) 2, S. 110.

20 Vgl. dazu ebd., 22 (1993) 10, S. 989f.

21 Renmin Ribao vom 20. Februar 1993.

22 Vgl. Wu N. (Anm. 16).

23 Vgl. China aktuell, 22 (1993) 8, S. 753.

24 Ebd., S. 752.

hörden ausgearbeiteten Katalog von Verhaltensregeln: „... Bleib dem Vaterland treu, entwickle Deinen Patriotischen Geist, bewahre entschlossen die Souveränität und das Wohlergehen der Nation sowie den Respekt für unsere Rasse. ... Zeige nicht mit Fingern auf Leute, mache keinen Krach, lache nicht laut... Wenn du gähnst, halte die Hand vor den Mund.“²⁵

Störungen chinesischsprachiger Radiosendungen auswärtiger Rundfunkstationen wurden unter Deng Xiaoping weitgehend eingestellt. Schon zu Beginn der achtziger Jahre war es möglich, mit normalen Radiogeräten die Radiosendungen von „BBC“ und „American Voice“ zu empfangen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß viele Einwohner in den an Hongkong angrenzenden Gebieten die Hongkonger Fernsehsendungen den von der Hauptstadt Peking und den Provinzhauptstädten gesendeten Fernsehprogrammen vorziehen. Der Aufbau der Kommunikationssysteme und die langsame Installierung von Telefonanschlüssen in Privatwohnungen machen die Nachrichtenkontrolle immer schwieriger. Erst kürzlich ist in Peking ein neuer Telefonservice namens „200“ in Verbindung mit einer „China-Telefonkarte“ eingeführt worden. Mit dieser Karte kann man 514 000 Telefonanschlüsse in mehr als 2 000 Städten im Inland und 204 auswärtigen Staaten bzw. Gebieten direkt anwählen. Nachrichten, die von den offiziellen Medien nicht berichtet werden, gelangen so auf verschiedenen Wegen ins Reich der Mitte.

Auch die begrenzte Zulassung der Freizügigkeit im Land hat zur Schwächung der Nachrichtenkontrolle geführt. Durch die Liberalisierung der strengen Wohnsitzkontrolle wurde die räumliche Mobilität der Bevölkerung erhöht. Nach offiziellen Schätzungen sollen im Sommer 1995 80 Millionen Chinesen auf der Wanderschaft gewesen sein²⁶. Diese Menschen befinden sich in gewisser Weise außerhalb der politischen Kontrolle, weshalb sie auch als ein Bedrohungspotential für die politische Stabilität Chinas angesehen werden. Wo Arbeitsmarktinformation und persönliche Erfahrungen ausgetauscht werden, werden auch Nachrichten über die politische Situation, wirtschaftliche Entwicklungen und den sozialen Wandel in den einzelnen Heimatprovinzen bzw. -gebieten weitergegeben, was aus der Sicht der Parteiführung durchaus bedrohlich sein kann.

Durch die Durchlöcherung der totalen Nachrichtenkontrolle hat die chinesische Bevölkerung eine

begrenzte Informationsmöglichkeit und -freiheit gewonnen. Sie ist nicht mehr ausschließlich auf die offizielle Presse angewiesen, um sich über die aktuelle Entwicklung im Land und in der Welt zu informieren. Eine ganze Reihe von inoffiziellen Quellen bietet heute insbesondere den gebildeten chinesischen Schichten zusätzliche Informationsmöglichkeiten. Die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten für die politische Führung, Nachrichten zu manipulieren, haben dazu geführt, daß die Regierungspolitik etwas transparenter geworden ist.

V. Die Zukunftsperspektiven: Wird sich China zu einer Demokratie transformieren?

Deng Xiaopings Pragmatismus und Materialismus haben zur Erosion der drei Säulen der maoistischen Herrschaft – totale ideologische Indoktrination, totale politische Gleichschaltung und totale Nachrichtenkontrolle – geführt und Chinas politisches System von einer totalitären in eine autoritäre Diktatur umgewandelt. Der wesentliche Unterschied zwischen der totalitären Herrschaft von Mao und der autoritären Herrschaft von Deng besteht darin, daß der Mensch unter der Herrschaft von Mao Zedong im Denken und Handeln unfrei war, während er unter dem Regime von Deng Xiaoping größere innere Autonomie und begrenzte Freiräume des Handelns besitzt. Der Herrschaft Dengs sind Grenzen gesetzt: Sie reicht nicht mehr bis ins menschliche Denken.

Dennoch bleibt Deng Xiaopings China ein politisches Gebilde *ohne politische Freiheit*. Die gewonnene innere Autonomie reicht nicht aus, um das politische China als demokratisch zu bezeichnen. Giovanni Sartori machte die Grenze der inneren Autonomie deutlich: „Daß mein Wille frei (autonom) bleibt, auch wenn ich physisch gefangengesetzt bin, läßt mich genau da stehen, wo ich bin – im Gefängnis. Meine innere Freiheit, meine Autonomie, löst nicht das Problem der äußeren Freiheit, der politischen Freiheiten.“²⁷

Deng Xiaopings politische Reformen begannen mit der Wiederherstellung der inneren Freiheit der Menschen und sie endeten auch hier. Das Problem der politischen Freiheit, die aus der Sicht von Sartori für ein demokratisches System maßgebend ist,

25 Zitiert nach China aktuell, 22 (1993) 10, S. 995.

26 Vgl. Renmin Ribao vom 12. August 1995.

27 G. Sartori (Anm. 1), S. 314.

wurde nicht gelöst. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die Chinesen sich jetzt in einer Reihe von gesellschaftlichen Bereichen frei verhalten können. Politische Handlungsfreiheit wird in China nach wie vor nur der Partei zuerkannt. Sie besitzt das Monopol, das politische Geschehen im Land zu bestimmen. Die Führungsrolle der Partei ist per Verfassung unantastbar.

Das wesentlich aktuellere Problem des autoritären Systems von Deng Xiaopings China liegt in der Willkür der Regierung bei der Ausübung der Staatsgewalt. In bezug auf die Menschenrechte gibt es eine starke Diskrepanz zwischen der Verfassung und der Verfassungswirklichkeit. Die in der Verfassung niedergeschriebenen Grundrechte auf politische Freiheiten wie Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Vereinigungsfreiheit werden in der Praxis der Politik nicht garantiert. Willkürliches Eingreifen der Staatsgewalt in diese Freiheiten gehört zum politischen Leben des Landes. Politisch anders Denkende und Handelnde müssen deshalb das Risiko einer unbegründeten Freiheitsstrafe tragen. Die willkürliche Freilassung und Wiederinhaftierung des bekanntesten politischen Dissidenten in China, Wei Jingsheng, in den letzten Monaten verdeutlicht den Grad der Rechtsunsicherheit und der Demokratiedefizite des autoritären Systems im gegenwärtigen China.

Eine Lösung des Problems der politischen Freiheit und damit die Entstehung eines demokratischen

Systems in China ist – wie gerade neulich im Fall der Verhaftung des Menschenrechtsaktivisten H. Wu (Wu Hongda) deutlich geworden ist – nicht in Sicht. Auch das Auftreten eines zunehmend selbstbewußter gewordenen Nationalen Volkskongresses bedeutet keinen Beginn einer parlamentarischen Demokratie in China. Die Abstimmungsrebellion eines Teiles der „Volksdelegierten“ gegen die Personal- und Gesetzgebungsvorhaben der Parteiführung auf der Jahrestagung im März 1995 kann allenfalls als Ausdruck des Ressentiments regionaler Eliten gegen den autoritären Regierungsstil der zentralen Führung gedeutet werden²⁸. Trotz der Interessenkonflikte und der Meinungsverschiedenheiten dominiert bei den politischen Eliten in den Regionen, Provinzen und auf zentraler Ebene der antidemokratische Konsens. Doch auch ein großer Teil der nichtkommunistischen und nichtpolitischen Elite scheut sich vor der Einführung liberaler Demokratie. Der Glaube an die Notwendigkeit einer starken Zentralregierung zur Organisation der Modernisierung und die Furcht vor der Schwächung der Regierung durch eine unkontrollierbare politische Konkurrenz lassen sie vor einem aktiven Engagement für die Demokratisierung zurückschrecken.

28 Ausführlich zu den Abstimmungsergebnissen vgl. Sebastian Heilmann, Die Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses: Abstimmungsrevolten und regionale Sonderinteressen, in: China aktuell, 24 (1995) 3, S. 201–205.

Politische Opposition innerhalb und außerhalb Chinas

Programme, Ziele und Rolle

Es läßt sich schwer vorhersagen, was in der VR China nach dem Ableben des 91jährigen starken Mannes Deng Xiaoping passieren wird. Ob es um eine demokratische Transition oder eine langfristige Transformation geht, hängt primär von den Einstellungen, Präferenzen, Strategien und politischen Ressourcen sowie den daraus resultierenden Entscheidungen und Handlungen der Akteure ab – sowohl der Macht- als auch der Gegenelite¹. Insbesondere die Einstellungen der politischen Gegenelite, wie Hennie Kotzé und Pierre Du Toit feststellen, „can provide an indication of the potential success of the transition process“². Aus diesem Grunde wird im folgenden versucht, einen Überblick über die politische Opposition Chinas zu geben, die bisher wenig untersucht worden ist. Dabei wird gefragt, wer zur politischen Opposition gehört, welche Zielrichtung sie verfolgt und was für eine Rolle sie spielt³.

I. Zur Definition der politischen Opposition in China

Unter *Opposition* ist jede unorganisierte oder organisierte politische Kraft zu verstehen, die sich den jeweiligen Machthabern widersetzt⁴. In der VR China gibt es nur illegal arbeitende Gegenkräfte; jede Form einer Opposition wird von dem kommunistischen Regime als grundsätzlich systeminkompatibel abgelehnt und diskriminiert. Die Opposition ist – wie in jedem sozialistischen Land – in systemkonträre Gruppierungen oder Widerstandsgruppen, die das gegebene System syste-

matisch bekämpfen, und in systemimmanente (loyale) Kräfte, die das Regime reformieren wollen, gespalten⁵. Während die regimeexternen „Oppositionellen“ politisch Andersgesinnte sind und als „konterrevolutionär“ bekämpft werden, gelten die regimeinternen Oppositionellen als „Abweichler“ innerhalb der allein herrschenden Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) und werden wegen ihrer Abweichung von der Richtlinie der jeweiligen Parteiführung gegebenenfalls aus der Partei ausgeschlossen.

Gegenwärtig besteht die politische Opposition Chinas also aus drei Gruppen: oppositionellen Gruppierungen im Exil, Dissidenten- und Oppositionsgruppen und der regimeinternen Opposition in China. Da die regimeexternen Oppositionellen, sowohl in China als auch in Übersee, die Demokratie in China einführen wollen, werden sie auch als „Gruppierungen der Demokratiebewegung“ (*minyun zzi*) bezeichnet.

II. Chinesische Exilgruppierungen

Die Exilopposition ist die einzige organisierte Gruppe chinesischer Opposition. Als eine Fortsetzung der unterdrückten Demokratiebewegung in China ist sie auf die Gründung der ersten Exilorganisation „Chinesische Allianz für Demokratie“ (*Zhongguo Minlian*) Anfang der achtziger Jahre in den USA zurückzuführen. Sie erhielt nach der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung im Juni 1989 einen starken personalen Zulauf und große finanzielle Unterstützung. Nach einem kurzzeitigen Höhepunkt ist sie mit der Wirtschaftsliberalisierung Chinas seit Ende 1992 in eine Phase des Rückgangs geraten.

Zur Exilopposition gehören vor allem folgende Gruppierungen: die Chinesische Allianz für Demokratie (CAD: *Zhongguo Minzhu Tuanjie Lianmeng*, gegründet am 27. Dezember 1983 in New

1 Zur Rolle der politischen Elite im Transitionsprozeß vgl. John Higley/Michael G. Burton, *The Elite Variable in Democratic Transitions and Breakdowns*, in: *American Sociological Review*, 54 (1989) 1, S. 17–29.

2 Hennie Kotzé/Pierre Du Toit, *The State, Civil Society and Democratic Transition in South Africa*, in: *Journal of conflict resolution*, 79 (1995) 1, S. 35.

3 Der Beitrag basiert auf einem Vortrag des Verfassers am 7. Juni 1995 im Ost-West-Kolleg Köln. Ich danke Herrn Christoph Müller-Hofstede.

4 Vgl. Hiltrud Naßmacher, *Politikwissenschaft*, München-Wien 1994, S. 11.

5 Vgl. Klaus Ziemer (Hrsg.), *Sozialistisches System. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft*, Pipers Wörterbuch zur Politik, Bd. IV, München-Zürich 1989, S. 305.

York), die Föderation für ein Demokratisches China (FDC: *Minzhu Zhongguo Zhenxian*, gegründet am 23. September 1989 in Paris), die Allianz für ein Demokratisches China (ADC: *Zhongguo Minzhu Lianhe Zhenxian*, gegründet im Januar 1993 in Washington von Teilen der CAD- und FDC-Mitglieder) sowie die Freie Demokratische Partei Chinas (FDPC: *Zhongguo Ziyou Minzhu Dang*, gegründet im Juni 1991 in New York). Die genannten Gruppierungen haben in den meisten westlichen Ländern, einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, Unterorganisationen. Außerdem gibt es noch einen locker organisierten „Koordinierungsrat der Demokratiegruppierungen“ (*Minyun Zuzhi Xietiaohui*, gegründet im Januar 1993 in Los Angeles) und ein paar kleinere Gruppen wie die Menschenrechtsgruppe „Human Rights in China“ (*Zhongguo Renguan*) und die auf christlicher Lehre basierende „Christliche Demokratische Allianz Chinas“ (*Zhongguo Jidu Minzhu Tongmeng*, gegründet im Juli 1992 in den USA).

Die Exilgruppierungen rekrutieren sich vor allem aus politischen Flüchtlingen, Studenten und Wissenschaftlern aus der VR China und haben weltweit schätzungsweise etwa 3 000 Mitglieder. Ihre Schlüsselfiguren zählen etwa 100 und umfassen fast alle im Exil lebenden prominenten Dissidenten und Aktivisten früherer Protestbewegungen. Mit Ausnahme von wenigen Vertretern der Unternehmer und der Arbeiterschicht gehören sie meistens zur Schicht der Intelligenz.

Die Exilgruppierungen verstehen sich als demokratische Opposition gegen die Kommunistische Partei Chinas. Unter ihnen herrscht ein programmatischer Grundkonsens über die Zielrichtung der Demokratisierung Chinas. Ihre Programme enthalten fast gleiche Grundsätze wie Abschaffung der Alleinherrschaft der KPCh, Einführung eines demokratischen Systems, Schutz des Privateigentums, Schutz der Menschenrechte und Bewahrung der gesellschaftlichen Gerechtigkeit. Diese wollen sie meist mit friedlichen Mitteln gewaltfrei erreichen. Trotz gemeinsamer Zielrichtung stellen die Exilgruppierungen alles andere als eine geschlossene Einheit dar. Die Auseinandersetzungen konzentrieren sich vor allem auf die Frage, auf welchem Weg die Ziele erreicht werden sollen⁶.

Die radikalen Oppositionellen, die sich zum Teil in der sich als Oppositionspartei verstehenden FDPC sammeln, betrachten die Machtfrage als Kern-

punkt der chinesischen Demokratisierung und befürworten einen sofortigen Systemwechsel – eventuell mit Gewalt. Nach ihrer Auffassung kann der programmatische Grundsatz der „Gewaltfreiheit“ anderer Gruppen nur das chinesische Volk beim Kampf um seine Freiheit hindern. Das kommunistische Regime in China soll, so der FDPC-Vorsitzende Wang Bingzhang, in drei Schritten – von der „Studentenbewegung über die Arbeiterbewegung zur Soldatenbewegung“ – gestürzt werden⁷. Der Leiter des Koordinierungsrats, Wang Ruowang, geht davon aus, daß die Demokraten mit Unterstützung von regionalen Kräften, Arbeitern und der sich herausbildenden Unternehmer- und Mittelschicht regierungsfähig werden⁸. Der radikale Oppositionsteil hatte nach der Niederschlagung der Protestbewegung in China und dem revolutionären Wandel in der ehemaligen UdSSR und in den osteuropäischen Ländern nur kurzzeitig viel Gehör gefunden.

Einen Gegenpol hierzu bilden die Anhänger des weichen Autoritarismus (gekennzeichnet durch einen begrenzten Pluralismus, eine relative Autonomie der Gesellschaft, Aufgeschlossenheit gegenüber einem begrenzten Wandel; gemeint ist also ein pluralistisch-autoritäres Regime mit Demokratisierungstendenzen) oder des Taiwan-Modells. Sie halten einen sofortigen Systemwechsel in China für gefährlich, weil ihrer Auffassung nach die hierfür notwendigen Voraussetzungen für eine funktionsfähige Demokratie, wie hohe Wirtschaftsentwicklung und ein hohes Bildungsniveau der Bevölkerung, nicht vorhanden sind. Sie betrachten die chinesische Demokratisierung als einen langfristigen Prozeß, in dessen Anfangsphase eine „aufgeklärte Diktatur“ unter dem liberalen Flügel der Herrschaftselite, entsprechend der Entwicklung in Taiwan unter der *Guomindang* (Nationalistische Partei) seit Mitte der achtziger Jahre, notwendig sei. Angesichts der erfolgreichen Demokratisierung in Taiwan seit Anfang der neunziger Jahre hat dieses Konzept viele Anhänger ge-

7 Wang Bingzhang, Xueyun, gongyun, bigyun, zhongguo minyun xiayibu de gongzuo zhongdian (Studentenbewegung, Arbeiterbewegung und Soldatenbewegung, nächster Arbeitsschwerpunkt chinesischer Demokratiebewegung), in: Xingonghe Congshu (Neue Republik, FDPC Schriftenreihe), S. 25–28; ders., Zuohao tuifan zhonggong zhengquan de sixiang yu zuzhi zunbei (Ideologische und organisatorische Vorbereitungen dafür machen, das kommunistische Regime in China zu stürzen), in Shijie Ribao (Welttageszeitung) vom 1. Juni 1991.

8 Wang Ruowang, Guanyu „Minzhu jijin zhuyi“ de taolun, ping vanzhen de fangtanlu (Über die Auseinandersetzung mit dem „demokratischen Radikalismus“, Kritik am Interview mit Yan Zhen), in: Beijing Zhichun (Beijing Spring; Monatszeitschrift; New York), Juni 1994, S. 45 ff.

6 Über die Programme der Exilgruppierungen und ihre Auseinandersetzungen in der Transitionsfrage vgl. Ding Ding, Das Menschenrechtsverständnis der chinesischen Exilopposition, in: Asien, (1995) 56, S. 18–28.

wonnen. Dazu gehören manche aus der KPCh ausgeschlossene Oppositionelle, wie Chen Yizi und Wu Guoguang – beide Berater des gestürzten Parteichefs Zhao Ziyang –, und einige Prominente aus dem Bereich der Kultur, wie Liu Zaifu oder Ruan Zhiming, die vor der Demokratiebewegung 1989 eine totale Verwestlichung befürwortet hatten.

Die zwischen diesen beiden Polen stehende Mehrheit ist gekennzeichnet durch ihre Forderung nach friedlicher und gradueller Demokratisierung. Als Anhänger des westlichen Liberalismus wollen manche führende Exildissidenten wie Ruan Ming, Yan Jiaqi, Hu Ping oder Wang Juntao ihr Heimatland durch eine konstitutionelle Bewegung in einen demokratischen Verfassungsstaat verwandeln. Sie betrachten die politische Oppositionsbewegung als Katalysator der Demokratisierung und suchen durch Ausübung gesellschaftlichen Drucks die Reformeliten der KPCh zur politischen Liberalisierung zu drängen, z.B. durch die Verstärkung der Kompetenz bestehender Institutionen wie des Volkskongresses und der Massenorganisationen sowie durch die Lockerung der Medienkontrolle und die Entwicklung des Regionalismus, um den Erosionsprozeß des Regimes unter geringeren gesellschaftlichen Erschütterungen zu beschleunigen.

Der Exilopposition fehlt es noch an konkreten Vorstellungen über die Gestaltung des zukünftigen Regierungssystems in China. Abgesehen von einzelnen Theoretikern, die sich mit dem Entwurf eines föderalistischen Chinas beschäftigen, ist man sich über das Wie des demokratischen Weges im unklaren. So wird bislang beispielsweise kaum darüber diskutiert, ob ein parlamentarisches oder ein präsidentiales Regierungssystem eingeführt werden soll.

III. Regimeexterne Opposition in China

Während sich eine organisierte Opposition in Übersee etabliert hat, befindet sich eine politische Gegengesellschaft in China erst in ihrer Anfangsphase. Die Opposition, die schon zum Zeitpunkt ihrer Formierung im Jahr 1989 sehr schwach war, hat in der Folgezeit viel von ihrer Kraft eingebüßt – nicht nur aufgrund politischer Säuberungen und Verfolgungen, sondern auch durch den Verlust vieler ihrer Aktivisten, etwa durch Auswanderung nach Übersee oder ein Abtauchen ins „Meer der Marktwirtschaft“ (*Xiahai*). Dadurch wird die

Widerstandsbewegung unterminiert, was die These von Albert O. Hirschmann über den Zusammenhang von Abwanderung und Widerspruch erneut bestätigt⁹. Erst seit 1993 sind die verbliebenen Oppositionellen wieder aktiv und haben insbesondere in den letzten Monaten in einigen großen Städten wie Peking, Shanghai oder Xian eine Welle von Petitionen initiiert. Der Kreis derer, die ihre regimekritische Haltung offen äußern, ist zahlenmäßig noch sehr klein¹⁰. Unter ihnen findet man eine Reihe bekannter Persönlichkeiten, wie Wei Jingsheng und Chen Ziming, Aktivisten der ersten Demokratiebestrebung Ende der siebziger Jahre, Xu Liangying, einen alten Dissidenten, und Wang Dan, einen der Studentenfürher der Protestbewegung 1989. Die meisten von ihnen haben als „Konterrevolutionäre“ langjährige Gefängnisstrafen oder Arbeitslagerumerziehung hinter sich, manche sogar mehrmals. Gegenwärtig befinden sie sich – teilweise nur auf Bewährung – auf freiem Fuß. Sie wollen nicht ins Exil gehen, nicht nur um ihre politische Moral, sondern auch um ihren Einfluß zu behalten. Zwar werden sie überwacht und schikaniert, dennoch werden sie in gewisser Weise respektiert und als Repräsentanten der potentiellen Opposition indirekt anerkannt. Nicht zuletzt weil die Augen der Weltöffentlichkeit auf sie gerichtet sind, dürfen sie mit etwas mehr Toleranz rechnen.

Da die Opposition unter Repression keine organisierte Form mit Grundsatzprogramm besitzen darf, sind die Grenzen zwischen Opposition und Dissidenz nicht eindeutig zu bestimmen. Es bestehen informelle zellenartige Gruppen mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Eine Gruppe um Wang Dan betrachtet Menschenrechtsschutz und Gerechtigkeitsbewahrung als Grundlage der Demokratie und setzt sich für menschenrechtliche Aufklärung als ihre grundlegende Aufgabe ein. Ihr Prinzip lautet: Handeln im Rahmen des Gesetzes, Ablehnung der Gewaltanwendung und Sicherung gesellschaftlicher Stabilität¹¹. Der 75jährige Wissenschaftshistoriker Xu Liangying hat die Rolle

9 Vgl. Albert O. Hirschmann, *Abwanderung und Widerspruch* (Originaltitel: *Exit, Voice and Loyalty: Responses to Decline in Firms, Organisations, and States*, Cambridge 1970), Tübingen 1974; ders., *Abwanderung, Widerspruch und das Schicksal der Deutschen Demokratischen Republik*, in: *Leviathan*, (1992) 3, S. 330–358.

10 Die Unterzeichner der Petitionen zählen knapp 100. Insgesamt 124 Aktivisten wurden im Juni 1995 wegen ihrer Protestaktivitäten verhaftet. Vgl. Dongxiang (*Der Trend, Monatszeitschrift*; Hongkong), Juni 1995, S. 11–12; siehe auch China aktuell, Mai 1995, S. 369–371.

11 Vgl. Wang Dan Hu Ping duihua lu (Telefongespräch zwischen Wang Dan und Hu Ping), in: *Beijing Zhichun*, April 1995, S. 13.

des einst als „chinesischen Sacharow“ bezeichneten Astrophysikers Fang Lizhi übernommen, der zur Zeit im Exil in den USA lebt, und gilt als eine integrierende Figur der kritischen Intelligenz. Es ist bemerkenswert, daß manche Regimekritiker sich nicht mehr als Dissidenten oder Menschenrechtler verstehen, sondern als politische Oppositionelle. Nach Chen Ziming unterscheiden sich politische Oppositionelle von Dissidenten dadurch, daß sie sich nicht auf die Frage individueller Freiheit und elementarer Menschenrechte beschränken, sondern sich mehr um den Wandel des politischen Systems kümmern¹². Sie sollten nicht nur die Rolle eines Kritikers spielen, sondern konstruktive Initiativen ergreifen¹³. Chen Ziming bereitet die Gründung einer „konstruktiven Opposition“ (*jianshexing de fanduipai*) vor und kündigt an: „Die Opposition wird ab 1995 damit anfangen, eigene Außenpolitik, Verteidigungspolitik, Wirtschaftspolitik, Bodenerschließungs- und Umweltpolitik, Erziehungs- und Ausbildungspolitik, Politik für Wissenschaft und Technik, Nationalitätenpolitik, Religionspolitik, Hongkong- und Taiwanpolitik usw. zu entwerfen.“¹⁴ Die sogenannte „konstruktive Opposition“ ist gekennzeichnet durch ihre Forderung nach dem Einsatz von „friedlichen und gewaltfreien“ Mitteln und ihre Bemühungen um eine schrittweise Reform des bestehenden Systems durch „Bildung von Grundkonsens“ zwischen Regierenden und Regierten¹⁵.

Unter dem Eindruck der negativen Folgen des abrupten Wandels in den postsozialistischen Ländern, insbesondere angesichts des Zerfalls der UdSSR und des Bürgerkriegs im früheren Jugoslawien, wächst unter den führenden Oppositionellen die Sorge, eine ähnliche Entwicklung könnte auch in China eintreten. Anders als die Radikaloppositionellen fürchten sie, daß eine chaotische Situation in der Post-Deng-Zeit auch die Chance der chinesischen Demokratisierung zerstören könnte. Außerdem sehen sie in der Wirtschaftsliberalisierung Chinas eine Tendenz zur „friedlichen Evolution“, analog der Entwicklung in Taiwan und Südkorea in den achtziger Jahren. Deshalb lehnen sie das Modell des sofortigen Systemwechsels ab und

12 Simaichi, Chen Ziming danfu shiming, fanduipai zhengjun zaigi (Chen Ziming hat die Macht übernommen und Opposition ist wieder bereit), in: Jiushi Niandai (Die neunziger Jahre; Monatszeitschrift; Hongkong), April 1995, S. 30.

13 Guo Nairen, Zhongguo de minzhu, cong shuo dao zuo (Demokratisierung Chinas, vom Reden zum Handeln), in: Minzhu Zhongguo (Demokratisches China; Zweimonatszeitschrift; Princeton), November 1994, S. 22–23.

14 Yang Kuanxing, Dalu minyunjie fenxi (Analyse des Kreises der Demokratiebewegung auf dem Festland Chinas), in: Minzhu Zhongguo, Mai 1995, S. 38.

15 Vgl. G. Nairen (Anm. 13), S. 22.

wollen das politische System friedlich und schrittweise demokratisieren. Wenn China ein modernes und demokratisches Land werden wolle, so erklären sie, müßten politische Reformen gleichzeitig „von oben“ und „von unten“ betrieben werden¹⁶. Strategisch wollen sie nach dem Ableben Deng Xiaopings mit der Rehabilitation der niedergeschlagenen Protestbewegung von 1989 die KPCh zur politischen Liberalisierung zwingen. Dabei suchen sie die Zusammenarbeit mit der innerparteilichen Opposition und die Neutralität des Militärs und der lokalen Behörden zu gewinnen¹⁷. Gemäßigte Oppositionelle wie Zhou Duo oder Wang Ruoshui, die eher sozialdemokratisch orientiert sind, glauben an die Reformfähigkeit der KPCh und betrachten es als die Aufgabe der Opposition, einerseits die Wandlung der Kommunistischen Partei Chinas zu einer Partei des demokratischen Sozialismus oder der Sozialdemokratie zu bewirken und andererseits die Zivilgesellschaft zu entwickeln. Jedenfalls soll bei der Mobilisierung breiterer Bevölkerungsteile ein Chaos vermieden werden¹⁸.

Von der „Charta des Friedens“ (*heping xianzhang*) vom 14. November 1993 über die Petitionen an den Nationalen Volkskongreß (NVK) im Februar 1995 bis zum Aufruf zu politischer Toleranz im Mai 1995 signalisieren die Oppositionellen zum großen Teil mit ihren Forderungen nach politischen Reformen gleichzeitig ihre Kompromißbereitschaft¹⁹. Sie anerkennen die Kommunistische Partei als Regierungspartei und bieten einen „konstruktiven Dialog“ mit der Regierung an. Sie richten ihre Petitionen an den Nationalen Volkskongreß und streben danach, dessen in der Verfassung festgelegte Rolle als „höchstes Organ der Staatsmacht“ auszufüllen. Sie sind auch bereit, für die kommende Wahl des Volkskongresses auf kommunaler Ebene (Landkreise, Stadtkreise, Gemeinden) im Jahr 1997 zu kandidieren²⁰. So wollen sie nicht wie früher alles auf einmal erreichen, sondern im Rahmen des bestehenden Verfassungssystems durch konstitutionelle Reformen die chinesische Demokratisierung schrittweise herbeiführen, was der mehrheitlichen Forderung der Exilopposition entspricht.

16 Vgl. China aktuell, Februar 1995, S. 103.

17 Vgl. Yang Hanzhi, Minyun de xianshi huanjing yu zhanlu (Die reale Umwelt der Demokratiebewegung und Strategie), in: Beijing Zhichun, Februar 1995, S. 18–23.

18 Vgl. Zhou Duo, Da fu chuyu xianshen (Antwort auf Herrn Fu Chunyu), in: Beijing Zhichun, April 1995, S. 38f.

19 Der Wortlaut der offenen Briefe ist zu finden in: Beijing Zhichun, April 1995, S. 6–11; Deutsche Übersetzung des Aufrufs zu politischer Toleranz in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. Mai 1995.

20 Simaichi (Anm. 12), S. 31.

Leider werden diese reformistischen Bestrebungen von dem Regime nur als Trick interpretiert und unterdrückt.

Die risikofreudigen Oppositionellen gehören meistens zur städtischen Bildungsschicht. Ihr Versuch, sich der Interessen der Angehörigen anderer sozialer Schichten – etwa der der Arbeiter und Bauern – anzunehmen und eine Allianz mit ihnen zu bilden, wird bisher ausnahmslos im Keim erstickt. Unabhängig von den Bemühungen der intellektuellen Opposition formieren sich in den unteren sozialen Schichten bereits netzwerkartige Untergrundgruppen. Solche Gruppen richten sich zwar gegen das politische System insgesamt und haben den Begriff westlicher Demokratie als ihre Zielrichtung übernommen, legen ihre programmatische Betonung aber nicht auf freiheitliche Demokratie, sondern auf Gleichheit und Gerechtigkeit. Eine im vergangenen Jahr in Peking gegründete geheime Arbeitergruppe namens „Autonome Union Chinesischer Arbeiter“ (*Zhongguo Gongren Zizhi Lianmeng*) fordert zum Beispiel Gleichheit, vor allem „Sozialrechte der Arbeiterklasse“. Sie betrachtet die privilegierten Gruppen, wie die sogenannte „Kronprinzpartei“ (*Taizidang*, Kinder und andere Verwandte hoher Kader, die in der Politik oder Wirtschaft von ihren Beziehungen profitieren), als Ursache gesellschaftlicher Ungerechtigkeit und hält eine Beseitigung solcher Gruppen für ihre Aufgabe²¹.

Manche revolutionäre Gruppierungen wollen in der Tat eine ideale Gesellschaft in China verwirklichen. Die im letzten Herbst von den Sicherheitsbehörden zerschlagene Untergrundorganisation „Demokratische Allianz – Front für die Gründung eines neuen China“ (*Jiusanju Zhenxian*) verfügte über ein beträchtliches Arsenal von Waffen und wollte das kommunistische Regime gegebenenfalls mit Gewalt stürzen. Ihr Hauptziel war „ein freies, demokratisches, geeintes, neues China ohne Privilegien, Ausbeutung und Unterdrückung“²².

Es liegt auf der Hand, daß zwischen den Oppositionellen der Intelligenz und denen anderer sozialer Schichten programmatische Unstimmigkeiten sowohl hinsichtlich der Zielrichtung als auch der Mittelanzuwendung bestehen. Für die demokratische Opposition bleibt es eine Frage, ob es ihr in Zukunft gelingen kann, die isolierten Protestneigung

gen unter ihre „Fittiche zu bekommen“ und eine konstitutionelle Demokratiebewegung ins Leben zu rufen.

IV. Regimeinterne Opposition Chinas

Wie jede politische Partei ist auch die KPCh ein Sammelbecken von Idealisten, Orthodoxen und Opportunisten. Sie hatte vor ihrer Machtergreifung im Jahr 1949 zahlreiche städtische Jugendliche als Mitglieder gewonnen, weil sie Demokratie, Freiheit und Menschenrechte (wenn auch nur aus Machtinteresse) auf ihre Fahne schrieb. Als allein herrschende Partei konnte sie fast alle gesellschaftlichen Eliten absorbieren. Wer in China Karriere machen wollte, mußte Mitglied der KPCh werden. Durch die Reform und Öffnung seit Ende der siebziger Jahre, insbesondere nach der Niederschlagung der Demokratiebewegung in Peking, sowie durch den Systemwechsel in den osteuropäischen Ländern wurden tiefgreifende Veränderungen in der Parteimitgliedschaft ausgelöst. Während sich gegenwärtig ein Großteil der Parteimitglieder, besonders der jüngeren, nur aus Karrieregründen in der KPCh befindet, gibt es auch solche, die das Regime von innen her reformieren wollen. Daß es in der KPCh verschiedene politische Strömungen gibt, wird von ihrer Führung indirekt anerkannt. In einem internen Bericht über die Identitätskrise der Partei wird festgestellt, daß unter den Parteimitgliedern bis in hohe Kaderränge hinein die ideologischen Grundlagen des sozialistischen Systems zum Teil radikal in Frage gestellt würden²³. Noch Mitte der achtziger Jahre räumte der damalige Parteigeneralsekretär Hu Yaobang ein, daß es in der Partei neben „marxistischen Orthodoxen und Militaristen“ noch eine Gruppe von „liberalen Demokraten“ (*ziyou minzhu pai*) gebe²⁴. Er selbst wurde von vielen Dissidenten als Hauptvertreter dieser liberalen Gruppe betrachtet. Obwohl die sogenannten „liberalen Demokraten“, die das politische System eigentlich nicht grundlegend in Frage stellen wollen, nur reformgesinnte Kommunisten oder bestenfalls Sozialdemokraten sind, werden

23 Vgl. Zhengming (Wettstreit; Monatszeitschrift; Hongkong), April 1995, S. 15–16; China aktuell, März 1995, S. 181.

24 Ya Yi, Xianzheng Gaige shi zhongguo dalu heping zhunagbian de weiyi chulu, fan „zhongguo renquan“ lishi ruan ming xianshen (Konstitutionelle Reform ist der einzige Ausweg für einen friedlichen Wandel des Festland-Chinas). Interview mit Herrn Ruan Ming, Vorstandsmitglied von „Menschenrechte in China“, in: Minzhu Zhongguo, April 1995, S. 65.

21 Vgl. Zhongguo Gongren Zizhi Lianmeng, Heping Xuanyan 1994 (Friedenserklärung 1994), in: Beijing Zhichun, November 1994, S. 94.

22 Dongxiang, April 1995, S. 15/16; China aktuell, April 1995, S. 272.

sie als „Vertreter feindlicher Kräfte innerhalb der Partei“ bekämpft. Sofern sie die zahlreichen politischen Säuberungen überlebt haben, bilden sie entweder eine potentielle Opposition innerhalb des Regimes oder sind der regimeexternen Opposition angeschlossen.

Wegen Fraktionsverbots hat die parteiinterne Opposition keine klaren Konturen und ist normalerweise überhaupt nicht wahrzunehmen. Bei folgenden Gruppen ist eine Abweichung von der Parteilinie auszumachen:

Erstens: Es gibt eine Gruppe von radikalen Reformern mit dem gestürzten Parteichef Zhao Ziyang an der Spitze, die wegen ihrer Sympathie mit der Studentenbewegung im Jahr 1989 entmachtet worden ist. Politiker dieser Gruppe werden inzwischen teilweise außerhalb des Machtzentrums degradiert wieder eingesetzt. Sie können sich mit ihrer Niederlage nicht abfinden und streben ihre Rehabilitation an, was eine Neubewertung der niedergeschlagenen Demokratiebewegung von 1989 voraussetzt. Sie haben innerhalb der Partei nach wie vor eine breite Basis und finden wegen ihrer liberalen Haltung sogar bei Regimekritikern Sympathie. Überholt von der Entwicklung in den letzten Jahren ist nur ihr Konzept zur Wirtschaftsliberalisierung, aber nicht ihre Bereitschaft zur politischen Reform. Vor kurzem machte Zhao Ziyang, der seit 1989 praktisch unter Hausarrest steht, zehn konkrete Vorschläge zur politischen Strukturreform. Dazu gehören u. a. Verstärkung der demokratischen Kontrollmechanismen und Zulassung von bestimmten unabhängigen Zeitungen²⁵.

Zweitens: Angesichts der ausufernden Korruption unter Funktionären wird die Bedeutung des Rechtsstaats und der Öffentlichkeit von Teilen der Machtelite erkannt. Wan Li, der ehemalige Präsident des Nationalen Volkskongresses und einer der einflußreichsten Parteiveteranen, wertet die gesellschaftliche Kritik positiv und befürwortet eine begrenzte Medienfreiheit²⁶. Insbesondere im Nationalen Volkskongreß und in der Politischen Konsultativkonferenz (PK), den beiden vom Volksmund als „Gummistempel“ (*xiangpi tuzhang*) bezeichneten Institutionen, ist das Bestreben zur Stärkung ihrer Kontrollfunktion zu beobachten. Träger dieser Initiative sind einige führende Mitglieder des NVK, wie dessen Präsident Qiao Shi, sein Stellvertreter Tian Jiyun und

der Präsident der PK Li Ruihuan²⁷. Die Institutionalisierung von „Kontrollmechanismen“ oder die Lockerung der Medienkontrolle müßten zwangsläufig die Machtfülle der KPCh einschränken.

Drittens: Mit dem Generationswechsel ist eine Reihe von Partei- und Verwaltungsfunktionären mit Hochschulausbildung mittleren Alters, die erst Anfang der achtziger Jahre – dank der Kaderverjüngungspolitik des damaligen Parteichefs Hu Yaobang – in die Partei aufgenommen worden waren, inzwischen auf Abteilungsleiterebene oder sogar auf Ministerebene aufgestiegen. Sie werden als die „die Jahrhundertwende überschreitende Generation“ (*kua shiji de yidai*) mittelfristig die Technokraten-Generation ablösen, die in den fünfziger Jahren in der ehemaligen UdSSR oder den osteuropäischen Ländern ausgebildet wurde und zur Zeit Spitzenpositionen in Partei und Staat innehat. Politiker dieser Generation, die auch als „Generation der Roten Gardisten“ bezeichnet wird, haben in ihrer Jugend oder Kindheit durch die turbulente Kulturrevolution von 1966 bis 1976 und die anschließende Verbannung aufs Land zur Arbeitsumerziehung Erfahrungen mit der Unterdrückung gesammelt. Durch ihr Studium Ende der siebziger Jahre oder ihren Studienaufenthalt in den westlichen Ländern wurden sie von westlichen Ideen beeinflußt. Ihre politische Überzeugung ist eine Mischung von Konfuzianismus, Nationalismus, Sozialismus und Demokratie. Sie sind zum großen Teil liberaler und aufgeschlossener als ihre Vorgänger.

Es bleibt unklar, welches Konzept die „Abweichler“ innerhalb des Regimes haben. Sie orientieren sich nicht wie die Gegenelite an westlichen liberalen Vorstellungen. Von der regimeexternen Opposition unterscheiden sie sich außerdem dadurch, daß sie an die Erneuerungsfähigkeit des Regimes glauben. Allein aufgrund ihrer eigenen Interessen lehnen sie einen revolutionären Regimewechsel ab und akzeptieren das Konzept der „friedlichen Evolution“, nämlich durch begrenzte Reformen bestehender Institutionen schrittweise gesellschaftliche Mitwirkungsmöglichkeiten zu erschließen. Egal, ob sie das Regime reformieren oder nur seine Legitimitätskrise bewältigen wollen, würde ein solcher evolutionärer Weg langfristig schließlich zur Demokratisierung führen. Als ihre Hauptkontrahenten gelten die konservativen Kräfte, die nur für begrenzte wirtschaftliche Liberalisierung und ge-

25 Vgl. Lizijing, Zhao Ziyang de zuixin xunxi (Die neuesten Nachrichten über Zhao Ziyang), in: Zhengming, Juni 1995, S. 29–31.

26 Vgl. Zhengming, Februar 1995, S. 18.

27 Vgl. Sebastian Heilmann, Die Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses, Abstimmungsrevolten und regionale Sonderinteressen, in: China aktuell, März 1995, S. 204–205.

gen jegliche politische Reform sind²⁸. In einer Konfliktsituation kann sich das bestehende regimekritische Potential zumindest zu einer „Semi-*Opposition*“ formieren und sich den Gegeneliten als Bündnispartner gegen die *Hardliner* in der Machtelite anbieten.

V. Rolle der oppositionellen Kräfte

Die *Exilopposition* ist aufgrund von finanzieller Not und personaler Abwanderung sowie infolge von Fraktionskämpfen zersplittert. Ihren Schlüsselfiguren ist es verboten, nach China zurückzukehren²⁹. Man setzt auf den Faktor Zeit. Den Exiloppositionellen droht mit der Zeit nicht nur eine personelle Auszehrung, sondern auch die Entwurzelung aus der Gesellschaft des Heimatlands. Je länger sie im Ausland leben, desto geringer wird ihr Einfluß auf die politische Entwicklung in China. Sie können jedoch einen gewissen Druck auf das autoritäre Heimatregime erzeugen, indem sie internationale Sympathie für die chinesische Demokratisierung wecken und die in der VR China verbliebenen Regimegegner zum Widerstand ermutigen. So lange das Regime keine politische Opposition duldet, spielt die Exilopposition in dieser Hinsicht eine unersetzliche Rolle.

Die Zahl der *in China verbliebenen risikobereiten Oppositionellen* ist klein. Hinzu kommt die strenge Kontrolle der Behörden. Die Oppositionellen sind relativ isoliert von der Masse der Bevölkerung und

28 Der radikale Flügel der konservativen Seite ist zwar wie die radikalen Reformer vom Machtzentrum entfernt, bleibt jedoch einflußreich und kann seine Basis mit der Entwicklung gesellschaftlicher Polarisierung vergrößern. Zu diesem Lager gehören vor allem pensionierte Parteiveteranen, Offiziere sowie dogmatische Theoretiker im Propagandabereich. Vgl. Dongxiang, April 1995, S. 7.

29 Vgl. Xu Bian, Zhonggong fenbia duidai wuzhong minyun renshi (Die KP Chinas behandelt fünf Arten von Demokraten differenziert), in: Zhengming, Juni 1993, S. 26–27. Eine schwarze Liste mit Namen von 45 Exilaktivisten, deren Rückkehr nach China verboten ist, ist veröffentlicht in: Beijing Zhichun, Februar 1995, S. 6f.

ihre Forderungen nach politischer Demokratisierung finden nur geringen Widerhall. Es ist außerdem fraglich, ob die sogenannte „konstruktive Opposition“, die das System friedlich, gewaltfrei und schrittweise demokratisieren will, bei der Mobilisierung gesellschaftlicher Unzufriedenheit die Mehrheit gewinnen kann. In der politischen Kultur Chinas hat es bisher noch keine „konstruktive Opposition“ gegeben. Dennoch bilden die zur Zeit aktiven Oppositionellen den Kern der latenten politischen Gegengesellschaft und können mit der Zeit in die Rolle einer „Gegenelite“ hineinwachsen.

Die *potentielle Opposition* im Regime wird meiner Ansicht nach eine wichtige Rolle spielen, weil sie über mehr Ressourcen verfügt. Sie hat Verbindungen zum Militär und auch Zugang zum gemäßigten Teil gesellschaftlicher Opposition. Nur unter ihrer Führung kann eine politische Liberalisierung schrittweise eingeleitet und eine „konstruktive Opposition“ toleriert werden. Dies setzt natürlich voraus, daß die Semi-*Opposition* nach dem Ableben Deng Xiaopings im parteiinternen Machtkampf die Oberhand gewinnt. Es bedarf also eines politischen Grundkonsenses, der eine kooperative Zusammenarbeit zwischen der regimeinternen Opposition und der -externen Opposition ermöglicht.

Der kleinste gemeinsame Nenner liegt in der „friedlichen Revolution“. Beide Seiten können in manchen konkreten Fragen auch Übereinstimmung erzielen, wie z.B. bei der Bekämpfung der Korruption, dem Aufbau des Rechtsstaats, der Verstärkung der institutionellen Kontrollmechanismen durch NVK und Medien sowie der Neubewertung der niedergeschlagenen Protestbewegung am 4. Juni 1989. Ein Bündnis zwischen den oppositionellen Kräften inner- und außerhalb des Regimes ist schließlich nur möglich, wenn antidemokratische Radikale auf der Oppositionsseite und konservative Kräfte im Regime an den Rand gedrängt werden und keine Ressourcen mobilisieren können. Davon hängt der Erfolg chinesischer Demokratisierung in der Post-Deng-Zeit ab.

Peter J. Opitz: Veränderungen in einem „strategischen Dreieck“. Zum gewandelten Verhältnis Chinas gegenüber Rußland und den USA

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/95, S. 3–12

Zu den Auswirkungen des Endes des Ost-West-Konflikts und des Zusammenbruchs der Sowjetunion gehören auch tiefgreifende Veränderungen im strategischen Umfeld der Volksrepublik China. Besonders betroffen sind die Beziehungen Chinas zu den beiden Großmächten USA und Rußland. Während mit dem Ende der sowjetischen Bedrohung die Grundlage der langjährigen informellen strategischen Allianz zwischen Peking und Washington entfiel, schuf die Schwächung der einstigen nördlichen „Supermacht“ günstige Voraussetzungen für eine russisch-chinesische Annäherung. Der Beitrag untersucht den Wandel in den Beziehungen der drei Mächte und erhellt die innere Dynamik in dem sich neu zwischen ihnen konstituierenden „strategischen Dreieck“.

Carsten Herrmann-Pillath: Die Volksrepublik China und Taiwan. Die Gratwanderung zweier chinesischer Staaten zwischen Politik und Wirtschaft

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/95, S. 13–26

Die Beziehungen zwischen der Volksrepublik und der Republik China stehen unter der Spannung zwischen dynamischer wirtschaftlicher Integration und politischem Konflikt. Die Komplexität der innerchinesischen Strategien erschwert zwar dem Westen, klare Positionen einzunehmen, doch werden Faktoren wie etwa das relative wirtschaftliche Gewicht beider Staaten und die Krisenpotentiale systematisch verzerrt wahrgenommen.

Seit 1949 haben zwei chinesische Nationalismen gegeneinander konkurriert. Während der Nationalismus der VR China jedoch zur Zeit eine bedenkliche Stärkung erfährt, wird der Nationalismus der Republik China zwischen zwei Steinen zerrieben: der wachsenden nationalen und demokratischen Identität Taiwans einerseits und andererseits den Auswirkungen der sich verdichtenden sozialen Interaktionen zwischen taiwanesischen Kaufleuten und Festland-Chinesen, die im Zuge des gewaltigen Kapitalstromes von Taiwan in die VR China entstehen.

Taiwan reagiert auf die Herausforderung mit flexiblen Versuchen, bessere internationale Anerkennung zu gewinnen, stützt sich aber mit der Vorstellung, regionales Wirtschaftszentrum zu werden, vor allem weiterhin auf seine Wirtschaftskraft. Diese Strategie kann erfolgreich sein, falls die internationale Staatengemeinschaft aktiv mitarbeitet, um die Beziehungen zwischen beiden chinesischen Staaten zu stabilisieren. Deutschland kann hier eine wichtige Rolle spielen, die es bislang nicht erkennt, geschweige denn realisiert.

Thomas Heberer: Die stille Revolution von unten. Wandlungsprozesse im ländlichen Raum Chinas

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/95, S. 27–37

Ein relativ erfolgreicher Reformprozeß bewirkt einen rasanten Wandel Chinas von unten, vornehmlich in den ländlichen Regionen. Dieser soziale Wandel kommt vor allem in wirtschaftlicher Privatisierung, der Ökonomisierung von Politik und Bürokratie, der Herausbildung neuer Schichten und Eliten, im Wandel von Werten und Einstellungen sowie in der Entstehung von Interessenorganisationen zum Ausdruck. Es findet ein gesellschaftlicher Pluralisierungsprozeß statt, der zur Aufweichung und Veränderung des politischen Systems in China führt.

Xuewu Gu: Von Mao zu Deng: Chinas Wandel vom Totalitarismus zum Autoritarismus

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/95, S. 38–47

Deng Xiaopings Pragmatismus und Materialismus haben zur Erosion der drei Säulen der maoistischen Herrschaft – die totale ideologische Indoktrination, die totale politische Gleichschaltung und die totale Nachrichtenkontrolle – geführt und Chinas politisches System von einer totalitären in eine autoritäre Diktatur umgewandelt. Der wesentliche Unterschied zwischen der totalitären Herrschaft von Mao Zedong und der autoritären Herrschaft von Deng Xiaoping besteht darin, daß der Mensch unter der Herrschaft von Mao sowohl im Denken als auch im Handeln unfrei war, während er unter dem Regime von Deng weitgehende innere Autonomie und begrenzte Freiräume des Handelns besitzt. Der autoritären Herrschaft unter Deng fehlt die Kraft, tief ins menschliche Denken einzudringen; sie muß einen – allerdings sehr begrenzten – gesellschaftlichen Pluralismus hinnehmen. Eine chinesische Transformation vom Autoritarismus zur Demokratie ist noch nicht in Sicht.

Ding Ding: Politische Opposition innerhalb und außerhalb Chinas. Programme, Ziele und Rolle

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/95, S. 48-54

Die regimeexterne Opposition Chinas, die das herrschende kommunistische Regime bekämpft und in China die Demokratie einführen will, ist erst Ende der siebziger Jahre entstanden. Nach der Niederschlagung der Protestbewegung im Jahr 1989 erreichte die oppositionelle Bewegung in Übersee ihren Höhepunkt, während die Oppositionellen in China selbst sich erst seit 1993, ja eigentlich erst in den letzten Monaten von der Repression erholen. In den oppositionellen Gruppierungen inner- und außerhalb Chinas herrscht ein programmatischer Grundkonsens über die Zielrichtung der Demokratisierung Chinas. Der Streitpunkt ist nur, ob dieses Ziel durch eine „friedliche Evolution“ oder eine Revolution erreicht werden soll.

Zur politischen Opposition gehört auch die potentielle Opposition innerhalb des Regimes, die sich wegen des generellen Fraktionsverbotes schwer wahrnehmen läßt. Sie gilt eher als „Semi-Opposition“ und neigt dazu, durch graduelle Reformen von oben nach unten eine „friedliche Evolution“ herbeizuführen.

Die Exilopposition kann die politische Entwicklung in China kaum beeinflussen. Die in China verbliebenen Regimegegner sind nicht in der Lage, eine Massenprotestbewegung wie die von 1989 zu mobilisieren. Eine gemeinsame Schwäche der regimeexternen Opposition besteht darin, daß sie kaum Einfluß auf das Militär und nahezu keine Basis in anderen sozialen Schichten hat. Die Rolle der innerparteilichen Opposition nach einem Ableben des 91jährigen starken Mannes Deng Xiaoping ist nicht zu unterschätzen. Ein friedlicher Systemwechsel kann langfristig nur durch eine Zusammenarbeit zwischen den regimeinternen und -externen Oppositionsgruppierungen herbeigeführt werden.